

# P R O T O K O L L

über die 21. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr  
am Donnerstag, 10. Dezember 1987, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

## Anwesend:

BÜRGERMEISTER:  
Heinrich Schwarz

VICEBÜRGERMEISTER:  
Leopold Wippersberger  
Karl Holub

STADTRÄTE:  
Ingrid Ehrenhuber  
Rudolf Pimsi  
Erich Sablik  
Ing. Othmar Schloßgangl  
Rudolf Steinmaßl

GEMEINDERÄTE:  
Hermann Bachner  
Josef Brandstötter  
Roman Eichhübl  
Franz Enöckl  
Walter Hahn  
Karl Hochrathner  
Mag. Gerhard Klausberger  
Herbert Lang  
Johann Manetsgruber  
Günther Mayrhofer  
Rudolf Pickl  
Erna Probst  
Franz Ramoser  
Gertrude Schreiberhuber

Wilhelm Spöck  
Franz Steinparzer  
Franz Straßer  
Hubert Sturmberger  
Leopold Tatzreiter  
Otto Tremel  
Anton Vorhauer  
Christine Wieser  
Wolfgang Wieser  
Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:  
Magistratsdirektor OSR.  
Dr. Franz Knapp  
Magistratsdirektor-Stellvertreter  
OSR. Mag. Johann Rabl  
OSR. Dr. Kurt Wabitsch  
Kontrollamtsdirektor SR.  
Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann  
MR. Dr. Kurt Schmidl  
Techn. Direktor TOAR Ing. Wolfgang Wein  
AR. Heinz Ruckerbauer  
Dr. Pöchlacker  
OAR Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:  
Präsidialdirektor MR.  
Dr. Gerhard Alphasamer  
Gerda Gugenberger

## TAGESORDNUNG

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS. (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei)

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

### Beschlüsse des StS gem. § 51 Abs. 3 StS

|                              |                                                                                                                                                  |
|------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| VerkR-4887/87                | Instandhaltung von Sonderanlagen nach der StVO.                                                                                                  |
| GHJ2-4191/85                 | Schloß Engeslegg, Redtenbachergasse 9; Instandsetzungs- und Restaurierungsarbeiten - 2. Bauetappe; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 12. 5. 1987. |
| Ha-1280/87                   | Instandhaltungskosten von städtischen Wohnobjekten; Genehmigung einer Kreditübertragung.                                                         |
| ÖAG-7106/87<br>Städt. Wi-Hof | Instandhaltung von Fahrzeugen im Städt. Wirtschaftshof; Genehmigung einer Kreditübertragung.                                                     |
| ÖAG-4636/87                  | Verkauf Tabor- Restaurant - Inserate in Zeitungen; Genehmigung einer Kreditübertragung.                                                          |

### Verhandlungsgegenstände

#### BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Präs-838/82                      Städtische Jugendherberge; Neufestsetzung des Tarifes.  
GHJ2-6616/83

#### BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 2) Ha-4200/87                      Voranschlag 1988.

3) Ha-4200/87

Allgemeine Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages; Änderungen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

4) Bau5-4340/87

Bausperre Nr. 8 - Stelzhamerstraße.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

5) Bau5-5260/87

Verkauf eines Grundstücksteiles der GP 1336, EZ. 50.000, KG Steyr, an Farhan Aeychouh (Pizzeria Gabriel).

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf die letzte Sitzung des Gemeinderates im heurigen Jahr eröffnen. Ich darf feststellen, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Ich bitte für die heutige Sitzung Herrn Gemeinderat Gerhard Klausberger und Herrn Gemeinderat Wolfgang Wieser, die Prüfung des Protokolls zu übernehmen. Beide Herren stimmen dem zu. Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich Herr Stadtrat Zöchling aus gesundheitlichen Gründen, die Herren Gemeinderäte Schlager - er ist nach wie vor im Krankenstand - Vorhauer und Wallner. Herr Gemeinderat Hochrathen wird etwas später erscheinen. Ich darf nochmals feststellen, daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, am vergangenen Montag hat mich die Nachricht erreicht, daß Herr Franz Hofer im 88. Lebensjahr stehend nach längerem Leiden verstorben ist. Es gehört zur langjährigen Tradition unseres Gremiums, seinen ehemaligen Mitgliedern ein kurzes Gedenken zu widmen. Wenn Franz Hofer auch schon vor 20 Jahren aus dem Gemeinderat ausgeschieden und wahrscheinlich vielen der Jüngeren unter Ihnen persönlich nicht mehr bekannt ist, glaube ich, steht ihm doch diese Ehre zu, verdient sein Wirken auch in diesem Kreis gewürdigt zu werden. Wir mußten in der Chronik und in den Protokollen des Gemeinderates weit zurückblättern, um seinen Weg im Gemeinderat der Stadt Steyr nachvollziehen zu können. Zum ersten Mal taucht sein Name im März des Jahres 1949 in den Protokollen der GR-Sitzungen auf. Zu diesem Zeitpunkt kurz vor Ende einer Funktionsperiode entsandte ihn die sozialistische Partei nach dem Tode des Stadtrates Anton Azwanger in den Gemeinderat. Mit Auslauf dieser Funktionsperiode im Oktober 1949 schied er vorerst wieder aus dem Gemeinderat aus und wurde bei den Gemeinderatswahlen 1955 wieder in den Gemeinderat gewählt. Von da an gehörte er dem Gemeinderat ununterbrochen durch zwei Funktionsperioden bis zum Oktober 1967 an. Dann legte er aus Altersgründen sein Mandat zurück. In diesen zwölf Jahren war er im Bauausschuß, Kulturausschuß, im Ausschuß für Schule und Kultur sowie im damaligen gemeinderätlichen Fremdenverkehrsausschuß tätig. Franz Hofer war kein Mensch, der die eigene Person gerne in den Vordergrund stellte, er verstand sich vielmehr als Diener an einer Sache. Dies bewies er nicht nur als Gemeinderat der Stadt Steyr, sondern auch in den Funktionen, die er im Rahmen seiner politischen Gesinnungsgemeinschaft speziell bei den Naturfreunden durch Jahrzehnte uneigennützig und mit viel Idealismus ausübte. Die Stadt Steyr und der Gemeinderat werden Franz Hofer stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Ich danke Ihnen für die Kundgebung.

Wir kommen zur Behandlung von allfälligen Anfrage. Solche liegen mir heute nicht vor.

Unter Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich Ihnen einiges bekanntgeben. Zunächst die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtsbezirk Steyr. Aus dem Monatsbericht des Arbeitsamtes Steyr für den Monat November 1987 ergibt sich folgendes Bild.

Ende November waren im Amtsbezirk 2505 Personen, davon 1443 Männer und 1062 Frauen arbeitslos gemeldet. Dies entspricht einer Arbeitslosenrate von 6,7 %. Gegenüber dem Vormonat betrug die Zunahme 336 oder 15,5 Prozent (männlich 253 oder 21,3 Prozent, weiblich 83 oder 8,5 Prozent), davon allein 203 bei den Produktionsberufen in Industrie und Gewerbe. Erstaunlich gering ist der Anstieg im Baubereich (+ 77), wozu sicher die günstige Wetterlage im Berichtszeitraum beigetragen hat. Im Jahresvergleich stieg der Vorgemerktenstand um 135 (das sind 5,7 Prozent), wobei der Dienstleistungsbereich (+ 35) und der Bürobereich (+ 41) am stärksten betroffen sind. Bei den gemeldeten offenen Stellen ergibt sich im Monatsvergleich eine Verminderung um 55 oder 20,3 Prozent auf nunmehr 216. Von diesen Arbeitsmöglichkeiten sind allerdings alleine 32 (14,9 Prozent) für den Außendienst bei Versicherungen. Diese Stellen können erfahrungsgemäß durch die vorgemerkten Personen kaum abgedeckt werden.



Auch im Jahresvergleich ist ein Minus zu verzeichnen, und zwar um 45 oder 17,2 Prozent. Die Problematik bei der Struktur des Stellenangebots bleibt im wesentlichen gleich.

In der Metallwirtschaft sind die Freistellungen der Fahrzeugindustrie im großen und ganzen abgeschlossen. Diese belasteten den Arbeitsmarkt wesentlich weniger als erwartet, woraus der Schluß zu ziehen ist, daß etliche der Gekündigten in der Privatwirtschaft einen Arbeitsplatz finden konnten. In der Bauwirtschaft ist die Lage noch stabil, die saisonell bedingten Freistellungen hielten sich bisher noch in Grenzen. Daß dieser erfreuliche Zustand aber nicht von Dauer sein kann, zeigen bereits jetzt die Ankündigungen verschiedener Baufirmen im Amtsbezirk. Soweit die Mitteilungen zur Arbeitsmarktsituation in unserem Bereich.

Eine weitere Mitteilung, meine Damen und Herren.

In der vorletzten Gemeinderatsitzung war ich veranlaßt, aufgrund verschiedener Veröffentlichungen in der Grünen Bürgerzeitung an die GAL die dringende Aufforderung zu richten, in Hinkunft unrichtige und tatsächenswidrige Berichterstattungen zu unterlassen. Ich komme deswegen auf diesen Sachverhalt zurück, weil mir nunmehr ein Brief des Bürgermeisters der Gemeinde Asten, Franz Ebner, zugegangen ist, in dem dieser darauf hinweist, daß die GAL in ihrem Mitteilungsblatt auch bezüglich der Gemeinde Asten unwahre Mitteilungen verbreitet hat. Zur Illustration der Sachlage komme ich dem Ersuchen von Bürgermeister Ebner gerne nach und bringe auszugsweise eine Veröffentlichung aus der Grünen Bürgerzeitung vom August 1987 zur Verlesung:

"In Asten befindet sich ebenfalls eine Müllverbrennungsanlage. Wer die Medien verfolgt hat, weiß, daß die Astener Kinder unter schwersten Gesundheitsstörungen zu leiden haben, wie Lungenalterung, Lungenverfall (normalerweise eine Krankheit alter Bergleute!!), Wachstumsstörungen, Dekadenz, Debilität (!) usw. Überleben können diese Kinder überhaupt nur, weil sie die Sommerferien auf Staatskosten in Admont verbringen.

Das gleiche Schicksal würde also dann auch Steyrer Kinder treffen, besonders jene aus Münichholz, Fischhub, Hammergrund, aber auch Ramingdorf usw."

Aufgrund dieser Veröffentlichung hat der Bürgermeister der Gemeinde Asten, Franz Ebner, an die Redaktion der Grünen Bürgerzeitung am 1. 12. 1987 folgenden Brief geschrieben, den ich Ihnen nicht vorenthalten möchte:

"In Ihrer Zeitung Nr. 4 vom August 1987 schreiben Sie auf der zweiten Seite: In Asten befindet sich ebenfalls eine Müllverbrennungsanlage und wer die Medien verfolgt hat weiß, daß die Astner Kinder unter schwersten Gesundheitsstörungen wie Lungenalterung, Lungenverfall, Wachstumsstörungen, Dekadenz und Debilität leiden. Überleben können diese Kinder nur, weil sie auf Staatskosten ihre Ferien in Admont verbringen.

Das gleiche Schicksal würde auch Steyrer Kinder treffen, falls eine Verbrennungsanlage gebaut würde. Entweder wissen Sie wirklich nicht, was in der Umgebung los ist, in Asten gibt es nämlich gar keine Verbrennungsanlage, oder Sie belügen bewußt Ihre Leser zum Zwecke der Angstmacherei. Dies scheint mir am ehesten das Motiv Ihrer Schreiberei zu sein. Zweitens gibt es in Asten, und das ist bewiesen, nicht mehr kranke Kinder als überall in Österreich. Es ist eine Frechheit und verantwortungslos, von Erkrankungen zu sprechen, die aufgrund von Verhältnissen, die Sie erfinden und die Menschen belügen, der Gemeinde Asten andichten.

Ich fordere Sie auf zu beweisen, daß diese Krankheiten bei uns auftreten und deren Ursache der Betrieb einer Verbrennungsanlage ist. Daß Sie gegen eine Verbrennungsanlage, die in Steyr errichtet werden soll, protestieren, ist Ihr gutes Recht. Lügen und diffamieren sind jedoch in diesem Falle verabscheuungswürdig. Wie kann ein normaler Mensch von Krankheiten, wie Sie es tun, sprechen und Ursachen behaupten, die es nicht gibt.

Ich werde mir Schritte vorbehalten gegen Sie, wenn Sie nicht in einer Ihrer nächsten Folgen eine Berichtigung und Entschuldigung für Ihre Lügen bringen. Franz Ebner, Bürgermeister".

Ich glaube, daß dieser Mitteilung nichts mehr hinzuzufügen ist und hoffe, daß in Zukunft seitens der GAL unwahre Mitteilungen unterbleiben.

Ich bitte um Kenntnisnahme dieser meiner Mitteilungen.

Wir kommen nun zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 StS. Die Unterlagen wurden so wie immer zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.

Zu den Verhandlungsgegenständen darf ich nun Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um seinen Bericht.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

In meinem einzigen Bericht heute darf ich Sie ersuchen, einer Neufestsetzung der Tarife in unserer städtischen Jugendherberge die Zustimmung zu geben.

1) Präs-838/82

GHJ2-6616/83

Städtische Jugendherberge; Neufestsetzung des Tarifes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Mag. Abt. IX vom 16. 11. 1987 wird der Nächtigungspreis inkl. Frühstück für die städtische Jugendherberge wie folgt neu festgesetzt: Mitglieder des österr. Jugendherbergeringes oder des österr. Jugendherbergsverbandes bis 19 Jahre

S 69,-

über 19 Jahre

S 76,-

für Nichtmitglieder solcher Organisationen bis

19 Jahre

S 76,-

über 19 Jahre

S 83,-.

Diese neuen Gebührensätze treten mit 1. 1. 1988 in Kraft.

Die Kundmachung dieser neuen Gebührensätze hat durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen.

Der Grund für diese Erhöhung ist der, daß wir den Abgang in unserer Jugendherberge stabilisieren wollen. Wir leisten immerhin seitens der Stadt in etwa Zuschußbeträge von rund 1 Million Schilling. Ich ersuche Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es scheint so, daß in der heutigen Sitzung es wiederum eine Fortsetzung gibt der letzten Sitzung mit Gebühren- und Tarifregelungen, die im allgemeinen unsere Bevölkerung zusätzlich aufs schwerste belasten. Bürgermeister Schwarz stellt nun zu Beginn der heutigen sehr wichtigen Sitzung neuerlich den Antrag einer Neufestsetzung des Tarifes für die städtische Jugendherberge. Herr Bürgermeister Schwarz hat Ihnen ja genau vorgetragen, in welchem Ausmaß diese Neufestsetzung erfolgen soll. Ich möchte nur zusammenfassen, es sind 10 Prozent, um die die Tarife hinaufgesetzt werden sollen mit 1. 1. 1988. Die städtische Jugendherberge ist ja bekanntlich im Lehlingsheim auf der Ennsleite untergebracht. Dafür zahlt die Stadtgemeinde im Jahr S 350.000,- an den Verein Lehlingsheim. Für Personalkosten und Instandhaltung des Lehlingsheimes werden laut Voranschlag für das kommende Jahr S 1.026.000,- aufgewendet. Dem stehen gegenüber Einnahmen aus Erlösen, also Bei-

trägen der Jugendherbergsbesucher von S 520.000,- und Ausgaben von S 1.562.000,-. Auch der Herr Bürgermeister war schon bei der Antragstellung so nett und hat darauf hingewiesen, daß der Abgang, wie er hingewiesen hat, bereits S 1.042.000,- pro Jahr bedeckt. Durch die beantragte Erhöhung verringert sich also der Zuschuß um ganze S 20.000,-. Ich glaube, daß diese Mehreinnahmen sicherlich nicht dazu beitragen, das große Loch unseres Stadthaushaltes im ordentlichen Haushalt von über 32 Millionen Schilling, wesentlich herabzusetzen. Daher sage ich zu Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, lassen Sie das einfach bleiben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:  
Danke. Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Jeder, der geglaubt hat, wertest Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß das Weihnachtsbelastungspaket bereits fertig geschnürt und zum Versand bereit ist, das die Stadtverantwortlichen den Mitbürgern auf den Gabentisch und unter den Weihnachtsbaum stellen wollen, der hat sich - so wie ich - bedauerlicherweise getäuscht.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, dieser neuerliche Erhöhungsantrag ist ein weiteres Glied in der Kette von sehr einseitigen und unsozialen Belastungsmaßnahmen. Maßnahmen, die den Einzelnen zwar sehr hart treffen, in ihrer Gesamtheit über das Jahr gesehen aber der Stadtgemeinde Steyr einige tausend Schilling an Mehreinnahmen bringen, wenn das überhaupt zutreffen sollte. Dabei gäbe es eine Reihe von Möglichkeiten, zu mehr Einnahmen zu kommen, bzw. gäbe es vor allen Dingen eine Reihe von Möglichkeiten, Einsparungsmaßnahmen zu treffen.

Ich werde im Verlaufe meiner Ausführungen zum Budget 1988 noch darauf zurückkommen.

Diesem Antrag, meine Damen und Herren, werde ich aber namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion aus den vorhin genannten Gründen die Zustimmung nicht geben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Keine, ich bitte daher den Herrn Bürgermeister um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich danke für die Diskussionsbeiträge und muß dazu eines sagen, daß wir in Steyr bei der Tarifgestaltung unserer Jugendherberge uns durchaus sehen lassen können. Wir haben im Vergleich zu anderen Jugendherbergen in Oberösterreich wesentlich günstigere Tarife, als dies in anderen Bereichen der Fall ist. Darüber hinaus möchte ich doch darauf hinweisen, daß auch die Qualität durch die Einrichtung in unserer Jugendherberge auf der Ennsleite eine wesentliche Steigerung gegenüber der vorhergehenden Lösung in unserem zentralen Altersheim nach sich gezogen hat.

Ich glaube daher, daß es gerechtfertigt ist, diese Erhöhung vorzunehmen. Kollege Treml hat das richtig gesagt, es umfaßt eine Erhöhung von ca. 10 Prozent, das macht pro Nächtigung in etwa S 6,- aus. Ich glaube, daß diese geringfügige Veränderung durchaus gerechtfertigt ist und nicht mehr - das möchte ich auch deutlich sagen - nach sich zieht als die Stabilisierung des derzeitigen Abganges.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (FPÖ) und 2 Enthaltungen (KPÖ, GAL) angenommen. Ich danke Herrn Bürgermeister für seinen Bericht und übergebe ihm wieder den Vorsitz.



BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme wieder den Vorsitz und ersuche gleich Kollegen Wippersberger um seinen Bericht.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Zwei Anträge sind es heute, die ich Ihnen zu unterbreiten habe. Der erste Antrag ist der Voranschlag für das kommende Jahr.

Der Ihnen vorliegende Haushaltsvoranschlag für das kommende Jahr 1988, er gibt auch zugleich Aufschluß über unsere finanzielle Situation, über den Ernst der Lage, in der wir uns zur Zeit befinden. Die finanzielle Entwicklung unserer Stadt hat mit der Vorlage dieses Budgets einen weiteren Höhepunkt an Dramatik erfahren. Diese Tatsache kommt aus dem Ihnen vorliegenden Voranschlag sehr deutlich zum Ausdruck. Das Loch im Budget 1988 oH und aoH zusammengekommen, beträgt nahezu S 100 Millionen, das heißt, daß rund 15 Prozent der veranschlagten Ausgaben ungedeckt sind. Der Höhepunkt an Dramatik liegt darin, daß es uns meines Wissens erstmals in der Nachkriegsgeschichte nicht gelungen ist, eine Ausgabendeckung bei Erstellung des Voranschlages beim oH herbeizuführen, obgleich wir durch stärkere Kürzungen bei den Ausgaben und Umschichtungen in den aoH in größtmöglichem Ausmaß Einsparungen beim oH erzielen konnten. Das nach der ersten Lesung vorhandene Loch im Budget des oH konnten wir zwar mit diesen Maßnahmen von S 75 Mill. auf nunmehr S 32,4 Millionen reduzieren, den oH aber zur Gänze auszugleichen, war uns nicht möglich. Wir müssen Ihnen erstmals seit Jahrzehnten einen Haushaltsvoranschlag präsentieren, der im oH nicht zur Gänze gedeckt ist.

Werte Kolleginnen und Kollegen, es erhebt sich natürlich in diesem Zusammenhang die Frage, wie es zu dieser dramatischen Entwicklung unserer Finanzlage gekommen ist und was die Ursachen dafür sind. Zur Beurteilung dieser Situation müssen wir die Einnahmenentwicklung unseres Stadthaushaltes in den letzten Jahren etwas genauer betrachten. Die größte Einnahmenposition sind die Bundesertragsanteile. Die Höhe dieser Einnahmen aus den Bundesertragsanteilen hängt von der Finanzlage des Bundes, insbesondere aber auch von der Bevölkerungszahl ab. Alle 10 Jahre werden bekanntlich in Österreich Volkszählungen durchgeführt. Die letzte Volkszählung war 1981 und die hat ergeben, daß die Bevölkerungszahl von Steyr jene Menschen, die Steyr als ihren Hauptwohnsitz angegeben haben, sich gegenüber 1971 um mehr als 1.600 Personen verringert hat. Dieses Absinken der Bevölkerungszahl hatte zur Folge, daß wir ab 1982 real um rund 17 Millionen jährlich weniger an Bundesertragsanteilen bekommen, das heißt, wir haben in den letzten 6 Jahren dadurch Mindereinnahmen aus den Bundesertragsanteilen im Ausmaß von mehr als S 100 Millionen zu verzeichnen. Zu diesen jährlichen Mindereinnahmen von rund S 17 Millionen an Bundesertragsanteilen kommen aber jetzt noch die jährlichen Mindereinnahmen aus der Gewerbesteuer und Lohnsummensteuer im Ausmaß von zusammen rund S 23 Millionen dazu. Demnach ein jährlicher Gesamteinnahmefall von rund S 40 Millionen und das bei ständig steigenden Pflichtausgaben. Stark sinkende Einnahmen stehen steigende Ausgaben aufgrund vermehrter Aufgaben gegenüber. Das sind die Ursachen für diese für uns so unerfreuliche Entwicklung unserer Gemeindefinanzen.

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen. Fast auf den Tag genau vor einem Jahr haben wir den Haushaltsvoranschlag für 1987 beschlossen. Ich habe damals in meinen Aussagen zum Budget 1987 festgestellt, daß die Einnahmenentwicklung im Jahr 1986 insbesondere durch die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Steyrer Werke bedingt, einen äußerst negativen Verlauf genommen hat, es zu stärkeren Einnahmenverlusten gekommen ist und daß für 1987 mit keiner Besserung zu rechnen ist. Diese meine damalige Feststellung hat sich leider nicht nur bewahrheitet, diese für uns unerfreuliche Entwicklung im Jahr 1986 hat im Jahr 1987 noch eine weitere Verschärfung erfahren. Die Einnahmen besonders aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und die Lohnsummensteuer sind weiter rückläufig und insbesondere die Einnahmen aus der Lohnsummensteuer werden auch im kommenden Jahr noch weiter stark absinken. Das starke Absinken des Beschäftigtenstandes in den Stey-

rer Werken ist die Hauptursache dafür. Diese bedauerliche Entwicklung in den letzten beiden Jahren spiegelt sich vor allem in der Tatsache wider, daß, wie schon von mir erwähnt, die Einnahmen zur Bestreitung des oH in zunehmendem Ausmaß nicht mehr ausreichen, um die Ausgaben des oH damit abzudecken. Betrug das Loch im Budget 1986, wie wir aus dem Rechnungsabschluß 1986 ersehen können, beim oH S 13,2 Millionen, so müssen wir heuer 1987 mit einem voraussichtlichen Abgang von S 33,2 Millionen rechnen. Um den Abgang beim oH 1986 und 1987 abzudecken, sind wir gezwungen, alle unsere Rücklagen dafür heranzuziehen, werden alle unsere Rücklagen hierfür aufgebraucht. Für 1988 stehen uns keinerlei Rücklagen mehr zur Verfügung und da eine Darlehensaufnahme zur Abdeckung des für 1988 veranschlagten Abganges von S 32,4 Millionen beim oH nicht statthaft, ungesetzlich ist, müssen wir daher versuchen, mit den vorhandenen Mitteln das Auslangen zu finden, das heißt, wir müssen versuchen, einerseits Mehreinnahmen zu erzielen, Gebühren- und Tarifierhöhungen - so unpopulär sie auch sind - vorzunehmen und andererseits müssen wir weitere radikale Einsparungen auf der Ausgabenseite tätigen. Größere Einsparungen müssen wir darüber hinaus aber auch noch bei den Ausgaben des aoH vornehmen. Dies, obgleich wir bei Erstellung des Budgets uns ohnedies bereits große Beschränkungen auferlegt haben. So haben wir in fast allen Bereichen starke Kürzungen vorgenommen, viele berechnete Wünsche konnten nicht im Budget aufgenommen werden, aber wir müssen versuchen, darüber hinaus noch weitere Einsparungen auch auf der Ausgabenseite des aoH zu erzielen, um unsere Verschuldung einzubremsen. Durch das starke Ansteigen der Verschuldung nimmt auch der jährliche Schuldendienst entsprechend stark zu und dieser Schuldendienst engt unsere Handlungsfreiheit immer mehr ein. Ich habe bei meinen Betrachtungen hier zum Nachtragsvoranschlag 1987 festgestellt, daß wir mit Ende dieses Jahres einen Schuldenstand von rund S 523 Millionen aufweisen werden und die Pro-Kopf-Verschuldung damit mit rund S 13.400,- zwar immer noch im Durchschnitt vergleichbarer Städte liegt, daß aber die Verschuldung im Hinblick auf unsere Finanzkraft, auf die Einnahmenentwicklung in unserem Stadthaushalt übertragen, doch schon real sehr hoch bezeichnet werden muß. Auch hinsichtlich unserer Verschuldung darf ich ein wenig Rückschau halten. Festzustellen ist dabei, daß insbesondere in den 70er-Jahren die Verschuldung stark angestiegen ist. Am 1. 1. 1970 betrug der Schuldenstand unserer Stadt lediglich S 27,4 Millionen und der daraus resultierende Schuldendienst im Jahr 1970 S 1,2 Millionen. 10 Jahre später am 1. 1. 1980 betrug der Schuldenstand S 274 Millionen - er hat sich demnach in diesen 10 Jahren vom 1. 1. 1970 bis 1. 1. 1980 verzehnfacht! Warum? Ursache dieser stark ansteigenden Verschuldung in den 70er-Jahren war zweifellos die überaus starke Bautätigkeit vor allem im Zusammenhang mit dem 1000-Jahr-Jubiläum unserer Stadt im Jahr 1980. Ich erinnere an die umfangreichen Fassadenaktionen im innerstädtischen Bereich, an den Bau von Veranstaltungssälen, wie z. B. den Umbau des Volkskinos, den Bau des Stadtsaales, die Renovierung des Alten Stadttheaters. Allein diese Renovierung hat rund 33 Millionen gekostet. Weiters erinnere ich an den Bau des Mehrzwecksaales im Münichholz, um nur einige Beispiele dafür anzuführen. Darüber hinaus war es auch notwendig, umfangreiche und sehr kostenaufwendige Verkehrsbauten in unserer Stadt vorzunehmen, wie z. B. der Bau der Hundsgabenumfahrung, der Ausbau der Dukartstraße, der Bauder Schönauerbrücke, die beiden neuen Brücken über die Enns und die Steyr bei Zwischenbrücken. In den 80er-Jahren waren es neben den Verkehrsbauten, wie z. B. Bau des Tunnels in den Wehrgraben, der Bau des Museumssteiges und des Schloßleitenweges, der Neubau der Direktionsbrücke oder der Ausbau der Steiner Straße, um nur die wichtigsten dieser Verkehrsbauten zu nennen. Außerdem die Errichtung der Leichtathletikanlage



auf der Rennbahn, aber vor allem waren es Maßnahmen des Umweltschutzes, der Bau und Ausbau unseres Kanalnetzes und der Bau einer Großkläranlage sowie die Sanierung unserer Mülldeponie.

Ein besonderer Schwerpunkt auf dem Ausgabensektor der 80er-Jahre waren insbesondere Maßnahmen im Zusammenhang mit der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Wie schon einmal hier im Gemeinderat von mir erwähnt, haben wir seit Ende der 70er-Jahre mit großem finanziellen Einsatz uns bemüht, den Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie infolge neuer Technologien, durch Betriebsansiedlungen und wirtschaftsfördernde Maßnahmen zu ersetzen, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Insgesamt haben wir dafür, Grundstücksankäufe miteingeschlossen, seit Ende der 70er-Jahre mehr als 120 Millionen Schilling für diesen Zweck verwendet. Ich weiß, daß diese Ausgaben von einigen Minderheitsfraktionen immer wieder stark kritisiert werden, weil es vom Gesetz her nicht zu unseren Aufgaben gehört, aber wir als Mehrheitsfraktion erachten es als unsere wichtigste Aufgabe, so viele Arbeitsplätze als nur möglich unseren Bewohnern anbieten zu können. Wenn es uns nicht gelungen wäre, in diesem Zeitraum rund 2.500 neue Arbeitsplätze in unsere Stadt zu bekommen, wäre Steyr bereits jetzt das größte Notstandsgebiet Österreichs. Das aber würde wieder dazu führen, daß die Menschen gezwungenermaßen sich anderswo um Arbeit umsehen und eine Abwanderung dieser arbeitswilligen Menschen aus Steyr wäre die Folge, was wiederum Mindereinnahmen bei den Bundesertragsanteilen mit sich bringen würde. Um unsere Einnahmensituation zu verbessern, müssen wir versuchen, die Arbeitsmarktsituation entscheidend zu verbessern, denn nur so sind Abwanderungen aus Steyr zu verhindern und zusätzliche Steuermehreinnahmen aus der Gewerbe- und Lohnsummensteuer zu erwarten.

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, nach diesen einleitenden Betrachtungen zum Budget 1988 darf ich nunmehr in etwas geraffter Form auf die Ihnen vorliegenden Zahlen des Haushaltsvoranschlags 1988 in groben Umrissen eingehen: Der Haushaltsvoranschlag für das kommende Jahr weist Ausgaben im Gesamtausmaß von S 737,590.000,- auf, denen an tatsächlichen Einnahmen nur S 641,905.000,- gegenüberstehen, das heißt, es fehlen zur Abdeckung des Gesamtbudgets S 95,685.000,-. Der ordentliche Haushalt ist mit S 32,415.000,- ungedeckt und zur Deckung des oH müssen S 63,270.000,-, und zwar S 54,270.000,- von Kreditinstituten und S 9 Millionen vom Wasserwirtschaftsfonds an Darlehen aufgenommen werden. Der ordentliche Haushalt mit Gesamtausgaben von S 690,420.000,- und Einnahmen von S 577,005.000,-, S 32,415.000,- sind, wie schon erwähnt, ungedeckt, kann nur durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben ausgeglichen werden. Sollte die Deckung nicht oder nicht zur Gänze dadurch ermöglicht werden, können wir nur bei Land und Bund um zusätzliche Bedarfszuweisung zur Abdeckung des oH ansuchen. Ob und in welchem Ausmaß wir solche zusätzlichen Bedarfszuweisungen zur Abdeckung des Abganges bekommen können, ist ungewiß. Wir müssen daher aus eigener Kraft versuchen, infolge von Mehreinnahmen bei den Gebühren und Tarifen und durch verminderte Ausgaben, selbst einen Ausgleich zu finden. Die wichtigsten Einnahmen aus eigenen Steuern, Abgaben und Bundesertragsanteilen im Ausmaß von rund S 400 Millionen finden Sie auf Seite 2 des Amtsberichtes aufgelistet. Die bedeutendste Einnahmenposition sind die Abgabenertragsanteile mit S 201,000.000,-, die Lohnsummensteuer mit S 68 Millionen, die Kanalbenützungsgebühr mit S 34,6 Millionen, die Gewerbesteuer nach Ertrag mit S 25 Millionen, die Getränkesteuer mit S 21,5 Millionen, die Grundsteuer B mit S 20 Millionen und die Einnahmen aus der Müllabfuhrgebühr mit S 10,4 Millionen. Wie Sie auch aus dieser Auflistung ersehen können, sind bei den wichtigsten Einnahmen die Einnahmen stagnierend oder wie bei der Lohnsummensteuer und der Gewerbesteuer sogar stark rückläufig. Die Ausgaben des oH nach den einzelnen Bereichen aufgeteilt ergeben als größten Zuschußbedarf die Sozialausgaben mit S 78,5 Millionen. In dieser Summe inbegriffen ist das ZAH mit einem Zuschuß von rund S 27,3 Millionen. Im Bereich Schule, Sport und Erziehung ist ein Zuschußbedarf von S 66,6 Millionen erforderlich. S 20,7 Millionen davon allein als Zuschußbedarf für unsere Kindergärten und Horte. Unsere jahrelange Forderung nach einer größeren Kostenbeteiligung durch das Land für diese Ausgaben ist daher mehr als be-

rechttigt. Die Kostenbeteiligung des Landes für unsere Kindergärten und Horte macht insgesamt lediglich 21 Prozent der Gesamtkosten aus.

Die Schwierigkeiten, die sich bei uns hinsichtlich einer Tarifneugestaltung ergeben, hängt mit dem Unmut der Bevölkerung zusammen, da im angrenzenden Niederösterreich die gesamten Personalkosten vom Land getragen werden und die Eltern für ihre im Hort oder Kindergarten befindlichen Kinder nichts zu bezahlen haben. Es wäre für unsere Stadt eine echte Hilfestellung, wenn das Land wenigstens 75 Prozent des tatsächlichen Personalaufwandes bezahlen würde. Die Personalkosten für unsere Kindergärten und Horte betragen S 26,3 Millionen, der Zuschuß vom Land, den wir dafür erhalten, ist lediglich ein Betrag von S 6,9 Millionen, das sind 26,2 Prozent der tatsächlichen Personalkosten. S 12,5 Millionen kostet im Jahr die Straßenreinigung und der Winterdienst, S 11,7 Millionen sind für die Pflege der Park- und Gartenanlagen und der Kinderspielplätze vorgesehen. S 9,6 Millionen fallen an Stromkosten an, S 6,6 Millionen werden den Stadtwerken zur Deckung des Abganges bei den städtischen Bädern und der Kunsteisbahn zugeschossen, S 10,4 Millionen werden als Zuschußbedarf für das Kapitel Kunst, Kultur und Kultus gebracht. Davon S 3,9 Millionen für die Theater, S 3,3 Millionen für die Volkshochschule und S 2,5 Millionen für die Bücherei. S 9,7 Millionen werden für den Bereich öffentliche Ordnung und Sicherheit gebraucht. In dieser Zahl inbegriffen ist auch unsere Freiwillige Feuerwehr mit einem Zuschußbedarf von rund S 3,5 Millionen. In der Gruppe 5 Gesundheit scheint ein Zuschußbedarf von S 27,6 Millionen auf. Davon allein S 22,5 Millionen, die an das Land als Beitrag an den Krankenanstalten-sprengel zu entrichten sind. Von den Gesamteinnahmen von S 577 Millionen beim oH entfallen mehr als S 230 Millionen, das sind 40 Prozent, unserer Gesamteinnahmen beim oH für die Bezahlung der Löhne und Gehälter unserer Bediensteten. Weitere S 30,6 Millionen oder 5,3 Prozent der Einnahmen werden für die Pensionen unserer ehemaligen Bediensteten gebraucht und rund S 10,3 Millionen oder 1,8 Prozent für die Bezüge und Pensionen der Organe.

Der gesamte Personalaufwand einschließlich der Pensionen beträgt demnach mehr als S 271 Millionen oder in Prozenten ausgedrückt 47 Prozent der Einnahmen des oH. Wofür werden die restlichen 53 Prozent der Einnahmen des oH gebraucht? S 60,7 Millionen, das sind 10,5 Prozent unserer Einnahmen sind für den Schuldendienst, und zwar S 38,3 Millionen für die Bezahlung von Zinsen und S 22,4 Millionen für die Tilgung erforderlich. Rund 63,6 Millionen oder 11 Prozent der Einnahmen des oH sind an das Land abzuführen. In dieser Zahl sind ua. die S 22,5 Millionen für den Krankenanstaltenbeitrag, S 18 Millionen als Landesumlage und S 9,7 Millionen für die Behindertenhilfe inbegriffen. Diesen 63,6 Millionen stehen Einnahmen, die wir vom Land bekommen aus Bedarfszuweisungen im voraussichtlichen Ausmaß von 26,4 Millionen, gegenüber.

Und nun noch kurz zu den Betriebskosten. Für den gesamten Betriebsaufwand, wie z. B. Beheizung, Beleuchtung, Wasser, Treibstoffe, Telefon- und Postgebühren, Versicherungen, Steuern, Mieten und Pachtzins, Straßeninstandhaltung, Instandhaltung von Brücken und Stegen, Verkehrseinrichtungen wie Ampelanlagen, Verkehrszeichen, Straßenmarkierungen, Ankauf von Bräumaterialien und Reinigungsmaterialien usw., werden rund S 202,7 Millionen gebraucht. Der Spielraum im oH ist auf 0 abgesunken. Mehr als 90 Prozent der Ausgaben beim oH sind echte unabwendbare Pflichtausgaben. Und nun zum außerordentlichen Haushalt.

Er ist mit S 128,170.000,- erheblich höher veranschlagt als in den letzten Jahren, da wir, wie schon von mir eingangs erwähnt, um den Abgang beim oH nicht so hoch werden zu lassen, nahezu alle einmaligen Ausgaben in den aoH transferiert haben. Zur Deckung des aoH ist eine Darlehensaufnahme im Gesamtausmaß von S 63,270.000,-, und zwar S 54,270.000,- als Kreditaufnahme bei Geldinstituten und 9 Millionen als Schuldaufnahme beim Wasserwirtschaftsfonds, erforderlich. S 25 Millionen erhoffen wir aus dem Verkauf von Grundstücken und Gebäuden. S 17 Millionen als Bedarfszuweisung des Landes und S 1,4 Millionen vom Bund.

Und nun zu den wichtigsten Ausgaben beim aoH.



Der Schwerpunkt unserer Aufgaben und damit verbundenen Ausgaben wird im kommenden Jahr zweifellos beim Kanalbau liegen. Hiefür sind insgesamt, den RHV mit inbegriffen, S 35,8 Millionen veranschlagt. Der größte und wohl auch schwierigste Kanalbau wird vom RHV Mitte Jänner kommenden Jahres mit dem Bau des Hauptsammlerkanales von den ehemaligen Hack-Werken bis zu Zwischenbrücken nahe der Liegenschaft Möstl in Angriff genommen und soll noch vor Jahresende fertiggestellt werden. Die Stadt selbst wird im Gebiet Steyrdorf und Wehrgraben für Kanalbauten 7 Millionen aufwenden, für die Kanalisation im Gebiet Schlüsselhof S 6 Millionen, S 7,5 Millionen für den Kanalbau in der Resthofstraße. S 2,3 Millionen für Kanalbaumaßnahmen im Bereich Münichholz und 1,5 Millionen für die Kanalisation in der Stelzhamerstraße und Sarninggasse, um nur die größeren Kanalbauvorhaben zu nennen. Insgesamt wird die Stadt allein ohne RHV fast S 28 Millionen für städtische Kanalbauten ausgeben. Für den Straßenbau sind rund 20 Millionen vorgesehen. In dieser Summe ist das reduzierte Asphaltierungsprogramm mit 2 Millionen beinhaltet. Als größte Ausgabenpost scheint hier die Fertigstellung der Steiner Straße mit 3,7 Millionen auf. Für den Brückenbau im Wehrgraben sind 3 Millionen, für den Neubau der Direktionsstraße sind 2 Millionen und für die Sanierung der Frauenstiege ist S 1 Million vorgesehen, um auch hier nur die größeren Positionen zu nennen. Für die Altstadterhaltung und Ortsbildpflege sind S 10 Millionen vorgesehen, davon 6 Millionen für städtische Objekte im Wehrgraben und 4 Millionen zur Denkmalpflege, nämlich 2 Millionen für unsere Fassaden- und Dachlandschaftsaktion und 2 Millionen für die Renovierung der Kirchen. Für weitere Umbaumaßnahmen in unserem ZAH sind 6,5 Millionen veranschlagt, für den Wohnbau 3 Millionen und für die Freiwillige Feuerwehr 2 Millionen. Ein Betrag von 1 Million ist vorgesehen für Adaptierungsmaßnahmen beim künftigen Schloßmuseum und insgesamt 12,9 Millionen für Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung. In dieser Summe inbegriffen ist ein Betrag von 7 Millionen für Grundkauf zum Zwecke von Betriebsansiedlungen.

Zusammenfassend sei hinsichtlich des aoH nochmals von mir vermerkt, daß viele Wünsche zum Budget 1988 infolge unserer äußerst angespannten Finanzlage im Haushaltsvoranschlag nicht berücksichtigt werden konnten und daß wir darüber hinaus bemüht sein sollten, auch beim aoH noch zu weiteren Einsparungen zu kommen. Die im Budget vorgesehene Darlehensaufnahme, insbesondere jene 54,3 Millionen bei Geldinstituten, wird künftige Haushaltsplanungen noch schwieriger machen und unseren Spielraum weiter einengen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wie immer ist dem Haushaltsvoranschlag der Dienstpostenplan, der Wirtschaftsplan für die Stadtwerke und der GWG und der Voranschlag für den RHV beigeschlossen. Auch dazu möchte ich nur ganz kurz Stellung nehmen. Zum Dienstpostenplan.

Wenn wir unseren Personalstand mit jenen anderer vergleichbarer Städte vergleichen, können wir immer wieder feststellen, daß unser Personalstand keinesfalls als überhöht bezeichnet werden kann, sondern im Gegenteil. Trotzdem werden wir in Anbetracht unserer derzeitigen Finanzlage versuchen, den Personalstand durch eine noch straffere Organisation etwas zu reduzieren, um dadurch Einsparungen zu erzielen. Natürlich wird es nicht überall und in allen Bereichen möglich sein, den Personalstand zu reduzieren, insbesondere nicht bei den echten Dienstleistungen, wie z. B. bei den Busfahrern. Aber wir wollen, wie gesagt, versuchen, auch unsere Personalkosten ein wenig einzubremsen, und zwar nicht, daß wir Leute entlassen, sondern durch Umschichtungen und wir werden bei Ausscheidenden Bediensteten in jedem einzelnen Falls uns genau überlegen, ob als Ersatz eine Neueinstellung unbedingt notwendig ist.

Mit 1. 10. 1987 betrug die Zahl der bei uns vollbeschäftigten Personen 745 und dazu kommen noch 11 weitere nebenberufliche Beschäftigte und 110 Teilbeschäftigte, die stundenmäßig gesehen 74 Vollbeschäftigten entsprechen. Insgesamt sind es demnach 830 Personen. 26 Personen, die sich derzeit auf Karenzurlaub befinden bzw. ihren Präsenzdienst ableisten, sind in dieser Zahl nicht inbegriffen. Der Per-



sonalstand mit 1. 10. 1987 ist nahezu unverändert gegenüber einem Jahr zuvor. Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke weist einen Gesamtaufwand von S 125,3 Millionen auf. An Investitionen ist für das kommende Jahr ein Betrag von S 33,6 Millionen vorgesehen, nämlich S 12,5 Millionen für das Wasserwerk, 10 Millionen für das Gaswerk, 6,1 Millionen für den Verkehrsbetrieb und 5 Millionen für das Krematorium und die Bestattung.

Der RHV Steyr und Umgebung weist einen Investitionsplan an Einnahmen und Ausgaben im Ausmaß von 85,2 Millionen auf.

Die GWG der Stadt Steyr weist im Erfolgsplan Aufwendungen und Erträge in Höhe von 156,1 Millionen auf. An Investitionen sind im kommenden Jahr seitens der GWG 41 Millionen vorgesehen.

Werte Damen und Herren des Gemeinderates! Der Voranschlag 1988 ist gemäß den gesetzlichen Bestimmungen ordnungsgemäß eingebracht worden und lag auch zeitgerecht zur Einsichtnahme auf. Lediglich ein Erinnerungsschreiben, datiert vom 30. 11. 1987, von den Mietern der Reithoffergasse 2 a bis d in Angelegenheit einer weiteren Verbauung der Reithoffergründe, liegt bei uns vor. Wir werden dieses Erinnerungsschreiben bei eventuellem Ankauf von Gewerbegründen in Erwägung ziehen.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Steyr ist in den letzten vier Jahrzehnten in gemeinsamer Arbeit und insbesondere dank dem Fleiß unserer Menschen unter der Führung der Bürgermeister Steinbrecher, Fellingner, Weiss und nunmehr Heinrich Schwarz um vieles schöner, lebens- und liebenswerter geworden. Noch nie zuvor ist so viel Positives in unserer Stadt geschehen. Steyr zählt heute zu den schönsten Städten nicht nur Österreichs, sondern Europas. Das wird uns von den vielen Besuchern unserer Stadt immer wieder versichert und darüber freuen wir uns und darauf sind wir zudem auch sehr stolz.

Wir leben augenblicklich in einer schwierigen Phase, für die wir als Kommunalpolitiker wohl kaum verantwortlich sind. Die Weltwirtschaftskrise legt ihre Schatten auch auf Österreich und dieser Schatten trifft in besonderem Maß auch unsere schöne, aber so sehr vom Export seiner Erzeugnisse abhängige Stadt.

Mein Appell an Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, nicht aus parteitaktischen Gründen Popularitätshascherei zu betreiben, sondern verantwortungsbewußt mitzuarbeiten und in gemeinsamer Arbeit zu versuchen, diese schweren Zeiten zu meistern zum Wohl unserer Stadt u. in diesem Sinne mein Ersuchen an Sie, dem Ihnen vorliegenden Voranschlag die Zustimmung zu geben.

Zum Schluß kommend gilt mein Dank allen meinen Mitarbeitern im Rechnungsamt, vor allem aber Herrn Dr. Schmidl, für die umfangreiche und mit großer Gewissenhaftigkeit geleisteten Arbeiten in diesem Jahr, insbesondere aber auch für die Erstellung dieses Voranschlages, und darf nunmehr den Ihnen vorliegenden Antrag zur Verlesung bringen.

## 2) Ha-4200/87

### Voranschlag 1988.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Finanzjahr 1988 wird

im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen von

S 577,005.000,-

und mit Ausgaben von

S 609,420.000,-

und im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben von je

S 128,170.000,-

daher mit einem Abgang von

S 32,415.000,--

=====

im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind, festgestellt. Der Abgang im ordentlichen Haushalt ist durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben zu decken. Als gegenseitig deckungsfähig werden die in den Sammelnachweisen angeführten Ausgaben erklärt.

Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 125,300.000,- und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 33,600.000,-, der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung, des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung, der GWG der Stadt Steyr und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben. Die Hebesätze betragen:

|                                                           |            |
|-----------------------------------------------------------|------------|
| Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe | 500 v. H.  |
| Grundsteuer B für andere Grundstücke                      | 420 v. H.  |
| Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag                       | 172 v. H.  |
| Lohnsummensteuer                                          | 1000 v. H. |

Ich bitte den Herrn Bürgermeister, die diskussion über diesen Voranschlag vornehmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Wippersberger für seinen Vortrag. Zu Wort gemeldet dazu ist Kollege Pimsl.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Meinen Beitrag vor einem Jahr zum Voranschlag 1987 begann ich mit den Worten, daß für dieses Jahr eine stagnierende Einnahmenentwicklung und daher von der Notwendigkeit und gebotenen Sparsamkeit in den Budgetansätzen ausgegangen wird. Ich habe mich in einem Punkt meiner Aussage geirrt. Das Jahr 1987 war von sinkenden Einnahmen gekennzeichnet und ich traue mir nicht zu, für die Zukunft bereits eine Verbesserung der Einnahmensentwicklung zu prognostizieren. Es ist daher notwendiger denn je, die Ausgaben sowohl im ordentlichen wie im außerordentlichen Haushalt auf ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit unter gleichzeitiger Bedachtnahme auf zukünftige Entwicklungen abzustimmen und zu erstellen. Wir haben heute schon sehr viel über Zahlen gehört, über Gelder, die wir einnehmen und auch wieder ausgeben. So viel sei wiederholt, der Voranschlag für 1988 widerspiegelt die ernste Finanzlage der Stadt. Es ist daher oberstes Gebot, sparsamst zu budgetieren, ohne wichtige Bereiche dabei zu vernachlässigen. Daß man aber nur dann Sparsamkeit verlangen kann, wenn man selbst mit gutem Beispiel vorangeht, ist eine Binsenweisheit. Es war daher selbstverständlich für den Gemeinderat, auf die Bezugserhöhung für 1988 zu verzichten. Es wird ebenso notwendig sein, im Bereich des Personalaufwandes - in abgestimmter Form mit der Personalvertretung - Einsparungen zu erzielen. Ein weiterer notwendiger Schritt war die Anhebung von Tarifen und Gebühren. Keine sehr populäre, aber im Interesse der Allgemeinheit zur Finanzierung wichtiger Aufgaben notwendig. Eines muß immer wieder betont werden, es muß im Bewußtsein der Stadtverwaltung noch deutlicher werden müssen, daß wir nicht nur Dienstleistungsbetriebe sind, sondern daß jedes Mitglied genau so wie das Kollegialorgan Managementfunktion auszuüben hat und auch Managementverantwortung zu übernehmen hat. Einige Schwerpunkte der Ausgaben seien aber mir trotzdem gestattet anzuführen und zu unterstreichen. Daß lebenswichtige Bereiche durchaus entsprechend dotiert wurden, um den Erfordernissen gerecht zu werden.

An erster Stelle sei hier der Bereich Soziales angeführt. Im Budget 1987 waren, ich nenne hier nur runde Zahlen, Gesamtausgaben von 125 Millionen vorgesehen. Der Zuschußbedarf wurde mit 76,5 Millionen ausgewiesen. 1988 sind Gesamtausgaben von 140 Millionen im Voranschlag vorgesehen. Der Zuschußbedarf erhöht sich auf 78,5 Millionen. Im Umweltschutzbereich sind insgesamt, sowohl im ordentlichen wie im außerordentlichen Haushalt, inklusive auch der Ausgaben im Rahmen des Reinhaltungsverbandes, 60,5 Millionen vorgesehen. Im Jahr 1987 waren es rund 46 Millionen. Die Wirtschaftsförderung sieht Mittel in der Höhe von rund 13 Millionen Schilling vor, wobei der weitaus größte Betrag für den Ankauf von Grundstücken für Betriebsansiedlungen vorgesehen ist. Im Jahr 1987 waren im Voranschlag 6 Millionen präliminiert.

Ein ausgabenintensiver Bereich des Voranschlages wird uns zweifellos in den nächsten Jahren außerordentlich beschäftigen. Es ist das der Verkehrsbereich. Die Anbindung der Schiene wie der Straße an den öö. Zentralraum ist dringlicher denn je und die Gründung einer Bürgerinitiative "Bahn 2000" unterstreicht die Notwendigkeit städtischer Planung und Vorsorge.

Meine Damen und Herren, soll die Stadt Steyr zukünftig noch mehr ausgeschlossen werden von wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Überlegungen, wird Steyr zur Bedeutungslosigkeit zurückfallen.

Ich muß daher eindringlich auf diese zukünftigen Erfordernisse hinweisen, um ein weiteres Stagnieren der Stadt und der Region Steyr zu verhindern, Betriebsansiedlungen zu fördern und damit Arbeitsplätze zu schaffen.

Als Sprecher meiner Fraktion gebe ich die Zustimmung zum Haushaltsvoranschlag 1988. Ich bin überzeugt, daß wir gemeinsam die großen Probleme bewältigen werden. Die politische Kultur in Österreich hat sich in den letzten Jahren zusehends verschlechtert. Es ist auch eine Bitte und mein Anliegen, Zusammenarbeit nicht als Auseinandersetzung im persönlichen oder parteipolitischen Bereich zu betrachten, sondern als freie demokratisch gewählte Mandatäre uns zum gemeinsamen Dialog und Handeln zu bekennen.



Dem Finanzreferenten Vizebürgermeister Wippersberger, dem Rechnungsdirektor Dr. Schmidl, den Beamten danke ich für die gewissenhafte Erstellung des Voranschla-  
ges.

Abschließend darf ich Dir, Herr Bürgermeister, den Damen und Herren des Stadt-  
senates und Gemeinderates, den Beamten und Bediensteten und natürlich auch ihren  
Familien ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und friedliches Jahr 1988  
wünschen.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Ich danke für die Fraktionserklärung. Nächster Sprecher ist Kollege Holub.

#### VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Daß heute in 14 Tagen Weihnachten ist, das wissen wir nicht nur vom Kalender, sondern auch von der Sitzungsroutine des Gemeinderates. Die Budgetsitzung ist ja in der Regel 14 Tage vor Weihnachten und das kalte Klima draußen zeigt uns, daß die stillste Zeit im Jahr näher kommt, von der wir alle zu recht bezweifeln, ob sie in der Tat die stillste ist.

Zur Budgetsitzung, wie sie heute abläuft, kann man die Worte des Finanzreferenten, Kollege Vizebürgermeister Wippersberger, nur noch einmal in Erinnerung rufen und auch der Fraktionssprecher der sozialistischen Partei hat das getan, daß die Entwicklung der Stadtfinanzen als dramatisch bezeichnet wurde. Ich selbst habe mir einen nicht gar so schlimmen Ausdruck zurecht gelegt, ich wäre sogar sanfter gewesen, ich hätte nur gesagt, die Finanzsituation hat sich radikal verschlechtert. In der Tendenz sind wir einer Meinung, genau so, wie wir in der grundsätzlichen Aussage, die seitens des Sprechers der sozialistischen Partei getätigt wurde, einer Meinung sind. Im wesentlichen wurden ja auch durch den Sprecher der sozialistischen Fraktion Dinge erneut betont, die in den vergangenen Jahren durch die Fraktionen - stecken wir ausdrücklich nicht das Federl für meine Partei alleine auf den Hut - gefordert wurden. Die Finanzlage der Stadt zwingt uns zweifellos zum vermehrten Nachdenken und ich kann nicht umhin, noch einmal das zu unterstreichen, was Kollege Wippersberger schon gesagt hat, die Situation ist gekennzeichnet durch die Tatsache, daß die Einnahmen sinken und die Fixkosten stark ansteigen. Dazu aber später noch einmal in einer Zahlenübersicht vor diesem Hintergrund verbleiben wir aber vor der Notwendigkeit, große Aufgaben zu bewältigen. Es wurde schon angeführt, wieviel Geld im heurigen Jahr der Kanalbau verschlingen wird. Wir müssen den Bauabschnitt 6 im städtischen Projekt weiterführen, es muß der Reinhaltungsverband sein Konzept weiter vollenden im städtischen Bereich. Der Bauabschnitt 6 in der letzten Fassung umfaßt etwa 80 Millionen Schilling. Das sage ich deswegen, um noch einmal die Zahlen in Erinnerung zu rufen. Der Investitionsplan des Reinhaltverbandes geht über ein Volumen von 85 Millionen Schilling. Die Mitgliedsgemeinden dabei haben an Beiträgen 37 Millionen Schilling zu leisten. Den größten Teil, das liegt auf der Hand, aber die Stadt Steyr. Die Wasserversorgung ist zu sichern, es wird unerläßlich notwendig sein, das wurde schon mehrfach gefordert, und ich glaube es deckt sich da auch die Meinung der beiden großen Fraktionen, ein zweites Brunnengebiet bzw. ein neues Brunnengebiet aufzuspüren, das, wenn es geht, im Wasserstrich oberhalb der Stadt und nicht unterhalb liegt. Damit, sollte irgendwo ein größeres Unglück geschehen, die Wasserversorgung aufrecht erhalten werden kann. Und die Nachrichten aus ähnlich großen Städten, die uns immer wieder von Unglücken erzählen, von Unglücksfällen, bei denen die Wasserversorgung ganz oder teilweise, stadtteilweise oder nur brunnenfeldweise, gefährdet wird, geben uns sicherlich sehr viel Grund zum Nachdenken in dieser Richtung. Im Haushaltsvoranschlag selbst sehen wir zu diesem Problem allerdings keine Ansatzpost, wohl aber haben wir die Hoffnung, daß aus der Wirtschaftskraft der städtischen Unternehmungen Anstrengungen bzw. Rücklagenvorsorgen getroffen werden, daß die Wasserversorgungssituation nicht nur quantitativ sondern auch qualitativ in Zukunft gesichert werden kann.

Ein weiteres riesiges Problem liegt noch vor uns und ist noch nahezu unbewältigt, nämlich die Revitalisierung des Stadtteiles Steyrdorf. Da gibt es noch unendlich viel zu tun. Im außerordentlichen Haushalt sehen wir mit Freude eine Million Schilling zur Sanierung der Frauenstiege, damit endlich auch der Zugang ins Steyrdorf attraktiv wird und nicht, wie es derzeit ist, durch den Museumssteg der Ausgang aus dem Steyrdorf. Unsere Mitbürger in Steyrdorf sorgen sich berechtigt und ich glaube, daß wir im Gemeinderat den Wunsch unserer dortigen Bevölkerung nicht überhören dürfen, daß eine bessere Einbindung ins Steyrdorf erforderlich ist.

Man wird auch, wahrscheinlich nicht im heurigen Jahr, dazu fehlt uns in der Tat das Geld, über eine mechanische Aufstiegshilfe nach Steyrdorf nachdenken müssen. Ob das jetzt das Projekt eines Schrägaufzuges, eines Stempelaufzuges oder ob es schon die Minimalvorstellung eines Citybusverkehrs sein kann, das soll hier nicht dezidiert festgehalten werden. Wahrscheinlich wäre es aber zweckmäßig, erst den Autobus fahren zu lassen und dann über gute technische sonstige Lösungen nachzudenken. Die Stadterneuerung ist hinsichtlich der Fassaden rund um den Stadtplatz im wesentlichen erledigt, aber wenn wir nach Steyrdorf schauen, so erkennen wir als engagierte Steyrer, daß es dort noch jede Menge zu tun gibt. Stadterneuerung ist vielleicht ein moderner Ausdruck, trifft es aber nicht ganz, denn unter erneuern kann man auch verstehen abreißen und neu bauen, das würde aber den Charakter unserer Heimatstadt Steyr grundsätzlich verändern. Man sollte besser von der Restaurierung und Revitalisierung der Altstadt sprechen. Und wir sollten nicht nur über den Stadtplatz diskutieren, sondern auch über die anderen Stadtteile. Uns insbesondere auch über das teilweise vergessene Steyrdorf. Die Aufmerksamkeit hat sich ja jetzt in den Wehrgraben konzentriert, es wurden hier im Zusammenhang mit der Landesausstellung und dem Museum Arbeitswelt durchaus hervorhebenswerte Ansätze der öffentlichen Hand gezeigt, nur müssen wir dem Bürger recht geben, wenn er befürchtet, daß die Aufmerksamkeit sich nach Abklingen der Landesausstellung von diesem bedrohten Stadtteil wieder abwenden könnte. Ich glaube, daß wir gerade mit der Ansatzpost Frauenstiege ein Signal in der Richtung setzen, daß diese Bürgerbefürchtung nicht ganz zutreffend ist. Wir müssen, das wurde auch von beiden Vorrednern schon gesagt, die Wirtschaftsstruktur laufend verbessern, wir müssen weg von der Monostruktur. All die Problematik rund um die Steyr-Daimler-Puch AG ist uns allen in schmerzhaftem Bewußtsein. Wir müssen, da stimme ich mit Kollegen Pimsl vollkommen überein, den Fremdenverkehr aus dem Dornröschenschlaf wecken. Ich hoffe, daß der Fremdenverkehrsdirektor im nächsten Jahr der Prinz sein wird, der das Dornröschen auch tatsächlich munter küßt. Daß das Dornröschen heuer noch ganz gut schläft, das bemerken wir mit Erstaunen beim Habitus des Christkindlmarktes. Wer jemals den Fehler begangen hat, den Brucknerplatz nicht durch den Christkindlmarkt, sondern auf der Straßenseite zu passieren, der steht vor einem Bretterverschlag, als ob die Welt zu Ende wäre, und nicht als ob das Christkindl käme. Es ist für den Fremdenverkehrsreferenten der Gemeinde in größtem Ausmaß bestürzend, daß das Fremdenverkehrsbüro, das mit der Durchführung betraut war, nicht einmal in der Lage war, das nötige Tannenreisig zu besorgen. Und wenn es schon besorgt war, für die Aufbringung desselben an die Hütten zu sorgen. Wenn schon solche Kleinigkeiten nicht gehen, wie sollen dann die Großigkeiten wie Werbung und ähnliches funktionieren? Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich glaube, wir haben Grund zur Hoffnung, schlechter kann es nicht werden, es kann nur mehr besser werden. Ich hoffe wirklich, daß wir in gemeinsamer Zusammenarbeit dann auch mit dem neuen Fremdenverkehrsdirektor die Bemühungen verbessern können, um den Fremden die Charakteristika unserer Stadt näher zu bringen. Die ganze Dienstleistungssparte ist auszuweiten. Fremdenverkehr ist ein Teil der Dienstleistungssparte, aber längst nicht alles. Handel und Gewerbe sind in jeder Hinsicht zu fördern, Handel und Gewerbe müssen ein Klima vorfinden, in dem sie beruhigt arbeiten können und ohne Störungen, damit die Arbeitsplätze, die vorhanden sind, oder aber auch durch Ausweitung von Betrieben oder Betriebsneuansiedlungen neue Arbeits-



plätze, die hinzutreten können, gewährleistet sind. Daß die Verkehrsbeziehungen zu verbessern sind, ob auf der Straße durch die Nordspange, oder auf der Schiene durch die Einbindung in die Westbahn, wurde auch vom Fraktionssprecher der sozialistischen Partei gesagt. Ich glaube, wir müssen alle zusammen alle möglichen Anstrengungen unternehmen, daß den Initiativen der Aktionsgemeinschaft "Westbahn für Steyr" wirklich zu danken ist für ihre Bemühungen und daß sie wirklich erfolgreich sein werden, so leicht wird es ja nicht werden, wie wir den Eindruck aus vielen Gesprächen schon gewinnen konnten. Wenn wir aufhören lästig zu sein, so wird es für die Obrigkeit in Wien sehr leicht sein, uns nicht zur Kenntnis zu nehmen. Wenn das geschehen sollte, so teile ich die Befürchtung des Kollegen Pimpl, daß Steyr nicht nur in die Bedeutungslosigkeit, sondern auch in die wirtschaftliche Verarmung hineinschlittern wird. Wir werden in der Zukunft auch den Sozialbereich bewältigen müssen. Ich bezweifle, daß wir bei den derzeitigen gesetzlichen Voraussetzungen ihn auch tatsächlich bewältigen können, weil ja schon aufgezeigt wurde die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben in dem Sozialbereich. Diese Schere, meine Damen und Herren, geht unaufhörlich weiter auf. Der Vergleich über die letzten Jahre, der schon gebracht wurde, zeigt das in aller Deutlichkeit. Wir werden also an die Gesetzgeber dringend appellieren müssen, die Finanzierung der Alten- und Pflegeheime im Wege der Sozialversicherungen, die ja durch die Pflegeheime auch entlastet werden, zu sichern. Wenn uns das nicht gelingt, werden die städtischen Finanzen langsam aber sicher nicht mehr in der Lage sein, die sozialen Aufgabenstellungen zu bewältigen.

Weil die städtischen Finanzen so knapp sind, ist es auch von der sozialistischen Partei betont worden, daß Maßnahmen und Finanzierungen wohl überlegt sein müssen, daß die alten Forderungen, Investitionskonzepte zu erstellen, gerade vor diesem Hintergrund nicht ungehört weiter verbleiben sollen, versteht sich an sich als Selbstverständlichkeit. Seit vielen Jahren nimmt man sich das vor, aber leider Gottes kommt man hier zu keinem Resultat, ausgenommen die Maßnahmenplanung im städtischen Kanalbauprojekt, wo tatsächlich befristete und bezifferte Vorhabensteilabschnitte beurkundet sind. Es ist ehest notwendig, daß wir ein mittelfristiges Maßnahmen-, Investitions- und Finanzierungskonzept finden, wenn wir mit den Finanzen unserer Stadt einigermaßen zurechtkommen wollen. Nur wer sich über zeitliche Abläufe im klaren ist, meine Damen und Herren, der kann auch richtig finanzplanen. Alles andere könnte nämlich zum Hand in den Mundwirtschaften ausarten. Das, glaube ich, sollten wir nicht erstreben. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben wurde von beiden Vorrednern schon besprochen, daß die eigene Steuerkraft der Gemeinde erheblich nachläßt ist bekannt. Das braucht also nicht näher erörtert zu werden. Die eigenen Steuern betragen nur mehr 143,7 Millionen Schilling, 1987 waren noch 162,3 Millionen budgetiert, im Rechnungsabschluß 1986 waren es 160 Millionen Schilling. Der Rückgang der Gewerbesteuer und der Lohnsummensteuer wurde kommentiert, eine Besserung der Situation ist hier nicht zu erwarten. Die Situation der Steyr-Werke ist nach wie vor trist, auch hier ist kein Land in Sicht, so daß die Betrachtung über die eigenen Steuern und des eigenen Steueraufkommens nur mit den Worten enden kann, wohin soll denn das noch führen, wenn das alles so weitergeht? Auch über die Bedeutsamkeit der Ertragsanteile, die wir heuer mit 201 Millionen Schilling budgetieren, wurde schon gesprochen. Auch der Jahresvergleich über die Ertragsanteile soll nicht wiederholt werden, weil die Zahlen ohnehin schon aufliegen. Die einzige Hoffnung, die wir haben können aus der sinkenden Ertragskraft der Stadt, ist eine Verbesserung der Unterschiedsbeträge zu den Ertragsanteilen zu erwarten. Genau das, das habe ich vor 14 Tagen beim Nachtragsvoranschlag gesagt, ist aber nicht der Weg, wie wir die Finanzkraft verbessern wollen oder die Einnahmenkraft verbessern wollen, in dem die Finanzkraft sinkt. Das wäre ja schizophren.

Zum Kapitel eigene Steuern und Ertragsanteile- die Ertragsanteile sind ja auch nichts anderes als ein Anteil dessen, was der Bürger dem Staat entrichtet hat - ist hinzuzufügen, daß laut Haushaltsvoranschlag jeder Bürger 3.684 Schilling eigene Steuern und 5.153 ertragsanteilige zu entrichten hat, so daß jeder Bürger unserer Stadt, ob Opa oder Enkerl, 8.800 Schilling an Steuerleistung in den Haushalt der Stadt einbringt.

Dieser Haushalt, der sich im Querschnitt im Anhang an das Zahlenwerk darstellt, soll jetzt im nächsten Punkt betrachtet werden. Die eigenen Dynamiken, die im Haushaltsquerschnitt erkennbar sind, habe ich seit Jahren betrachtet. Die Dynamik setzt sich fort und unterstreicht ganz deutlich, wie recht ich in den letzten Jahren mit meinen Befürchtungen gehabt habe. Nehmen wir die Gewerbesteuer her, so sind wir derzeit bei einem Aufkommen, das identisch mit dem Jahr 1983 ist. Nehmen wir die Lohnsummensteuer her, so sehen wir ein korrespondierendes Verhalten, das Steueraufkommen aus beiden Steuersparten entspricht dem Steuereinkommen etwa aus dem Jahr 1983. Nehmen wir die Summe aller eigenen Steuern, Abgaben und Ertragsanteile her, so budgetieren wir das Jahr 1988 mit 399 Millionen Schilling, im Voranschlag 1987 waren es noch 415 - der Grund ist die Rückläufigkeit bei den großen Steuereinnahmequellen gegenüber Gewerbesteuer und Lohnsummensteuer. Über die Situation werden wir uns dann im klaren, wenn wir uns vor Augen halten, daß die Kanalbenützungsgebühr mittlerweile mehr ausmacht als die Gewerbesteuer 1980. Im Vergleich dazu war die Kanalbenützungsgebühr die Hälfte der Gewerbesteuer. Die Müllabfuhrgebühr mit 10,4 Millionen Schilling budgetiert, beträgt fast die Hälfte der Gewerbesteuer, im Jahr 1980 mit Rechnungsabschluß haben wir Müllabfuhrgebühr mit 4,8 Millionen Schilling eingehoben, das war ein Achtel der Gewerbesteuer. Anders verhalten sich die Einnahmen aus Leistungen, z. B. die Tarife im Altersheim oder die Abgaben für Essen auf Rädern. Das waren 1980 73,2 Millionen und sind jetzt mit Voranschlag 122,9 Millionen, mit Voranschlag 1987 waren das 107,8 Millionen Schilling. Über den Querschnitt der Ausgaben in der laufenden Gebarung möchte ich die nächsten Zahlen vorlegen. Hier fällt vor allem auf, das wurde schon erwähnt, die Leistung für das Personal als größte Position mit 230,055 Millionen Schilling. Im Vergleich dazu 1980 143,7 Millionen Schilling.

schon hervorgehoben 170,9 Millionen Schilling, nicht ganz. Der Verwaltungs- und Betriebsaufwand war im Jahr 1980 104,6 Millionen Schilling. In der Vermögensgebarung hat sich dagegen die Entwicklung anders ergeben. Für Erwerb von unbeweglichem Vermögen werden wir laut Voranschlag 1988 1,3 Millionen Schilling in der Gebarung ausweisen, 1980 waren das 10,8 Millionen Schilling, wohingegen bei beweglichem Vermögen 3,2 Millionen Schilling investiert werden. Über die dramatische Entwicklung der Rücklagen ist schon gesprochen worden, wir können praktisch nur mehr von buchhalterischen Rücklagen sprechen, nicht mehr und nicht weniger wäre die reine Wahrheit.

Die Schuldenstandsentwicklung wurde auch angezogen. 14.500 Schilling pro Kopf beträgt die budgetierte Verschuldung mit dem Wirtschaftsjahr 1988. Sie erlauben mir sicher einen Vergleich zum Volumen der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes, der mit 577 Millionen Schilling budgetiert ist. Wenn man die 566 Millionen der budgetierten Verschuldung in Vergleich zieht, so stellt man fest, daß 98 Prozent aller budgetierten Einnahmen in Verschuldung sich widerspiegeln. Setzt man die Einnahmen der laufenden Gebarung gegenüber, so beträgt die Verschuldung schon 99,7 Prozent der Einnahmen der laufenden Gebarung.

Ich glaube, daß der Finanzreferent mehr als recht hat, wenn er auf diese Bedeutsamkeit aufmerksam macht, weil der finanzielle Spielraum der Stadt unter dem Druck der zunehmenden Verschuldung nicht kleiner wird. Wenn heute davon die Rede war, daß der freie Spielraum im ordentlichen Haushalt fast null ist, so muß man korrekterweise zugeben, daß er mehr als null ist, er ist eigentlich minus, weil ja der ordentliche Haushalt nicht ausgeglichen budgetiert. Die Schuldendienstentwicklung wurde aufgezeigt. 38,3 Millionen Schilling müssen wir im



nächsten Jahr voraussichtlich an Zinsen bezahlen (wenn es reicht) und an Tilgungen werden wir 22,4 Millionen Schilling aufwenden müssen, so daß jeder Bürger S 1.556,-, das ist dann die Pro-Kopf-Quote, für den Schuldendienst investieren muß. Setzen wir den Schuldendienst in Verhältnis zu den Ausgaben des ordentlichen Haushaltes, so macht der Schuldendienst - auch diese Zahl wurde von Dir, Kollege Wippersberger genannt - 10 Prozent aller budgetierten Ausgaben aus. Die Schere tut sich unendlich weit auf, wenn es so weitergeht. Wieder einige Vergleiche mit 1980. Leistungen für das Personal, ich erinnere an das, was ich vorhin beim Haushaltsquerschnitt erwähnt habe, 143,7 Millionen Schilling - Haushaltsvoranschlag 1988 230 Millionen Schilling. Das ist eine Zunahme von 60 Prozent innerhalb dieser Vergleichsperiode. Verwaltungs- und Betriebsaufwand 1980 1,04,6 Millionen Schilling, 1988 laut Haushaltsvoranschlag, 170,9 Millionen. Das ist eine Ausweitung um 63,4 Prozent. Im Vergleich dazu die Ausweitung der eigenen Einnahmen, Abgaben und Ertragsanteile 1980, 302,2 Millionen Schilling, Haushaltsvoranschlag 1988 399,9 Millionen Schilling. Das ist eine Zunahme von 32 Prozent aufgerundet. Diese Diskrepanz zwischen den 60 oder 66 zu den hier erzielten 32 Prozent kennzeichnet die Lage der Stadt. Ich glaube, mehr ist dem nicht hinzuzufügen. Anders verhalten haben sich die Einnahmen aus den Leistungen, das sind die nicht tariflichen Entgelte, die die Bürger für Leistungen der Stadt zahlen. Da haben wir im Haushaltsquerschnitt 1980 73,2 Millionen Schilling im Budget gesehen und im Haushaltsvoranschlag 1988 122,9 Millionen, das sind 67 Prozent. Die Einnahmen aus den Leistungen korrespondieren mit den Verwaltungs- und Betriebsaufwänden etwas überproportional. Man kann aber daraus entnehmen, daß eine Sanierung einnahmenseitig kaum mehr vorstellbar ist. Wenn die Einnahmen aus Leistungen ohnehin schon höher sind als die Zunahmen im Verwaltungsbereich auf der Ausgabenseite, so wird der Bürger irgendwann nicht mehr verstehen können, wenn wir ihn noch mehr zur Kasse nehmen. Daher Übereinstimmung dahin, die Disziplin auf der Ausgabenseite ist die einzige Methode, wie wir die Finanzsituation in der Stadt bewältigen können. Bewältigen wahrscheinlich einige Jahre überhaupt noch nicht, aber zumindest in den Griff bekommen können. Ich erhebe also nach wie vor die alte Forderung, daß wir unentwegt unsere Vorhaben darauf prüfen müssen, ob sie sparsam genug geplant sind, ob sie überhaupt zweckmäßig sind, vor allen Dingen ob sie unerläßlich notwendig sind und welche Folgekosten erwachsen uns aus der projektierten Aufwendung. Die Sparsamkeit, das habe ich auch im vergangenen Jahr gesagt, - im Grunde genommen könnte ich ja das Protokoll der vergangenen Jahressitzung herlegen und sagen, ich verweise auf die Aussagen vom 13. Dezember 1986 - dürfen wir nicht auf dem Rücken der sozial Schwächsten austragen. Ich glaube, das ist auch nicht die Absicht, das zu tun, aber ich möchte nur warnen, allzu leichtfertig mit Tarifierhöhungen umzugehen, wenn wir dabei die soziale Komponente außer acht verlieren könnten.

Ich bin sehr froh über die Ankündigung in Hinsicht auf Ausgabendisziplin, daß die Deckungsvermerke bei den Beantragungen erforderlich sein werden. Wir werden ja bei einem weiteren Tagesordnungspunkt heute noch darauf zu sprechen kommen und ich verlange wirklich mit allem Nachdruck, daß das wahrgemacht wird, was versprochen wurde, daß auf den Deckungsvermerken auch die Kreditreste angemerkt werden, damit diejenigen, die dann die Beschlüsse fassen, auch wissen, was sie in Wahrheit tun. Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit, meine Damen und Herren, muß die oberste Maxime unseres Haushaltshandelns sein. Das erstreckt sich natürlich auch auf die Miet- und Pachtverträge, die die Gemeinde ihrerseits abgeschlossen hat, das erstreckt sich darauf, daß die Stadt sich überlegen muß, ob die Betriebe, die sie innehat, tatsächlich zur städtischen Aufgabenstellung gehören, das erstreckt sich darauf, daß die Stadt sich überlegen muß, ob alle Mietenzahlungen, die sie leistet, auch in der Tat gerechtfertigt sind. Ich erinnere wieder an meine Ausführungen vom Vorjahr, wo ich gemeint habe, daß es sicherlich nicht im Sinne der Statutverfasser liegt, daß für Bestandsverträge kein Kollegialbe-



schluß notwendig ist, sondern daß Bestandsverträge ausschließlich in der Kompetenz des Magistrates abgeschlossen werden. Das bedeutet, wenn ein Gut um 1 Million Schilling Jahrespacht in Bestand gegeben wird, daß niemand im Kollegium dazu zu befragen ist.

Über die Bedeutsamkeit der Ausgaben im ordentlichen Haushalt möchte ich zu 2 Punkten noch im Detail kommen, wie zu erwarten zu Personalwesen und zum Verwaltungs- und Betriebsaufwand. Die Aktivbezüge betragen im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen des ordentlichen Haushaltes 39,9 Prozent, im Verhältnis zu den eigenen Steuern und Abgaben 57,6 Prozent und, was ganz interessant ist, auch zu den Gesamtausgaben 37,7 Prozent. Das ist die Bedeutsamkeit der Personalaufwendungen. Wenn wir die Vergleichszahlen zum Voranschlag 1987 dazusetzen, so sehen wir die Verhältniszahlen zu den Gesamteinnahmen mit 37,2 Prozent, jetzt 39,9. Tendenz also steigend. Oder zu den eigenen Steuern und Abgaben und Ertragsanteilen 52 Prozent, jetzt 57,6 Prozent. Die Schere Personalkosten und eigene Einnahmen ist zu beachten und ich stimme mit Kollegen Wippersberger vollkommen gleichklanglich überein, daß die Personalkosten im Griff behalten werden müssen. Auch mit Kollegen Pimsl eine Meinungsgleichheit, auch wie im Vorjahr. Durch moderne Büroorganisation ist der Verwaltungsapparat zu optimieren, Diktiergeräte, Schreibsysteme -in Ansätzen gibt es ja Versuche hier im Haus - sollen dazu dienen, durch eine raschere Verwaltung den Einsatz der Mittel zu optimieren.

Ich bin froh, daß die anonymen Briefschreiber des Vorjahres heuer über mich nicht den Brief schreiben müssen. Wenn schon gesagt wurde, daß bei jedem einzelnen Ausscheidensfall überlegt werden muß, ob wirklich nachbesetzt werden muß und nachbesetzt werden kann. Meine Bitte zu diesem Thema, wenn schon aufgenommen werden muß, so sollten wir uns in Zukunft wieder mehr vornehmen, über die Objektivierung bei der Personalaufnahme zu sprechen, das Thema ist uns im Laufe der Zeit vom Tisch gekommen. Schärfer will ich es nicht formulieren, aber ich bitte doch sehr inständig im Namen der ÖVP-Fraktion und wahrscheinlich auch im Namen aller sich bewerbenden Bürger, eine Annäherung hinsichtlich der Vorstellungen hinsichtlich der Objektivierung im Personaldienst im städtischen Bereich auch zu einem Abschluß zu bringen. So weit sind wir in Gedanken ja gar nicht mehr auseinander. Der Verwaltungs- und Betriebsaufwand, die Zahlen wurden schon fast bis zur Übermüdung genannt, so daß ich hier nur mehr sagen muß, wenn wir schon mehr aufwenden, so werden wir immer mehr danach trachten müssen, - diese Bitte geht auch an die Beamtenschaft - diesen Mehraufwand zu besserem Service für den Bürger führen zu lassen.

Der Sozialbereich, sehr geschätzte Damen und Herren, stellt sich als fast unfinanzierbar dar, auch das wurde genannt. Die größten Brocken, auch dezidiert in Zahlen schon beziffert, nämlich allgemeine Sozialhilfe und das zentrale Altersheim. Ich komme bei der Effektivbelastung aus dem zentralen Altersheim auf - wenn ich es extrem beleuchten will, sogar noch auf eine andere Zahl - einen Abgang aus der Voranschlagspost Altersheim von 21,8 Millionen Schilling plus dem Zuschuß für Fürsorgepfleglinge 20 Millionen Schilling. Wenn ich jetzt unehrlich wäre, würde ich sagen 41,8 Millionen Schilling kommt per Saldo heraus, weil ich aber ehrlich bin sage ich, daß wieder die Ersätze abgerechnet werden müssen. Dann kommt man auf die 27,8 Millionen Schilling. Ich stehe nicht an zuzugeben, daß ich im Vorjahr diese Saldierung nicht vorgenommen habe, vor dieser Saldierung waren es im Vorjahr 36,4 Millionen Schilling. Und damit man von gleichem spricht, das wieder mit den 41,8 Millionen Schilling in Vergleich zieht, so erkennt man auch, daß hier nicht ein Stillstand der Haushaltsbelastung vorgekommen ist, sondern auch hier eine Progression feststellbar ist. In diesen Zahlen ist der Investitionsaufwand für das Altersheim noch nicht beinhaltet und noch nicht beinhaltet ist die Tatsache, daß viele Bürger unserer Stadt zu recht auf einen Platz im Pflegeheim warten. Von Rechts wegen müßten wir darüber nachdenken, ob wir nicht einen Neubau zum Altersheim, mit irgendwelchen Hilfen auch immer, in Angriff nehmen sollten. Frau Stadtrat Ehrenhuber, Du wirst mir sicher recht geben müssen, es wäre Dein größter Wunsch, einen Neubau zum Al-

tersheim, einen Zubau zum Altersheim finanzieren zu können, nur können wir es nicht. Es ist nur die Frage, wie lange unsere Bürger es verstehen, daß wir es nicht können, wenngleich auch etwas Entspannung geschaffen wurde durch private Vereinigungen, die sich der Heimhilfe und Hauskrankenpflege widmen, wie z. B. der von der Stadt subventionierte Verein "Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege" oder auch die anderen sozialen Organisationen, wie Rotes Kreuz, Caritas und ähnliches.

Ich habe im vorigen Jahr ziemlich viel über das Zentralaltersheim gesprochen und habe mir die Abläufe im Altersheim angeschaut und habe Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, die wesentlichsten Punkte vor Augen geführt. Ein Jahr ist vorbei, was hat sich geändert? Es ist eine große Baustelle im Altersheim, es werden zusätzliche Zimmer geschaffen, man hat die Absicht, kleinere Zimmer den Patienten zur Verfügung zu stellen, es wird etwas später mit dem Waschen begonnen. Im Vorjahr habe ich berichtet, daß zeitweise um 3 Uhr zum Waschen geweckt wurde, jetzt ist es besser, es wird um 5 Uhr geweckt zum Waschen verschiedentlich. Aber Hand aufs Herz, wer will denn das, um 5 Uhr zum Waschen geweckt werden? Es gibt dann um 7.30 Uhr das Frühstück und jetzt stellt Euch einmal vor, Ihr seid der alte Mensch, der oben ist im Altersheim. Um 5 Uhr kommt die Schwester zum Waschen und dann sitzt Ihr am Bettenrand und wartet bis um 1/2 8 Uhr weil dann das Frühstück kommt. Ihr traut Euch ja nicht mehr zurücklegen ins Bett, weil Ihr nicht unnötig Arbeit schaffen wollt. Dann sind einmal diese Stunden vorbei. Dann wird gewartet auf die Pflege und wäre es Euch dann recht, wenn Ihr um 1/2 11 Uhr das Mittagessen bekommt? Was an sich vertretbar wäre, weil Ihr ja schon seit 5 Uhr auf seid, ohne es zu wollen. Wäre es Euch dann recht, wenn man Euch um 16.30 Uhr schon das Abendessen gibt? Da ändert der ganze Einsatz des Pflegepersonals im Altersheim nichts, wenn es uns nicht gelingt, die Zeitabläufe zu korrigieren, wenn es uns nicht gelingt, die Zeitabläufe im zentralen Altersheim mehr zum Patientenbedarf hinzubringen und weniger am Personalbedarf zu orientieren. Ich hoffe, daß das nicht wieder Anlaß wird zum Briefe schreiben. Aber ich glaube, Ihr gebt mir recht, daß hier ohne Personalmehraufwand mit einer rationelleren Dienstenteilung im Interesse dieser alten und wirklich schutzbedürftigen Mitbürger Besseres getan werden kann. Haltet Euch vor Augen, wie teuer das dort oben ist für den, der es sich noch leisten kann. Ich habe momentan eine Tante im zentralen Altersheim. Sie hat das Glück gehabt, - viele haben das Glück nicht - daß sie, als sie dessen bedurft hat, ein Einbett-Pflegezimmer bekommen hat. Aber das kostet halt weit über 13.000 Schilling im Monat. Und muß dan dafür wirklich um 5 Uhr zum Waschen geweckt werden? Muß man dafür wirklich um 1/2 11 Uhr das Essen bekommen? Diese Betrachtung sollte aber vom Geld losgelöst sein, denn es ist ganz egal, ob der Sozialhilfeempfänger um 5 Uhr geweckt wird oder derjenige, der es sich aus Eigenmitteln leisten kann. Das ist wirklich eine Situation, an deren Verbesserung weiter gearbeitet werden sollte. Ich bitte Dich, Frau Stadtrat, hier nicht müde zu werden, die Verbesserung weiter voranzutreiben. Ich weiß, daß Du da ein sehr großes Engagement dazu hast, daß aber die Wege zum Erreichen des Ziels nicht unsteinig sind. Ich wünsche Dir und auch dem Dr. Nones als ärztlichen Leiter im Altersheim viel Glück und viel Kraft für die Arbeit an der Organisation des Altersheimes. Ich wünsche dieses Glück auch den alten Bürgern unserer Stadt. Die Erfolge werden sich wahrscheinlich nur in kleinen Schritten erreichen lassen. Den großen Schritten liegen auch große Steine im Weg.

Eine Frage sei mir noch gestattet, denn ich verstehe nicht um die Burg, warum wir nicht Zivildienstler im Zentralaltersheim zur Pflege einsetzen. Das wäre nämlich viel viel gescheiter, als die Leute Pakete schupfen zu lassen. Da könnte der Zivildienstler aktiv am Sozialdienst Gutes für die Bevölkerung tun und er könnte seiner Einstellung konform Verwendung finden.

Ich habe der Schriftführerin zur heutigen Sitzung versprochen, heute kürzer zu sprechen als im letzten Jahr. Ich komme diesem Versprechen nach und bedanke mich insbesondere bei der mit der Budgeterstellung befaßten Beamtenschaft für



die Arbeit, bedanke mich bei allen Beamten und Bediensteten hier im Haus für die Arbeit, die sie im Interesse der Bürger im vergangenen Jahr getan haben und ersuche den Herrn Magistratsdirektor, meine Wünsche und die Wünsche meiner Fraktion zum Jahreswechsel und den Dank meiner Fraktion an die Beamten weiter zu geben verbunden mit der Bitte um gemeinsames Bemühen, um verbesserte Organisation hier im Haus.

Ich entbiete den Mitgliedern des hohen Gemeinderates den Gruß der ÖVP-Fraktion zum bevorstehenden Jahreswechsel. Ich wünsche Euch allen viel Gesundheit, den Vertretern der Steyr-Werke viel Erfolg im Interesse Ihrer Mitarbeiter. Und den Bürgern unserer Stadt wünsche ich Erfolg und die Fähigkeit, mit der Situation fertig zu sein. Ihnen allen wünsche ich gesegnete Weihnachten.

Ich erkläre im Namen meiner Fraktion, daß wir dem Haushaltsvoranschlag 1988 zustimmen werden. Alles Gute für das kommende Jahr.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Ich danke Kollegen Holub für seine Fraktionserklärung. Nächster Sprecher ist Kollege Ramoser.

**GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:**

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister!

Ich möchte beginnen mit einem kurzen Rückblick, einem Rückblick bis in das Jahr 1986, wo Kollege Vizebürgermeister Wippersberger damals den Haushaltsvoranschlag 1986 folgend begonnen hat: Der Haushaltsvoranschlag 1986, den ich Ihnen unterbreite, ist daher von vorsichtigem Optimismus getragen.

Es gab im Jahr 1986 Ausgaben in der Höhe von 648.558.000,- Schilling, im Jahr 1987, als die Abrechnung des Jahres 1986 erfolgte, waren es 674.446.000,- Schilling. Der Herr Finanzstadtrat hat sich verschätzt um 25.888.000,- Schilling. Der Haushaltsvoranschlag 1987, in dem sprach Vizebürgermeister Wippersberger bereits vom großen Sparen, der vorsichtige Optimismus war bereits verfolgen. Wenn man diese zwei Jahre hernimmt, so sieht man bereits, daß sich eine Entwicklung vorgezeichnet hat, die in den heutigen Zahlen wahrscheinlich nicht einmal das Ende erreichen wird, sondern den Abstieg einleitet.

Ausgaben in der Höhe von 677.137.000,- wurden vorangeschlagen. Abgerechnet wird das Jahr 1987 nächstes Jahr und es wird sich zeigen, ob sich Finanzstadtrat Wippersberger neuerlich verschätzt hat. Ich glaube, es wird mit Sicherheit ein höherer Betrag werden als der, der heute veranschlagt worden ist. Wenn man sich vorstellt, daß der Haushaltsvoranschlag mit 32.415.000 Schilling nicht abgedeckt werden kann, und zwar der ordentliche Haushalt, und womöglich diese neuen Zahlen bei der Abrechnung des Jahres dann um die Hälfte oder mehr sich erhöhen, dann wird dieser Betrag wahrscheinlich schon sehr schwierig aufzubringen sein. Die einzige Möglichkeit, die hat Finanzstadtrat Wippersberger auch angeführt, ist einsparen oder weniger ausgeben. Wenn man sich anschaut, wie sich dies in den letzten Jahren entwickelt hat, obwohl hier auch gesagt wurde von der ÖVP-Fraktion, es muß gespart werden und wir werden sparen. Ich finde es daher fast unverständlich, wenn man um 60 Millionen Schilling mehr für das nächste Jahr voranschlagt, Kollege Wippersberger hat sogar gesagt 63 Millionen. Wenn man um so viel mehr ausgeben will, dann frage ich mich, ist das Wort sparen ernst gemeint, wenn für das Jahr 1988 ein Minus feststeht. Und man gibt zu den zusätzlichen 32 Millionen noch 28 Millionen dazu, dann müßte man schon überlegen, wie weit man hier das Wort sparen noch verwenden kann. Ich möchte bei den Einnahmen die Gewerbesteuer besonders herausstreichen, wo es beim Abschluß 1987 noch 37.114.017,41 waren, gibt es beim Voranschlag 1988 nur mehr 25 Millionen. Diese 25 Millionen sind nicht sicher, sind wirklich nicht sicher, ob man die auch wirklich einnimmt. Ich gehe jetzt darauf ein, warum die Gewerbesteuer unseres Erachtens so zurückgefallen ist, sich so verringert hat. Die Gewerbesteuer hängt sehr eng mit dem wirtschaftlichen Fortkommen eines Betriebes zusammen. Nur weil



der Betrieb noch gut funktioniert, weil er Gewinne abwerfen kann, wenn also ein Ertrag sich einstellt, dann wird Gewerbesteuer bezahlt. Wenn man jetzt die Entwicklung der Stadt Steyr sieht, und es wurden Millionen und Millionen in einen Betrieb gesteckt, nämlich in BMW. Natürlich wird bei jedem dieser Vorträge von Vizebürgermeister Wippersberger auf das sehr treffende Argument hingewiesen, das sind Arbeitsplätze. Es sind Arbeitsplätze, doch kann es die Stadt aushalten, wenn die Gewerbe- und die Lohnsummensteuer, auf die ich später zu sprechen komme, ständig fallen? Wäre es hier nicht besser gewesen, man hätte versucht, diese Millionen gleicher aufzuteilen, gleicher zu verteilen, eben nicht diese Millionen einem Betrieb zu geben, sondern zu versuchen, kleinere Betriebe zu fördern, die eben die Stadt auf mehrere Füße stellen würden. Wir haben erlebt in den letzten 20 Jahren was passiert, wenn ein Betrieb dominiert in einer Stadt. Jedes andere Gewerbe ist fast abhängig, ja die Stadtgemeinde selbst leidet mit von einem Großbetrieb. Jetzt gehen wir den gleichen Weg noch einmal und man versucht wieder, einen Konzern zu fördern. Ich glaube, das ist sicher der falsche Weg. Ich glaube, Herr Vizebürgermeister, Sie haben am falschen Ort und wahrscheinlich auch am falschen Ort gefördert. Sie haben auf die Arbeiter anderer Betriebe vergessen, Sie haben zu einem ungerechten Maß Großkonzerne gefördert und ich sehe BMW sehr wohl als Großkonzern, der jederzeit in der Lage ist, diesen Teilbetrieb, diese Tochtergesellschaft in ein anderes Land, wo noch billiger produziert werden kann, zu verlegen. Bitte schauen Sie sich diese Werkshallen an, hier stehen Maschinen, die in kürzester Zeit an einen anderen Standort verlagert werden können. Wenn man also diesen Arbeitslohn erhalten will, dann kann es möglich sein, daß diese Konzerne dann von Steyr wegziehen werden.

Sie haben durch Ihre Förderungen den Schuldenstand der Stadt Steyr so beeinflusst, wie er heute aussieht.

Ich möchte jetzt weitergehen zur Lohnsummensteuer und wieder einen Vergleich bringen. Im Rechnungsjahr 1986 gab es noch 78.721.607,95, Voranschlag 1988 liegt bei 68 Millionen. Das sind 10 Millionen weniger Lohnsteuer für das Jahr 1988, wobei man auch hier nicht voraussehen kann, wie weit sich diese Entwicklung noch fortsetzen wird, daß wir noch weniger Lohnsummensteuer für die Stadt bekommen. Ich glaube auch, daß hier unbedingt Hilfe für die Arbeiter, für die Dienstleistungsnehmer ergriffen hätte werden müssen. Die Stadt wird ständig ärmer und mit ihr die Bewohner. Wenn man das jetzt weiter verfolgt und mit der Gewerbesteuer ist es sehr sichtbar geworden, so sieht man, daß auch kleine Firmen, kleine Gewerbetreibende sehr darunter leiden, daß hier solche Engpässe entstehen. Wenn sich der Trend noch weiter entwickelt, dann wird es bald auch wieder sehr viele Firmen geben, die diesen Trend nicht mithalten können und wahrscheinlich gezwungen werden, ihre Firmen zu schließen. Es gibt nur die eine und für mich vielleicht gerechteste Form der Verteilung, nämlich die, daß man jeden, der neue Arbeitsplätze schafft, an der Wirtschaftsförderung beteiligt. Ich glaube, daß man nicht von einer Sparpolitik sprechen kann, wenn man 60.453.000,- - der Herr Vizebürgermeister hat sogar 63 angeführt - für das nächste Jahr mehr voranschlagt. Ich würde es sehr nützlich für die Stadt empfinden, wenn man versucht, zu sparen in den Bereichen, denen es in letzter Zeit sehr gut gegangen ist, wie der Gruppe 0. Voranschlag bei den Vertretungskörperschaften und Gemeindevertreter 1988 116.637.000,- Rechnungsjahr 1986 mit Abschluß 113.745.000,-. Ein Mehr von 2.892.000,- Schilling. Meine Damen und Herren, hier wurde nicht gespart, hier wurde nicht das eingehalten, was jahrelang von Kollegen Vizebürgermeister Holub versprochen wurde und auch von Kollegen Vizebürgermeister Wippersberger. Bezüge der Organe, auch Gruppe 0, Rechnungsjahr 1986 Abschluß, S 7.911.000,-, Voranschlag 8.114.000,-. Ein Plus von S 200.000,-, Ruhebezüge ein Plus von 200.000,- Schilling.

Meine Damen und Herren, ich kann mir nicht vorstellen, daß das sparen heißt. Es geht noch weiter. Ich möchte hier noch einige typische Beispiele anführen,

die die Stadt Steyr in letzter Zeit beschlossen hat. Es gab ein Wohnobjekt in der Sierninger Straße 55 a, nicht besonders schön, nicht besonders groß. Ich kann mir ganz gut vorstellen, wenn da ein Bezug zu den ehemaligen Pächtern da ist, daß man versucht, dieses Objekt zu erwerben. Überhaupt wenn man dann feststellt, daß dieses Objekt auf 180.000,- Schilling geschätzt worden ist. Ich zitiere hier ein Zitat des Amtsberichtes, das der Stadtsenat bereits beschlossen hat. Das von Herrn Dipl. Ing. Eberhard Neudeck vom 9. 12. 1986 erstellte Schätzungsgutachten weist für die gesamte Liegenschaft einen Verkehrswert von S 180.000,- aus, wobei die zu veräußernde Grundfläche mit 750 m2 veranschlagt worden ist. Meine Damen und Herren, ich frage Sie, warum werden solche Objekte nicht ausgeschrieben, damit man vielleicht hier mehr Geld hereinbringen könnte? Warum macht man das nicht? Warum werden diese Objekte mit Stadtsenatsbeschuß an eben einen Verkäufer verkauft? Man könnte durchaus Sparmaßnahmen, die niemanden treffen würden, einsetzen. Man könnte hier durchaus sagen, solche Objekte gehören ausgeschrieben, damit dann jeder Bürger der Stadt Steyr und darüber hinaus die Möglichkeit hat, dieses Objekt zu kaufen. Warum versucht man hier, dieses Objekt an eine Person zu verkaufen? Was auch viele Leute sehr gestört hat, ist der Verkauf des Schloßpavillons ..

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:  
Das ist ja noch gar nicht verkauft.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Bitte der Antrag lautet: Verkauf des Schloßpavillons an die Herren Ernst Köstenberger und Heinrich Badhofer - Änderung der Zahlungsbedingungen - Dringlichkeit. Bitte ich frage Sie, wo gibt es hier eine Dringlichkeit, wenn man ein Objekt verkaufen will und das Objekt dann der langjährige Mieter kaufen will oder der Pächter kaufen will? Dieses Objekt wurde ebenfalls nicht ausgeschrieben. Ich frage mich, warum macht man solche Sachen nicht? Dieses Objekt, bitte ich zitiere den Amtsbericht, der Preis beträgt 1,280.000 Schilling und ist bis zur Gänze vier Wochen nach beiderseitiger Vertragsunterfertigung zu entrichten. Mir ist nicht zur Kenntnis gelangt, ob das Objekt bereits verkauft worden ist oder nicht. Tatsache ist, daß bis heute das nicht ausgeschrieben wurde.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:  
Das ist ja auch gar nicht verkauft.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Meine Herren und Damen, der letzte Satz ist für mich sehr wesentlich. Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Stadtstatutes zum sofortigen Vollzug ermächtigt. Wo gibt es denn da noch Möglichkeiten, daß man vielleicht noch in das Kaufgeschäft einsteigen kann? Wer weiß das? Hier wird bewußt nicht gespart und warum? Warum versucht man, Objekte an Leute zu veräußern, ohne daß man diese Objekte vorerst ausschreibt? Jeder kleine Bürger will, wenn er in Not ist, so viel wie möglich für sein Hab und Gut hereinbringen, in der Stadt Steyr dürfte das nicht der Fall sein. Da wird billigst verkauft. Leider ist das so und ich weiß nicht, ob sich das ändern wird. Eine andere für mich sehr gravierende Sache ist das Sportheim Münichholz. Der Pachtvertrag wurde mir bei der letzten Budgetsitzung vorenthalten. Ich habe mich sehr bemüht, damit ich diesen Pachtvertrag einsichtig werden kann. Es ist mir nicht gelungen. Wenn man mir den Pachtvertrag erhält und sagt schau, so kann ich mich nicht orientieren. Den müßte man in der Öffentlichkeit herzeigen. Ich kann nicht zu einem Gemeinderat sagen, bitte lies schnell und dann stecke ich ihn wieder in die Aktentasche, damit hat es sich. Bitte so geht es nicht. So geht es wirklich nicht. Tatsache ist für mich, daß beim Voranschlag für das Budget 1988 es eine wesentliche Änderung gegeben hat.

Und zwar genau bei diesem Pachtvertrag. Einnahmen aus der Vermietung und Verpachtung. Hier war es in den letzten Jahren - Kollege Holub schaut bereits nach - die Seite habe ich nicht notiert. Sportheim linke Seite Einnahmen. Sie brauchen nur nachschlagen, das ist überhaupt kein Problem. Einnahmen aus der Vermietung und Verpachtung ohne Umsatzsteuer im Jahr - ich bitte Sie, hier mitzuhorchen - 1987 250.000 Schilling im Voranschlag, Rechnung 1986 286.641 Schilling. Für das Jahr 1988 0 Schilling.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Das ist ja eine Umsatzpacht. Wenn der Umsatz steigt, steigt auch der Betrag.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Kollege Sablik, wenn Du mich ausreden läßt kommst Du darauf, daß es um etwas anderes geht. Es ist nicht so, sondern die Jahre 1986 und 1987 wurden ausgeworfen ohne Umsatzsteuer, das Jahr 1988 mit Umsatzsteuer. Nämlich Einnahmen aus der Vermietung und Verpachtung mit 10 Prozent Umsatzsteuer, im Jahre 1987 null, im Jahr 1986 null, für das Jahr 1988 S 210.000,--. Einnahmen aus der Vermietung und Verpachtung mit 20 prozentiger Umsatzsteuer, im Jahre 1987 null, Rechnungsjahr 1986 null, für das Jahr 1988 S 90.000,--. Ich frage mich, warum wurde diese Änderung durchgeführt? Wenn man jetzt davon ausgeht, daß der Pachtvertrag vollkommen in Ordnung gewesen wäre, so müßte man sagen, in der Einnahmentabelle müßte das gleiche Ergebnis sein 1986 und 1987. Es gab aber eine Änderung, wobei jetzt mit Umsatzsteuer 10 und 20prozentig angeführt worden ist.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Diese Änderung hat es sogar schon im Nachtragsvoranschlag gegeben. Nachtragsvoranschlag, der ist ja da nicht drinnen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Wir reden aber jetzt vom Voranschlag 1988 und der Nachtragsvoranschlag von 1987, Na klar, daß sich das vielleicht schon dazumals geändert hat. Aber Tatsache ist, daß 1986 und 1987 im Voranschlag nichts drinnen war. Da mußt Du mir wahrscheinlich recht geben, Kollege..

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Aber das sind ja auf andere Ziffern aufgeteilt, Herr Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Das ist ganz genau aufgeteilt, es ist eben dann anders aufgeteilt worden, Herr Kollege Vizebürgermeister Wippersberger.

Für mich war es ein Grund, Überlegungen anzustellen, und wahrscheinlich auch für andere, die hier genau und aufmerksam diesen Budgetvoranschlag lesen.

Gemeinderat Hochrater erscheint um 16.30 Uhr

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ein wesentliches Kapitel für mich ist auch noch der Umweltschutz, natürlich. Ich mußte hier im ordentlichen Haushalt finden, Lärmbekämpfung 7.025,- Schilling für eine Versicherung. Im außerordentlichen Haushaltsvoranschlag Lärmbekämpfung S 300.000,- Voranschlag für die Förderung von lärmgeschädigten Menschen. Im Jahr 1986 wurden aus diesem Fonds 53.650,- Schilling ausbezahlt. Meine Damen und Herren, es wird wahrscheinlich eine Schwierigkeit sein, genau aus diesem Fonds Gelder zu bekommen, ansonsten müßte dieser Posten aufgebraucht sein. Ich würde Kollegen Pimsl doch bitten, den Leuten draußen zu sagen, wie man zu diesem Geld kommt. Im Amtsblatt, ein sehr gutes Blatt, wären Möglich-



keiten vorhanden, daß man die Leute informiert, wie man genau zu diesem Geld kommt. Es gibt da einen Posten, wo es um die Lärmbekämpfung geht, und hier wurden S 300.000,- vorangeschlagen und 53.650,- Schilling wurden ins Jahr 1986 ausbezahlt. Also schließe ich daraus, daß eine gewisse Uninformiertheit der Bevölkerung vorhanden ist, denn sehr viele Leute kommen zu mir und sagen, gibt es keine Möglichkeiten, damit ich meine Fenster abdichten kann, damit ich meine Fenster besser isolieren kann oder die Fenster auswechseln kann, damit der Straßenlärm nicht in mein Schlafzimmer kommt. Es gibt eine Förderung, ich kenne die Richtlinien nicht dazu. Jeder möge sich bitte an den Kollegen Pimsl wenden, denn der weiß es. Ich habe gesagt, ich weiß die Richtlinien nicht, weil Kollege Pimsl sie wahrscheinlich zuhause versteckt hat oder sonst etwas.

#### Gelächter

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die Richtlinien für die Förderung ..

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Bitte keine Zwiesgespräche. Kollege Ramoser ist am Wort und ich bitte, ihn nicht dauernd zu unterbrechen, sonst sitzen wir um 10 Uhr noch da.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Jedenfalls ist ein großes Manko in der Öffentlichkeit vorhanden, damit man diese Richtlinien kennenlernen kann. Das sieht man alleine aus den Zahlen.

Diese Ausgaben für den Umweltschutz beschränken sich dann aus dem Reinhaltverband auf S 850.000,-, wobei der Großteil für Verwaltungsausgaben aufgewendet wird. Es müßte doch möglich sein, daß man gerade im Umweltschutz konkretere Maßnahmen setzt, die man dann konkreter benennen kann auch im Finanzplan für das Jahr 1988.

Umweltschutz kann nicht dort enden, wo die Verwaltungsaufgaben aufhören.

Die Gruppe 6, Straßenbau, auch hier wurde sehr wenig gespart. 1 Million mehr für den Straßenbau. Wenn man vergleicht, wieviel Geld jährlich in den Straßenbau gesteckt wird und wie wenig Geld in nicht Wahlkampfzeiten für das Radwegenetz ausgegeben wird. Ich habe keinen Posten gefunden, in dem neuerliche Mittel zur Vergrößerung des bereits bestehenden Radwegenetzes vorliegen.

#### Verschiedene Zwischenrufe

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Es ist mir auch aufgefallen, daß man Hilfe für die Länder der Dritten Welt total vergessen hat. In Linz und Wels gibt es bereits Partnerstätte für Nikeragua, in Steyr gibt es keinen Ansatz dazu. Ich frage mich, warum gerade in Steyr, einer Arbeiterstadt, nichts an Solidarität überbleibt für Nikeragua. Ein weiterer Posten. Ich kann mich noch genau erinnern nach Tschernobyl, welche große Worte hier gesprochen wurden von Zivilschutz und Zivilschutzsicherheit. S 49.000,- für Zivilschutz. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für die Erklärung des Kollegen Ramoser.

Ich darf die Sitzung auf 10 Minuten unterbrechen.

Pause von 16.30 - 16.50 Uhr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Verhandlungen zum Budget wieder auf. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1988 läßt deutlich den Rückgang der Finanzkraft der Stadt erkennen. Das wurde ja im Einleitungsreferat vom Finanzreferenten Wippersberger mehrmals vorgetragen und bestätigt.

Es ist zum ersten Mal seit 1945, daß der oH nicht ausgeglichen werden kann, es fehlen über 32 Millionen Schilling. Er zeigt jedoch gleichzeitig, daß auch vom Bundesbudget her die Benachteiligung der Gemeinden weitergeht und auch das Land ebenfalls kräftig an der Schröpfung der Stadt beteiligt ist. Das hat ebenfalls bereits unser Finanzreferent mit Ziffern und Zahlen erwähnt. Die Gemeinden unterliegen ständig der Tendenz, wie Sie, meine Damen und Herren, selbst aus der Praxis wissen, von der Bundes- und Landesregierung zu Vollzugsorganen für eine Politik degradiert zu werden, die im Interesse der Großunternehmer und des Bankkapitals gemacht wird.

Im nächsten Jahr ist die Aufnahme weiterer hoher Kredite unumgänglich, da vor allem die Einnahmen aus der Gewerbe- und Lohnsteuer um weitere 19,5 Millionen Schilling schrumpfen, ebenso verringern sich die Abgabenertragsanteile von 202 Millionen auf 201 Millionen Schilling. Aufgrund des Rückganges der Beschäftigten im Hauptwerk der Steyr-Werke, der Waffenfabrik, im Reparaturwerk und im Wälzlagerwerk von rund 5000 Ende 1986 auf 4100 Arbeiter und Angestellte 1988 sowie der Stagnation bei Löhnen und Gehältern kommt es zu Mindereinnahmen bei der Lohnsteuer in der Höhe von rund 7 Millionen Schilling. Der oH weist Einnahmen in Höhe von 577 Millionen Schilling und Ausgaben in Höhe von 609,4 Millionen Schilling und erbringt einen Abgang von rund 32,4 Millionen. Der Voranschlag steht im Zeichen einer Wende in der Budgetpolitik der Stadt Steyr. Nicht nur, daß sich der Schuldenstand um weitere 42,7 Millionen erhöht, sondern weil zum fünften Mal in den letzten 6 Jahren keine Zuführung vom oH an den außerordentlichen Haushalt budgetmäßig erfolgt. Die Verschuldung der Stadt wächst von Ende 1987 mit 523,2 Millionen Schilling bis Ende 1988 auf über 565,9 Millionen Schilling an. Und die Pro-Kopf-Verschuldung, auch das wurde heute schon erwähnt, vom Kleinkind bis zum Greis steigt von derzeit 13.435,- Schilling um 1.096,- auf 14.531 Schilling. Die Stadt Steyr mit fünfzig der 445 oberösterreichischen Gemeinden stehen in einer schweren finanziellen Krise. Denn das rigorose Belastungsprogramm der SPÖ-ÖVP-Koalitionsregierung, unter der Federführung der SPÖ-Spitzenpolitiker wird die Lage der Gemeinden weiter verschärft, so daß zunehmend mehr Gemeinden den ordentlichen Haushalt nicht mehr ausgleichen können. Die Finanzkrise unserer Stadt bedeutet schließlich, daß dringend notwendige kommunale Vorhaben, die im aoH präliminiert sind, zurückgestellt werden, was wiederum negative Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft hat. Aber das Steyrer Budget kann man nicht losgelöst von den allgemeinpolitischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen sehen. Die Wirtschaftsentwicklung ist wegen der sogenannten "Wendepolitik" der Koalitionsregierung recht gering. Für 1988 rechnet man mit einem Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent. Nach den letzten Meldungen von gestern, soll das Wirtschaftswachstum 1988 nur 1 Prozent betragen und die Inflationsrate wird auf 2,4 Prozent ansteigen und die Arbeitslosenrate im Durchschnitt auf 6 Prozent. Und die Regierung will uns nun mit dem Stichwort "sparen" einreden, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt und müßten jetzt den Gürtel enger schnallen. Ich möchte nur 3 Beispiele anführen die zeigen, daß seit Jahren die Masse der Bevölkerung die Melkkuh für eine kleine Minderheit ist.

So ist die Lohnsteuer von 1968 bis 1986 auf das rund 11-fache, die Gewinnsteuer hingegen nur auf das 4-fache angestiegen. Von 40.000 Kapitalgesellschaften schrieben 65 Prozent dank der Gestaltungsmöglichkeiten des Steuerrechtes bei der Körperschaftssteuer Verluste und zahlten dadurch keine Steuer. Bei der Verteilung des Volkseinkommens hatten 1977 die Unselbständigen 72 Prozent und 1986 aber nur



mehr 68 Prozent, während ihr Anteil an den Erwerbstätigen aber von 84 auf 86 Prozent zunahm. Die Wirtschaft besonders in unserem Bundesland wird in einem hohen Maß durch die verstaatlichten und halbverstaatlichten Betriebe repräsentiert, wie VÖEST, Chemie Linz, Steyr-Werke oder von mir aus Ranshofen. Zusätzlich zu den Auswirkungen der Krise im Grundstoffbereich und besonders in der Fahrzeugindustrie, prägen die international veränderten Bedingungen auf diesem Sektor sowie die jahrzehntelange Auszehrung der verstaatlichten Betriebe zugunsten der Privatbetriebe die wirtschaftliche Situation in unserem Land. Gleichzeitig gibt es in einigen Regionen unseres Bundeslandes, wie in Steyr und Braunau, im oberen Salzkammergut sowie im Mühlviertel große Strukturschwächen. Ein weiterer Aspekt der oberösterreichischen Wirtschaft ist der wachsende Einfluß des Auslandskapitals von mehr als 20 Prozent in der Industrie. Während der verstaatlichten Industrie, den Steyr-Werken, die notwendigen finanziellen Mittel für die Lösung von Strukturproblemen und Investitionsvorhaben weitgehend vorenthalten wurden, ist die Bundes- und Landesregierung und manche Stadtgemeinde, wie Steyr, bei der Förderung des Auslandskapitals äußerst großzügig.

Einen wichtigen Faktor der oö. Wirtschaft stellen die 36.250 Klein- und Mittelbetriebe im gewerblichen Bereich dar. Allerdings geraten sie zunehmend unter den Druck einer Politik, die sich an den Bedürfnissen des in- und ausländischen Großkapitals orientiert. Der wachsende Belastungsdruck bewirkt eine Schmälerung der Existenzgrundlage dieser Betriebe. Der Belastungskurs der Bundesregierung betrifft die breite Bevölkerung, die Gemeinden und vor allem die sozial schwachen Gruppen. Wir Kommunisten sind nicht grundsätzlich gegen eine Budgetkonsolidierung. Es kommt meiner Meinung nur darauf an, wo eingespart wird. Man könnte genau soviel sparen, wenn man nicht auf der Ausgabenseite die Werktätigen und sozial Schwachen schröpft, wie es jetzt getan wird, sondern analysiert, wo bei den Einnahmen Gelder ungenützt liegen bleiben. Dann käme man nämlich auf die Milliardenbeträge von Steuerschulden oder auf die un versteuerten Kapitalerträge. Ihr Kollege oder Genosse Finanzminister Lacina hat gestern oder vorgestern auf Antrag im Parlament erklärt, daß es 24 Milliarden Steuerschulden der Unternehmer gibt. Z. B. hat er dort angeführt, auch auf Anfrage, daß die Einkommensteuer in der Höhe von 4,5 Milliarden ausständig ist, die Körperschaftssteuer von 1,3 Milliarden oder die Umsatzsteuer - das ist auch interessant, die die Konsumenten immer entrichten - 12 Milliarden ausmacht, auf die der Staat warten muß. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Budgetsanierung haben wir aufgezeigt, daß das Geld dafür sehr wohl vorhanden wäre. Nach unseren Berechnungen könnte durch Einhebung einer Quellensteuer ausschließlich für große Finanzanlagen bei striktem Schutz der kleinen Sparer, durch progressive Besteuerung der Großvermögen, durch radikale Streichung der Steuergestaltungsmöglichkeiten und durch Eintreibung der Steuerschulden der Großunternehmer - jährlich 60 Milliarden Schilling an neuen Staatseinnahmen erzielt werden. Rechnet man dazu noch ausgabenseitig Einsparungen von rund 20 Milliarden - etwa die sinnlosen Abfangjäger und Raketen - so wäre allein damit das Bundesbudgetdefizit leicht abdeckbar. Aber die zentrale Frage im Zusammenhang mit diesem Budget und für die Zukunft unserer Stadt und der Umlandgemeinden ist und bleibt die Entwicklung der Steyr-Werke. Bei Steyr-Daimler-Puch AG wurde die Zergliederung in mehrere Teilgesellschaften bereits vollzogen. Über 500 Beschäftigte wurden vor wenigen Wochen abgebaut und es sollen noch weitere Kündigungen erfolgen, verbunden mit einem massiven Leistungsdruck auf die verbleibenden Arbeiter und Angestellten. Seit dem Jahr 1980 wurden 3.500 Arbeitsplätze in den Steyr-Werken vernichtet.

Nun haben die Kollegen Leithenmayr, Pimsl und Genossen unter Androhung des Zusperrgespenstes dem Vorstand zugestimmt, auf die schwer erkämpften Sozialleistungen im Ausmaß von rund 150 Millionen Schilling zu verzichten. Zudem hat man für 3 lange Jahre auf die Ist-Lohnerhöhung verzichtet. Das ist immerhin ein Lohn- und Gehaltsverlust von weiteren rund 150 Millionen Schilling. Dafür bekommen die Kollegen im Werk ein Papier in Form junger Aktien, bei denen die nicht unbegründete Gefahr besteht, daß der Besitzer auf einem "Muster ohne Wert" sitzenbleibt. Dazu, meine Damen und Herren, kommt natürlich die Kürzung der Werkspension und



darüber soll noch in dieser Woche entschieden werden. Durch die Kündigungen, Abbau der Sozialleistungen und den Verzicht auf die Ist-Lohnerhöhung hat die Stadt allein bei der Lohnsummensteuer 1988 rund 7 Millionen Schilling Einnahmefehl. Die Auswirkungen sind freilich weit größer: durch Kaufkraftverlust, Einbußen im Dienstleistungsbereich und die Kosten steigender Arbeitslosigkeit. Die Region Steyr droht mehr und mehr zum Zentrum der österreichischen Arbeitslosigkeit zu werden. Hilfsmaßnahmen zeigen bisher nur begrenzte Wirkungen und müßten nach meiner Meinung deutlich verstärkt werden. Viele Versprechungen haben sich, wie man sieht, als Seifenblase erwiesen und auch die Millionenförderungen der Stadt für Großunternehmer konnten nicht verhindern, daß die Stadt Steyr und die Umlandregion neuen Höhepunkten der Arbeitslosigkeit zustrebt. Bürgermeister Schwarz hat uns unter Mitteilungen berichtet, daß neuerdings die Arbeitslosenzahl seit Ende Oktober von rund 2.100 auf bereits 2.500 angestiegen. Man rechnet, das kann man auch ganz offen aussprechen, daß im Jahre 1988, leider die Arbeitslosenanzahl auf rund 3000 ansteigen wird. Bei einer Pressekonferenz am 24. November 1987 erklärte Generaldirektor Hannes Androsch: "Steyr braucht Geld für eine Partnerschaft". Investitionen in der Höhe von 4 Milliarden Schilling hält der CA-Generaldirektor für nötig, damit Steyr bereit ist, eine Partnerschaft mit einem privaten Unternehmer einzugehen und kündigte gleichzeitig an, daß die CA selber zwischen 15, bis 2 Milliarden Schilling an Eigenmitteln zur Verfügung stellen wird. Man sei jetzt endlich in der Therapiephase bei Steyr, meinte vor Wirtschaftsjournalisten Androsch, die man schon vor 3 Jahren erreichen hätte können, hätte es die damalige von uns hochgeschätzte Regierungsklausur in Steyr nicht gegeben.

Damit, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ist die völlige Zerschlagung des einheitlichen Konzerns vollendet. Ich habe im Gemeinderat und in der Öffentlichkeit immer wieder davor gewarnt, den Konzern zu zergliedern und über die Zergliederung an das ausländische Kapital auszuliefern. Die Entwicklung hat mir aber leider, wie man sieht, recht gegeben. Die Behandlung des Haushaltsvoranschlags gibt mir auch Gelegenheit, auf grundsätzliche Fragen der Gemeindeförderung einzugehen. Die KPÖ-Gemeinderatsfraktion ist der Meinung, daß das Statut der Stadt Steyr verbesserungsbedürftig ist. Der zentrale Punkt einer Reform des Statutes der Stadt Steyr muß die Stärkung des Gemeinderates als das von der Bevölkerung gewählte politische Organ gegenüber dem Stadtsenat und dem Magistrat sein. Das bedeutet vor allem eine Angleichung der Gemeinderäte an die weitgehenden Möglichkeiten der oö. Gemeindeordnung, etwa bei einer Antragstellung, bei Anfragen und Nominierung von Ersatzleuten. So soll meiner Meinung gleiches Recht für alle Gemeinderatsfraktionen dadurch hergestellt werden, daß Anträge, wie in den 442 oö. Gemeinden, auch von einem einzelnen Mandatar gestellt werden könnten. Außerdem soll auch die Vertretung mit Stimmrecht in allen Ausschüssen und Kommissionen, vor allem eine Vertretung in der Personalkommission gesichert werden. Analog zur oö. Gemeindeordnung sollte die Möglichkeit, Ersatzleute für Gemeinderatsausschüsse hinzuzuziehen bzw. gewährleistet werden, und Anfragen sollten auch während der Sitzung gestattet sein und nicht, wie das jetzt der Fall ist, mindestens drei Tage vor der GR-Sitzung schriftlich eingebracht werden müssen. Weiters sollte den Bürgerinitiativen die Möglichkeit gegeben werden, bei Punkten, die sie betreffen, zu Ausschußsitzungen beratend beigezogen zu werden. So sollten auch Bürgerinitiativen ein Vorschlagsrecht an den Gemeinderat eingeräumt werden. Dies würde auf jeden Fall die Gemeindeförderung, von der ja so viel gesprochen wird, sichern bzw. erweitern.

In der sozialen Tarifpolitik vertrete ich den generellen Standpunkt, daß der gesamte kommunale Grundbedarf der Bewohner der Stadt zu sozialen Gebühren und Tarifen gedeckt werden muß. Daher ist die KPÖ-Fraktion strikte gegen das sogenannte "Kostendeckungsprinzip" und der damit verbundenen Erpressung der Stadtgemeinde, Höchstsätze bei Abgaben und Tarifen einzuheben, nur um die ihr zustehenden Steueranteile und Bedarfszuwendungen auch wirklich zu bekommen. Außerdem fordern wir, daß alle sozialen Tarife von der Mehrwertsteuerbelastung befreit werden. Die Kosten für die Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen sind in den

letzten Jahren besonders rasch und arg gestiegen. Besonders betroffen dabei ist die Bevölkerung, auf die die Stadt bekanntlich möglichst alle Bau-, Anschluß- und Benützungskosten abwälzt. Bund und Land müßten zur Errichtung und zum Ausbau kommunaler Wasser- und Kanalbauten sowie Müllbeseitigungsanlagen vor allem deshalb mehr öffentliche Mittel bereitstellen, weil es sich hier um einen äußerst wichtigen Sektor der allgemeinen Umweltpolitik handelt. Wir sind strikte dagegen, daß die Umwelt im allgemeinen und auch in diesem besonderen Fall auf Kosten der Bevölkerung saniert und gestaltet wird. Die Aufbringung der Bereitstellung von mehr öffentlichen Mitteln müßte in erster Linie durch eine stärkere Besteuerung des Großkapitals gesichert werden. Im Jahr 1988 muß die Steyrer Bevölkerung für kommunale Leistungen mehr entrichten. So z. B. an Grundsteuern, an Getränkesteuern, an Abgaben für Gebrauch von Gemeindegrund, an Kanal- und Wassergebühren, an Kanalanschlußgebühren und anderen. Allein durch die Gebühren- und Tarifierhöhungen, die in der letzten Gemeinderatsitzung von der Mehrheit des Gemeinderates beschlossen wurden, werden die Steyrer im kommenden Jahr um rund 10 Millionen Schilling zusätzlich belastet. Aber der Voranschlag weist auch neben unerfreulichen auch erfreuliche Merkmale auf. So werden, mit Ausnahme beim Seniorenpaß und "Essen auf Rädern" die Sozialleistungen nicht geschmälert. Der Zuschußbedarf für das Zentralaltersheim beträgt 21,8 Millionen, für Sozialhilfe, Behindertenhilfe und öffentliche Wohlfahrt zusammen 34,2 Millionen. Für Altenbetreuung und Wohlfahrtsmaßnahmen beträgt der Zuschuß über 6 Millionen Schilling sowie für die Kindergärten, Tagesheimstätten und Schülerhorte zusammen 20,7 Millionen. Die Steigerung des außerordentlichen Budgets von 97,7 auf 128,1 Millionen kann nur mehr durch weitere Grundverkäufe und wie wir herausgelesen haben durch Darlehensaufnahmen in Höhe von 63 Millionen erfolgen, wobei die echte Verschuldung der Stadt im kommenden Jahr auf rund 565 Millionen anwachsen wird.

Im wesentlichen beziehen sich die größten Ausgaben im aoH auf den Straßenbau mit 29 Millionen, darunter Umbau des Ennser Knotens, Errichtung der Fußgängerzone am Stadtplatz, Rad- und Wanderwege. Kanalbauten erfordern 27,8 Millionen. Für den Ausbau der Krankenstation im Altersheim werden 6 Millionen bereitgestellt, für die Wohnbauförderung sind im Haushaltsvoranschlag um 2 Millionen weniger, also nur 3 Millionen vorgesehen. Für Gebäude im Wehrgraben 3 Millionen, für die Kirche 2 Millionen sowie für das Schloßmuseum und die Denkmalpflege je eine Million. Im Haushaltsvoranschlag sind über 13 Millionen für Wirtschaftsförderungsmaßnahmen vorgesehen. Eben für den heute schon erwähnten Grundankauf der Reithoffergründe 7 Millionen, für Gewerbegrund Tabor und Darlehen für Investitionen sowie Gewerbeförderung zusammen 2,4 Millionen. Und für das BMW-Motorenwerk werden wiederum 2,5 Millionen Schilling bereitgestellt, die laut Vertrag zwischen der Stadt und BMW erst dann ausbezahlt werden dürfen, wenn der Belegschaftsstand auf 1800 steigt und davon 60 Prozent der Beschäftigten aus der Stadt Steyr stammen.

Die Gesamtförderungsmaßnahmen der Stadt für BMW werden nach dem Endausbau über 150 Millionen betragen, das ist immerhin bereits ein Viertel des Schuldenstandes und in der letzten Konsequenz muß die Förderungspolitik die Bevölkerung in Form von höheren Gebühren und Tarifen bezahlen. Der Schuldendienst - das wurde heute auch schon herausgestrichen - beträgt über 60 Millionen, davon für die Tilgung 22,4 Millionen und allein die Zinsen, die wir an die Banken bezahlen, betragen 38,3 Millionen.

Nun, meine Damen und Herren, der Anteil der Personalausgaben am oH erhöht sich auf über 230 Millionen Schilling für 745 Beschäftigte (davon 85 Beamte), 11 nebenberuflich Beschäftigte und 74 teilbeschäftigte Bedienstete, zusammen 830 Vollbeschäftigte. Der Gehaltsabschluß für 1988 erbrachte für die Beamten und Bediensteten kein gutes Ergebnis, weil durch das Hinausschieben des Inkrafttretens um ein halbes Jahr, auf den 1. Juli 1988, die 830 Kolleginnen und Kollegen im Gemeindedienst der Stadt Einkommensverluste erleiden. Die Beamtengehälter werden einheitlich um 330 Schilling erhöht.



Die Dienstzulagen steigen um 1,2 Prozent. Dafür werden die Pensionsbeiträge der Bediensteten um ein halbes Prozent angehoben. Dadurch steigen die Personalkosten gegenüber dem Vorjahr nur um rund 2 Millionen und bringen für die Stadt geringere Ausgaben und für die Belegschaft einen Einkommensverlust. Die Aufwendungen für die 36 Gemeinderäte betragen 8,114.000,- und für die Bürgermeister- und Stadtratspensionen werden S 2,322.000,-, zusammen 10,436.000,-, ausbezahlt. An Pensionen und Ruhebezügen für Beamte sind S 30,593.000,- vorgesehen. Also insgesamt für Personalkosten, Politikerbezüge und Pensionen werden 1988 über 271 Millionen Schilling aufgewendet, das sind 47 Prozent der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes.

Die Landesumlage und der Krankenanstaltensprengelbeitrag belasten die Stadt Steyr im Jahr 1988 mit einer Summe von 30,5 Millionen Schilling. Allein der Krankenanstaltenbeitrag macht 22,5 Millionen Schilling aus und für die Steyrer Bezirksstelle des Roten Kreuzes werden S 600.000,- zur Verfügung gestellt. Aber bis heute gibt es in unserer Stadt keinen Notarztwagen, der beim Schwerpunktkrankenhaus Steyr, übrigens beim größten Landeskrankenhaus Oberösterreichs, stationiert sein müßte.

Ich brauche auch nicht besonders unterstreichen, es ist ja allgemein bekannt, daß durch den Einsatz eines Notarztwagens Patienten am Leben erhalten und schwere gesundheitliche Folgeschäden der Patienten vermindert werden könnten. In der vorletzten Gemeinderatsitzung wurde berichtet, daß es bereits eine Zusage über einen Notarztwagen mit den notwendigen Ärzten gibt und nur mehr die Sanitäter fehlen.

Dies ist unrichtig und führt gleichzeitig zur Irreführung der Öffentlichkeit. Ich möchte feststellen, es gibt wohl ein schriftlich ausgearbeitetes Notarztwagensystem für die Region Steyr, bei dem vor allem Primarius Dr. Kleinberger vom Landeskrankenhaus und Dr. Nones von der Stadtgemeinde federführend sind.

Ich möchte auch eine Erklärung Ihnen vielleicht nicht vorenthalten. Landesrat Habringer erklärte bei der Jahresabschlußfeier des Roten Kreuzes im Sportheim Münichholz am 4. Dezember, er halte den Einsatz von Notarztwagen für sinnvoll.

Der Bezirk Steyr sei dafür ebenfalls prädestiniert. Ich kann nur dazu sagen, spät aber doch kam er zur Einsicht. In Oberösterreich gibt es seit 1974 in Linz und seit 1986 in Vöcklabruck einen Notarztwagen, und ich möchte sagen, das Fehlen eines Notarztwagens im Einzugsgebiet des Landeskrankenhauses Steyr hat sich bereits seit Jahren für viele Patienten negativ ausgewirkt. Trotz meiner jahrelangen Forderung wurde bis heute kein Notarztwagen mit Ärzten und Notfallsanitätern bereit- bzw. eingestellt. Daher fordere ich den Gemeindereferenten der Oö. Landesregierung, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Possart - er ist übrigens auch Ehrenringträger der Stadt Steyr - öffentlich auf, daß endlich die vier notwendigen Ärzte in den Personalstand des Landeskrankenhauses Steyr aufgenommen werden.

Sie wissen auch, in Oberösterreich warten derzeit 440 promovierte Ärzte auf einen Turnusplatz. Hier würde die Möglichkeit bestehen.

Zur anteilmäßigen Kostendeckung des Betriebes des Notarztwagens sind im Haushaltsvoranschlag der Stadt für 1988 Finanzmittel vorzusehen. Außerdem trete ich erneut für die unverzügliche Zurverfügungstellung eines Notarztwagens mit den notwendigen Notfallsanitätern durch das oö. Rote Kreuz ein. Ich verspreche Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, auch wenn es Ihnen lästig fällt, daß ich mich so lange hier im Gemeinderat und in aller Öffentlichkeit dafür einsetzen werde, bis dieses wichtige Vorhaben im Interesse für rund 100.000 Menschen der Stadt Steyr und der Umlandgemeinden realisiert wird.

Nun möchte ich auf einige wichtige und vorrangige Probleme in unserer Stadt zu sprechen kommen. Die KPÖ-Fraktion hat bereits im September 1987 22 wichtige Anliegen und Forderungen im Interesse der Bevölkerung zur Erstellung des Haushaltsvoranschlages 1988 dem Finanzreferenten, Vizebürgermeister Wippersberger, unterbreiten. Aufgrund von längeren Verhandlungen - sie waren nicht leicht - mit Kollegen Wippersberger und dem Stadtrechnungsdirektor Schmidl wurden trotz angespannter Finanzlage und einer auf Einsparungen ausgerichteten Budgetplanung eine



Reihe von KPÖ-Vorschlägen im Voranschlag berücksichtigt. Neben der Sicherung der Arbeitsplätze in den Steyr-Werken ist eines der Hauptprobleme in unserer Stadt nach wie vor die Wohnungsfrage. So werden für die Fortsetzung der Instandhaltungs- und Renovierungsarbeiten an gemeindeeigenen Althäusern Zuschüsse gewährt. Vorrangig werden die Häuser auf der Ennsleite sowie eines im Wehrgraben saniert, wobei die Sanierungskosten nicht auf die Mieter überwältzt werden. Kritisch dazu muß ich allerdings bemerken, daß für die Förderung von Neubauwohnungen der Betrag von 5 auf 3 Millionen Schilling reduziert wurde, obwohl bekannt ist, daß die Neubautätigkeit in Steyr stagniert und über 2.500 Wohnungssuchende vorgemerkt sind - ohne die Ansuchen um Pensionistenwohnungen - werden im kommenden Jahr weniger Mittel bereitgestellt.

Die Koalitionsregierung hat sich am 19. November 1987 darauf geeinigt, die Gesetzgebungskompetenzen für die Wohnbauförderung per 1. Jänner 1988 auf die Länder zu übertragen. Dabei besteht die Gefahr, daß sich die Förderungszuweisungen für die Stadt verringern. Insgesamt wird nämlich der Betrag für die Wohnbauförderung ab dem nächsten Jahr ohnedies kleiner. Der Bund wird aus den bekannten Einsparungsgründen um 10 Prozent weniger an das Land überweisen. Und diese 10prozentige Kürzung wird sofort mit Jahresbeginn wirksam und führt automatisch zur Verringerung der Wohnbautätigkeit. Dazu kommt, daß die Wohnkosten immer rascher ansteigen, daher ist nach meiner Auffassung der soziale Wohnbau stärker zu forcieren und die Kostenexplosion durch stärkere Förderungsmaßnahmen einzudämmen. Die Zielsetzung müßte dabei sein, daß sich jeder Wohnungswerber mit einem durchschnittlichen Einkommen das Wohnen im sozialen Wohnbau wirklich leisten kann. Das heißt, daß der sogenannte soziale Wohnbau wieder sozialer wird. Eine der Hauptursachen der Mietzinssteigerung liegt bei den Betriebskosten und diese werden durch die laufenden Gebühren- und Tarifierhöhungen durch die Stadt in die Höhe getrieben. Das heißt gleichzeitig, eine Senkung der Mietkosten kann nur dann erreicht werden, wenn die Stadt die Gebührenerhöhungen mindert und kostenlos Gemeindegrundstücke bereitstellt und die Kosten für die Aufschließung übernimmt.

Bereits im Herbst 1984 habe ich im Gemeinderat und wiederholt auch im gemeinderätlichen Verkehrsausschuß auf die Umweltbelästigungen durch den Fahrzeugverkehr, besonders im Wohngebiet Tabor-Resthof, hingewiesen. Die KPÖ hat folgende konkrete Verkehrsmaßnahmen vorgeschlagen, um die Umweltbelastung in diesem dicht verbauten Wohngebiet zu mildern:

Die Zu- und Abfahrt zur Resthofstraße soll von der Mannlicherstraße erfolgen. Momentan erfolgt sich so, weil dort Baumaßnahmen stattfinden. - Die Resthofstraße soll ab Kreuzung Mannlicherstraße - Resthofstraße bis Röhrholtweg mit Zufahrt zu den Gewerbebetrieben zur Sackgasse erklärt und gekennzeichnet werden. - In der Gegenrichtung im Kreuzungsbereich Resselstraße - Resthofstraße ist das Verkehrszeichen "Allgemeines Fahrverbot" mit Zusatztafel "Zufahrt für Anrainer bis Röhrholtweg gestattet" anzubringen.

Diese Maßnahmen würden den ständigen Verkehrsstau im Wohngebiet Tabor verhindern und die Umweltbelastung durch Motorlärm und Abgase mildern. Es ist allgemein bekannt, daß diese von mir vorgeschlagenen Verkehrsregelungen von den Verkehrsexperten des Rathauses und von der Polizei positiv bewertet worden sind. Durch die Laxheit der anderen Fraktionen werden Erledigungen solcher Probleme verhindert. Innerhalb von 10 Jahren konnten auch die Straßenverantwortlichen von Bund und Land sowie die anderen Gemeinderatsfraktionen einen weiteren Vorschlag der KPÖ nicht realisieren, z. B. die Errichtung einer Fußgängerunterführung am Ennsner Knoten, um die Sicherheit der Bevölkerung und vor allem der Schulkinder zu gewährleisten. Durch eine Unterführung könnten die Verkehrsampeln der Ennsner Straße seriengeschaltet werden. Der Verkehr würde flüssiger und die Bevölkerung an der Ennsner Straße durch Lärm und Abgase weniger belastet werden. Nun, wie man hört, soll der Ennsner Knoten wieder einmal umgeplant werden. Am 1. und 3. Dezember kam es neuerlich zu Unfällen zwischen Kronstorf und Dietach auf der Bundesstraße 115. Auf

dieser Strecke kommt es seit Jahren laufend zu Unfällen mit Todesopfern sowie schweren Verletzungen der beteiligten Verkehrsteilnehmer. Schon aufgrund der Verkehrssicherheit ist der Ausbau dieser wichtigen Verbindungsstraße zwischen der Stadt Steyr zur Autobahn und dem öö. Zentralraum dringend notwendig. Die KPÖ-Fraktion ist der Auffassung, daß die bisherigen Appelle der Mehrheitsfraktionen bei ihren Freunden und Genossen in der Landesregierung bzw. Bundesregierung nicht wirkten, und es ist daher die Aufgabe aller Gemeindemandatäre, diese Forderung des Ausbaues mit einem geharnischten Protest zu verlangen.

Im Zusammenhang mit dem Bau einer leistungsfähigen Streckenverbindung von Steyr mit Anschluß an die Westautobahn sowie die Errichtung einer vierten Ennsbrücke trat ich seit Jahren für einen besseren Anschluß von Steyr an die Westbahnstrecke der ÖVV durch eine stündliche Eilzugsverbindung zwischen Steyr, St. Valentin und Linz ein. Durch die Neutrassierung und den Ausbau der Westbahnstrecke besteht nun die Jahrhundertchance, daß die Trassenführung über Steyr realisiert wird. Es ist für mich daher unverständlich, daß die Eisenbahnergewerkschaft und der Verkehrsausschuß der öö. Arbeiterkammer - es sitzen ja einige Kollegen in der Arbeiterkammer - im Zusammenhang mit der berechtigten Forderung der Steyrer eine negative Haltung einnimmt. Die Position von Direktionssekretär, Landtagsabgeordnetem Edlmayr, der auch zugleich Verkehrssprecher der SPÖ ist und eine Anbindung von Steyr an die Westbahn als undurchführbar bezeichnet, stehen nach meiner Auffassung im krassen Widerspruch zu den Bestrebungen, die Bahn auszubauen. Ähnlich ist auch die Position des Verkehrsausschusses der Arbeiterkammer, der ebenfalls eine Anbindung Steyrs an die Westbahn für nicht realistisch hält. Diese oberflächliche Auffassung ohne Prüfung der Möglichkeiten ist auf Schärfste zurückzuweisen. Sowohl in unserer Stadt als auch in den angrenzenden Umlandgemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern gibt es eine breite Bereitschaft der Mehrheit für diese Jahrhundertchance und es gelte daher, nach meiner Meinung, alle Kräfte dafür zu mobilisieren, sie zu nützen und zu einer Konkretisierung zu kommen. Das hat auch bereits Kollege Holub unterstrichen.

Zur Kostenfrage möchte ich feststellen, daß auch der Ausbau der Westbahnstrecke im bestehenden Bereich enorme Mittel durch Neutrassierung und Tunnels verschlingen werde, so daß eine Einbindung des Industrieraumes der Region Steyr keineswegs an Kostenargumenten scheitern darf.

Nun zu einem anderen wichtigen Problem. Die erfolgte Stadtplatzsperre für den Individualverkehr an den Einkaufssamstagen wird vom Großteil der Bevölkerung der Stadt und der Umlandgemeinden sowie auch von mir begrüßt. Vor allem aber geht es mir darum, die Umweltbelastung durch Abgase und Lärm zu mildern. Und dazu gehört die Einschränkung des Individualverkehrs auf dem Stadtplatz. Ausgehend davon bin ich für die Ausdehnung der Fußgängerzone auf den gesamten schönen historischen Stadtkern. Daher soll nun nach der Enge Gasse und Pfarrgasse im kommenden Jahr auch der Stadtplatz zur Fußgängerzone erklärt werden. Die städtischen Linienbusse, die Taxis und die Durchfahrsmöglichkeit der Pkw zu den Kurzparkplätzen am Ennskai sowie die neuerrichteten Pkw-Abstellflächen beim Schiffmeisterhaus, beim Fußgeherübergang Eisenstraße und beim Gaswerk garantieren die leichte Erreichbarkeit des Stadtkerns. Außerdem könnte von der Stadtgemeinde vorgesorgt werden, daß an Samstagen die von der Bezirkshauptmannschaft und der Handelskammer nicht benützten Pkw-Parkplätze zur Verfügung gestellt werden, und zwar auch in Zukunft. Derzeit werden sie ja dankenswerterweise bereits zur Verfügung gestellt.

Für die Umweltpolitik ist nach wie vor kennzeichnend, daß die Umweltschäden rascher wachsen als die Umweltschutzmaßnahmen, weil nach meiner Meinung die gesamte Umweltpolitik nach wie vor in erster Linie durch die Profitinteressen der Konzerne bestimmt ist. In Österreich fallen 1,5 Tonnen Müll innerhalb eines Jahres an. Zwei Drittel dieses gewaltigen Müllberges entfallen dabei auf Verpackungsmaterial. Ich vertrete auch grundsätzlich die Auffassung, daß verstärkte Umweltmaßnahmen erfolgen müssen, ohne Mehrbelastung unserer Bevölkerung. Daher muß die Finanzierung durch jene erfolgen, die schon bisher wegen mangelnder Vorsorge die Umwelt



geschädigt und dadurch profitiert haben. Z. B. sind 48 Prozent, fast die Hälfte des Steyrer Hausmülls, Getränkepackungen. Dazu gehören vor allem die Milchpakete und andere Getränke. Außerdem kommen noch dazu die Plastikbecher sowie Poritverpackungen für Fleisch- und Wurstwaren. Für die Entsorgung nur dieses Verpackungsmaterials zahlt der Konsument in Form der Müllabfuhrgebühr rund 5 Millionen Schilling pro Jahr. Unsere Mülldeponie in Hausleithen, die wir mit großem Kostenaufwand errichtet haben, wird den Stadtmüll im Laufe der nächsten 25 Jahre aufnehmen können. Wenn man für diese angeführten Getränke Mehrwegflaschen einführt, dann könnte die Mülldeponie doppelt so lange benützt werden. Und die Müllentsorgungsgebühr könnte um rund 50 Prozent, von derzeit 10,4 Millionen auf 5 Millionen verringert werden. Es würde sich also doppelt lohnen, wenn man die Flasche für Getränke wieder einführt. Jedoch bis zu dieser Änderung sollen die Produzenten für die Entsorgung dieses Verpackungsmaterials aufkommen.

Bei der leidvollen Darlegung der Finanzsituation der Stadt hat Vizebürgermeister Kollege Wippersberger auf die Tatsache vergessen, daß die Hauptursache neben den Schwierigkeiten in den Steyr-Werken für die zunehmende Aushöhlung der Gemeindefinanzen die ungerechte Verteilung der Mittel über das Bundesfinanzausgleichsgesetz ist. Es ist auch mit der Zeit unglaublich, wenn die SP-Mehrheit jedes Jahr über die finanzielle Auslaugung der Stadt lamentiert und dann bei jenen Spitzenparteiliefern in der Bundes- und Landesregierung zu Kreuze kriecht, die letztlich für dieses Finanzausgleichsgesetz die Verantwortung tragen. Die Leidtragenden sind letztlich immer die Bevölkerung und vor allen natürlich die Arbeiter, Angestellten und Pensionisten, auf welche die Lasten durch immer mehr Gebühren- und Tarifierhöhungen abgewälzt werden.

Landeshauptmann Ratzenböck als Finanzreferent von Oberösterreich hat es ein wenig leichter. Er kassiert immerhin im kommenden Jahr 1988 rund 500 Millionen Schilling Landesumlage von den 545 öö. Gemeinden und Städten. Zur Finanzierung der von uns vorgeschlagenen kommunalen und auch sozialen Leistungen verlangt die KPÖ-Fraktion nicht nur die Beseitigung der systemwidrigen Landesumlage und des Krankenanstaltenbeitrages, sondern auch einen erhöhten Anteil am Ertrag der gemeinsamen Bundessteuern. Für diese grundsätzlichen Finanzfragen im Interesse der Stadt Steyr müßten sich alle im Gemeinderat vertretenen Parteien mit größerem Elan als bisher verstärkt einsetzen. Aufgrund der angespannten Finanzlage und der leeren Stadtkasse sowie der zunehmenden Verschuldung unserer Stadt sollen im Budgetjahr 1988 keine Finanzausschüsse und Begünstigungen für Großunternehmungen durch die Stadt Steyr gewährt werden.

Die von Bürgermeister Schwarz in der GR-Sitzung vom 24. September abgegebene Absichtserklärung für eine sogenannte Nullrunde bei den Politikerbezügen sei meiner Meinung nach völlig ungenügend. Bürgermeister, Stadträte, Gemeinderäte verzichten damit - sie müssen allerdings verzichten, weil der Landeshauptmann nichts bekommt und analog bekommen auch die anderen keine Erhöhung - auf monatlich S 330,- ab 1. Juli 1988. Die Einsparung beträgt daher von allen 36 Gemeindemandataren S 83.160,-. Bei Ausgaben von 8,1 Millionen ist das nicht erwähnenswert.

Wollen Sie, meine Herren Bürgermeister, noch eine Glaubwürdigkeit bei ihren zum Ausdruck gebrachten Sparappellen erhalten, so sei es höchst an der Zeit, eine deutlich sichtbare Senkung der Bezüge durchzuführen. Die KPÖ-Gemeinderatsfraktion könnte sich in diesem Zusammenhang eine Reduzierung der Politikerbezüge um ein Drittel vorstellen. Konkret für Oberösterreich sei dies durch eine entsprechende Novellierung dieses Bezugesgesetzes, von welchem alle Politikereinkommen im Land und der Gemeinden sowie auch der Stadt Steyr abhängen, möglich. Ebenso sollen die völlig ungerechtfertigten Pensionsansprüche für die nichtberruflichen Stadträte in der Stadt Steyr abgeschafft werden.

Die Gruppe 0, in der die hohen, ungerechtfertigten Bezüge der Gemeindemandataren und die völlig ungerechtfertigten Stadtratpensionen in der Höhe von S 10 Millionen vorgesehen sind, werden von uns selbstverständlich abgelehnt. Ebenso ist die Gruppe 9 für uns auf keinen Fall annehmbar und wird daher abgelehnt, da in dieser



die gemeinde- und bevölkerungsfeindliche Finanzpolitik der Bundesregierung und der Landesregierung zum Ausdruck kommt. Da die Stadt mit immer mehr Aufgaben aber gleichzeitig mit immer weniger finanziellen Mitteln ausgestattet wird, kann der oH nicht einmal mehr ausgeglichen werden. Die Rücklagen sind aufgebraucht und es erfolgt keine Mittelzuführung an den außerordentlichen Haushalt. Dies führt zum Sinken der kommunalen Investitionen und zum weiteren Verlust von Arbeitsplätzen bzw. zu einer weiteren Verschuldung der Gemeinden. Solange die Bundesregierung keine soziale Steuerpolitik betreibt und für einen gemeindefreundlichen Finanzausgleich den Gemeinden mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, solange ist die Gruppe 9, Finanzen, für die KPÖ-Gemeinderatsfraktion auf keinen Fall annehmbar.

Die KPÖ-Fraktion stimmt dem Haushaltsvoranschlag 1988 zu, weil eine Reihe von Vorschlägen, die von mir im Interesse der Bevölkerung gemacht wurden, eine Berücksichtigung fanden.

Abschließend möchte ich Ihnen, werter Herr Bürgermeister, sowie auch Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, den Beamten und Bediensteten dieses Hauses frohe Festtage und vor allem ein friedliches Jahr 1988 wünschen. Ich glaube, gerade der Abschluß von Abkommen zwischen Reagan und Gorbatschow beweist, daß eine friedliche Entwicklung eingeleitet wird. Ich möchte auch mit einer Abschlußbemerkung die positive Haltung des Steyrer Gemeinderates herausstreichen, der neben der oö. Friedensbewegung auch einen sehr wesentlichen Anteil bei Erkämpfung des Friedens mitgewirkt hat dadurch, daß er sich auch dem Friedensappell von St. Ulrich im Vorjahr angeschlossen hat.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Treml für seine Erklärung. Als letzter Fraktionssprecher bitte ich nun Kollegen Eichhübl zum Rednerpult.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!  
Die wirklich sehr ernste, dramatische, ja sehr bedenkliche finanzielle Situation der Stadt Steyr, die sich in den letzten Jahren abgezeichnet hat, und vor allen Dingen aber auch im Nachtragsvoranschlag für 1987 ihren negativen Niederschlag gefunden hat, findet nun offenbar in einem noch wesentlich größeren Ausmaß im Voranschlag 1988 ihre Fortsetzung.

Obwohl das Budget 1987 mit einem Millionenabgang präliminiert wurde, hebt sich das Budget 1988 weit von diesem und von den Budgets früherer Jahre ab. Hinter den Globalsummen sind deutliche Unterschiede erkennbar. Schon der Nachtragsvoranschlag 1987 war eine Katastrophe. Dieser Voranschlag für 1988 ist geradezu eine Bankrotterklärung. Diese rot-schwarze Bundesregierung verhilft offensichtlich zum raschen Fall dieser Stadtverwaltung. Die rot-schwarze Stadtregierung kann zusammen mit der schwarz-roten Landesregierung bei der rot-schwarzen Bundesregierung offensichtlich nur Hilferufe und Resolutionen ohne Erfolg und ohne gehört zu werden einbringen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Was hast denn Du zusammengebracht bei der rot-blauen Regierung?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Nicht nur die Einseitigkeit unserer auf Eisen und Metall abgestellten Mono-Wirtschaft trifft Steyr voll, auch von den 52 Milliarden Schilling Belastungen des Bundeskartells der Schröpferregierung bekommt Steyr einiges ab.

Ich darf ganz kurz auf den Zwischenruf von Vizebürgermeister Holub eingehen. Natürlich habe ich nicht so viel zusammengebracht, ich habe auch nicht die Möglichkeiten dazu, ich bin ja auch nicht Vizebürgermeister. Dieser kurze Einwand sei mir erlaubt.

Ohne Opfer wird es in diesem Haushalt nicht mehr abgehen. Immerhin kürzt der Bund wo es nur geht. Beispielsweise die Mittel für die Wohnbauförderung um 10 Prozent. Inwieweit diese Verluste den Verkauf der Bundesfonds vorübergehend ausgleicht, steht in den Sternen. Und man kann auch noch nicht absehen, was die große Koalition dem Bürger noch alles an Belastungen bringt, an denen dann auch das Land mitverdient. Wie etwa den S 50,- täglich, die nun die Patienten von Krankenhäusern zu bezahlen haben. Es hängt daher davon ab, wie erfolgreich die große Koalition den Bürger schröpft, ob am Ende des Jahres 1988 das Defizit in Steyr die geplante Höhe erreicht oder ob sich der Finanzreferent mit dem Schein des Sparmeisters schmücken kann. Ich würde es wünschen, daß sich der Finanzreferent am Ende nächsten Jahres als Sparmeister würdigen könnte. Dies dürfte aber ein Wunsch an das Christkind sein, denn die Schröpfungsmaßnahmen treffen nicht nur die Bürger, sondern auch die Gemeindebudgets.

Dieser vorliegende Haushaltsvoranschlag deutet auf die Auflösung aller Reserven hin. Es ist nicht einmal mehr möglich, alle urbanen Aufgaben des oH zu finanzieren. Diese werden teilweise in den aoH verlegt. Dies kommt einer Bankrotterklärung gleich. Gespart wird aber so gut wie gar nicht. Für Repräsentationskosten, Personalvertretung, für den Gemeinderat, für das Amtsblatt, für Stadtsenatspensionen, werden weiterhin Millionen veranschlagt. Seit Jahren warnen, ja bitten wir, bei diesen aber auch anderen Positionen zu sparen. Für viele noch oder ehemals in den Steyr-Werken Beschäftigte gibt es keine Arbeit. Und das hat schwerwiegende negative Folgeerscheinungen für viele andere Betriebe und für die Gesamtwirtschaft in unserer Region. So hat auch z. B. ÖIAG-General Sekyra angekündigt: "Viele Arbeitnehmer werden ihren Arbeitsplatz verlieren, noch mehr aber zittern um ihn, denn es weiß ja keiner, ob es ihn trifft oder den Kollegen." Wichtigstes Anliegen der Politik muß es daher sein, dort zu helfen, wo man helfen kann. Wir sollten uns aber hüten, Versprechen abzugeben und Hoffnungen zu wecken, die nicht erfüllt und nicht eingehalten werden können. Herr Bundeskanzler Vranitzky hat angeblich ver-

sprochen, Steyr zu helfen. Womit? Ich sehe jedenfalls bis jetzt keine Hilfestellung. Als mahnendes Beispiel kann und soll uns das Projekt einer Elektrolyse in Ranshofen dienen. unter dem Druck lokaler Politiker und im Angesicht demonstrierender Arbeiter hat man sich zu einer Koalition der Unvernunft gefunden. Der unverbindliche Beschluß des Landtages stärkte den Ranshofnern vordergründig den Rücken. Tatsächlich aber streute dieser Beschluß den Ranshofnern nur Sand in die Augen.

Die Resolution, die von ÖVP und SPÖ beschlossen wurde, war das Papier nicht wert, auf dem sie kopiert worden war. Das hat sich dann auch bald herausgestellt, als das endgültige Aus für die Elektrolyse kam.

Meine Damen und Herren, auch wir haben schon einige Resolutionen verabschiedet. Verabschiedet im wahrsten Sinne des Wortes, weil danach Friedhofsruhe entstand. Jetzt sind Bemühungen im Gange, Steyr in die geplante neue Westbahnstrecke direkt einzubinden. Bemühungen, die wir voll und ganz unterstützen. Wird dieses für die Region Steyr so wichtige Anliegen wieder eine Sehnsucht bleiben? Diese Frage erlaube ich mir in den Raum zu stellen. Beantworten müssen diese Frage SPÖ und ÖVP, denn sie sitzen an den Schaltstellen der Westbahn in Wien und Linz. Und nur sie verteilen den Inhalt des Budgettopfes.

Neue Konzepte bringen neue und bessere Arbeitsplätze, die auch bessere Zukunftsaussichten bieten. Wo aber sind diese Konzepte? Meine Damen und Herren, schwierige Zeiten verlangen Opfer und Einschränkungen. Das steht außer Zweifel. Diese Einschränkungen und Belastungen müssen aber auf alle gleichmäßig verteilt werden. Das steht für mich auch außer Zweifel. Wo wird bei uns gespart? Bei der Verwaltung? Beim Gemeinderat? Nein, nur beim Bürger wird eingehoben, um halbwegs über die Runden zu kommen. Beim Wasser, beim Kanal, bei der Müllabfuhr, bei den Senioren, bei der Jugend. Ab 1988 wird der Stromtarif angehoben. Diese Schröpfungs- und Belastungsliste ist aber noch lange nicht zu Ende und schmälert das frei verfügbare Einkommen unserer Bürger in immer größer werdendem Ausmaß - sofern überhaupt noch eines vorhanden ist. Daher schlage ich vor, daß der Gemeinderat als Budgetsanierungsbeitrag auf wenigstens 20 Prozent seiner Bezüge verzichten soll. Daher schlage ich vor, die Stadtratspensionen sofort wieder abzuschaffen. Daher schlage ich vor, auf die Repräsentationsgelder zu verzichten. Wenn es Anlässe unter diesem Titel gibt, sollen der Stadtsenat oder das Präsidium diese Kosten aus den Funktionsgebühren oder den Verfügungsmitteln bezahlen. Das wären die berühmten kleinen Schritte zur Budgetsanierung. Natürlich verlangt jede Umstellung den Mut zu Entscheidungen. Den hat man aber vielfach vermissen lassen und ging den bequemen und populären Weg des geringsten Widerstandes in vielen Bereichen. Die Zeche, meine Damen und Herren, müssen jetzt viele, vor allem die Arbeitnehmer bezahlen, die den jetzt notwendigen, viel härteren Umstrukturierungen zum Opfer fallen, und diese Maßnahmen nun mit ihrem Arbeitsplatz bezahlen müssen. Es gilt auch, die Kräfte der Privatwirtschaft zu mobilisieren, um wieder ausreichenden Schwung in die Wirtschaft zu bringen. Geeignete Anreize aus dem Bundes- und Landesbudget sollten dazu beitragen, das notwendige wirtschaftliche Klima zu schaffen. Aber was geschieht denn wirklich? Bundesminister Graf kürzt die Mittel der Wirtschaftsförderung und streicht ersatzlos die Investitionsprämie. Das nennt man "Kaputt-sparen". Sicherlich hat nicht Steyr oder das Land die Probleme und die Krise der Verstaatlichten zu verantworten. Trotzdem müssen wir alles tun, was im Bereich unserer Möglichkeiten liegt, um den Bürgern zu helfen, die von diesen Problemen betroffen sind. Auch der Verkauf von stadteigenen Betrieben müßte angesichts dieser Budgetvorlage ins Auge gefaßt werden. Bei so manchen Positionen dieses Budgets wären Einsparungen möglich. Man braucht nur den Mut dazu, einen neuen Weg zu gehen. Zusätzliche wirtschaftliche Dynamik könnten wir durch einen Prozeß gewinnen, der in diesem Voranschlag keinen Niederschlag findet. Nämlich durch Privatisierung von Aufgaben, die Private ebenso gut oder besser bewältigen könnten als die öffentliche Hand. Das Land Oö. hat z. B. beim Landesbudget 1988 mit 60 Millionen Schilling an Einnahmen aus der Privatisierung von OKA-Anteilen einen ersten Anfang



gemacht. Diese 60 Millionen sehen wir als eine Untergrenze an, die man durchaus übersteigen kann und soll. Aus diesen Überlegungen heraus verlange ich die Einsetzung eines eigenen Ausschusses, dem auch Wirtschaftsfachleute außerhalb des Gemeinderates angehören sollen um zu prüfen, welche Privatisierungsmöglichkeiten es bei stadteigenen Betrieben gibt. Man wird alles durchgehen, prüfen und entscheiden müssen, was notwendigerweise die öffentliche Hand wahrt oder was nur historisch bedingt bei ihr gelandet ist. Auch die unmittelbare Kontrolle durch private Teilhaber würde die nachträgliche und meist mehrere Jahre nachhinkende Kontrolle durch den Rechnungshof ergänzen.

Dies kann sicherlich nur im Interesse der Weiterentwicklung der Demokratie sein. Dieser Vorschlag soll aber vor allem dazu dienen, durch neue Wege neue Einnahmen zu finden. Das scheint mir umso wichtiger, weil es jetzt gefährliche Budgetansätze gibt und wir alles daransetzen müssen, daß sich ein derartiges Katastrophenbudget nicht wiederholt.

In diesem Voranschlag 1988 - darauf haben bereits meine Vorredner hingewiesen - sind mehrere ernste Warnzeichen sichtbar:

1. Der Pro-Kopf-Schuldenstand wird am Ende des Jahres 1988 S 14.500,- betragen.
2. Die Verschuldung am Ende dieses Finanzjahres wird 566 Mill. betragen.
3. Die Neuverschuldung, die heute beschlossen wird, beträgt 65,2 Millionen, das sind rund 10 Prozent des Budgets für den oH.
4. Der Abgang des oH beträgt 32,4 Millionen.
5. Die Finanzierbarkeit des aoH ist nur mehr mit Rücklagenentnahmen und neuen Krediten zu bewältigen. Allein bei 29 Positionen des aoH wird eine Rücklagenentnahme von insgesamt 21,5 Millionen zur Deckung der Ausgaben ausgewiesen. An neuen Krediten werden zur weiteren Deckung der Ausgaben insgesamt 63,3 Millionen aufgenommen. Zusammen mit Krediten für den oH beträgt die Kreditaufnahme S 65.164.200,- Schilling. Wohin soll das führen? Darüber sollten sich die älteren und jüngeren Gemeindemandatäre endlich Gedanken machen. Die älteren deshalb, weil sie keinen Scherbenhaufen hinterlassen sollten, wenn sie einmal abtreten, die jüngeren deshalb, weil sie kommende Budgets und Vorhaben beschließen werden.

STADTRAT RUDOLF PIMSL

So einen Scherbenhaufen haben wir schon einmal erlebt!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Kollege Pimsl, das kann ich nicht beurteilen, ich war damals nicht auf der Welt, und ich glaube auch Sie nicht. Ah Entschuldigung doch, ich hätte Dich gerne jünger gemacht als Du bist.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Du nimmst Dir viel vor, aber ich glaube, Du schaffst es nicht!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Kollege Zagler hat sich auch wieder einmal zu Wort gemeldet. Aber ich habe ihn schon öfters eingeladen, er soll nicht nur Zwischenrufe machen, sondern er kann ja auch einmal wieder herauskommen.

Daher, meine Damen und Herren, wie soll das gehen, wenn das Geld ausgeht, wenn nicht gespart wird, wenn alles so weitergeht bei der Ausgabenseite.

Wir müssen nach neuen Wegen suchen. Daher nochmals, neue Wege wären: Viele Einsparungen und Reprivatisierung von stadteigenen Betrieben, wie z. B. das Taborrestaurant oder das Hotel Nagl. Neben den bereits von mir empfohlenen Einsparungen könnte die Stadt bei folgenden weiteren Positionen auf der Ausgabenseite sparen, um zum notwendigen Sanierungserfolg zu kommen. Ich darf nun diese Vorschläge im Detail unterbreiten.

1. Kürzung der gesamten Reinausgaben des oH um 5 Prozent.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Also auch die Gehälter der Bediensteten um 5 Prozent?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Nein, das ist nicht inbegriffen. Ich habe wirklich nicht vor, die Gehälter der Bediensteten zu kürzen

2. Bei der Gruppe 0, Bezüge der Organe, statt 8,114.000,- nur 6,491.200,-, Ersparnis 1,622.800,-. Das wären 20 Prozent. Da bin ich nicht so in die Höhe gegangen wie Kollege Tremml. Ruhebezüge für ehemalige Stadtsenatsmitglieder statt 2,322.000,- nur 480.000,-, Ersparnis daher 1,842.000,-. Die 480.000,- wären für den Alt-Bürgermeister noch genug, denn mit 40.000,- Bruttopension pro Monat findet man das Auslangen. Wer glaubt, mit diesem Einkommen nicht auszukommen, der möge die Hand heben!

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Da gehört noch etwas dazu. Es gibt eine Witwe nach dem ehemaligen Bürgermeister Fellingner, deren Pension ist da auch dabei.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich danke für den Hinweis und möchte mir den Hinweis erlauben, auch den Steyr-Werke Arbeitnehmern und den VÖEST-Pensinisten streicht man vieles weg.

3. Pressestelle, Amtsblatt. Unter Handelswaren, Druckkosten für das Amtsblatt ist ein Betrag von 1,650.000,- eingesetzt. Drucken Sie wieder wie in früheren Jahren auf Schwarz-Weiß-52-Gramm-Rollenoffestpapier und wir können uns 850.000 einsparen - Ersparnis S 800.000,-. Unter Porto ist ein Betrag von S 100.000,- ausgewiesen. Produzieren wir ein Amtsblatt bis 30 gramm Gewicht und wir erreichen eine Portogebühr von 20 Groschen pro Stück. Bei 12 Ausgaben im Jahr macht das mal 19.000 Haushalte einen Betrag von S 43.000,-. Ersparnis daher S 54.400,-.

Bei den Repräsentationskosten, die mit S 554.000,- ausgewiesen werden, könnte man alles einsparen, wenn man unseren vorhin genannten Vorschlag berücksichtigt. Zumindest jedoch S 354.000,-, denn S 200.000,- für diesen Titel ist in Zeiten wie diesen genug.

Auch für die Gemeinschaftspflege der Personalbetreuung werden S 1,986.000,- präliminiert. Die Steyrer Werke-Arbeitnehmer müssen auf 50 Prozent der Sozialleistungen verzichten. Daher könnten wir uns vorstellen, daß aus Solidarität gegenüber allen Arbeitnehmern, die auch bereits auf einen Teil Ihrer Sozialleistungen verzichten müssen, die 756 Bediensteten des Magistrates ein kleines Opfer bringen und auf 20 Prozent dieser fast 2 Millionen verzichten. Das wäre eine Ersparnis von S 397.200,-

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Du bist der größte Rechenkünstler, den ich kenne.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich glaube, die Rechnung stimmt.

Alleine diese wenigen Positionen brächten insgesamt 5 Millionen Schilling Einsparung.

Meine Damen und Herren, ich habe ja geahnt, daß meine Wortmeldung zu entsprechenden Reaktionen führen wird. Aber bitte betrachten Sie die Vorschläge der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion nicht als Besserwisserei, sondern als Denkanstoß.

Wir sind auch diesmal der Einladung des Finanzreferenten Vizebürgermeister Wippersberger, Wünsche und Anregungen für das Budget 1988 schriftlich einzubringen, nachgekommen. Im Hinblick auf die mehr als angespannte finanzielle Lage unserer Stadt hatten wir auch diesmal unsere Wünsche und Anregungen ausgerichtet. Vor allem haben wir Anregungen sowie Einsparungsmaßnahmen, die in den letzten Jahren keine Berücksichtigung gefunden haben, wiederholt. Daher kann ich es Ihnen und mir ersparen, nochmals auf die einzelnen Punkte einzugehen.

Ein Anliegen, das sehr viele Bewohner unserer Stadt betrifft, möchte ich dennoch herausgreifen. Es ist die Übernahme der Haus- und Gehsteigreinigung für ältere und kränkliche Mitbürger mit entsprechender Kostenbeteiligung. Hätte man nur einen kleinen Teil unserer Einsparungsvorschläge berücksichtigt, so hätte man diesem Wunsche eines großen Bevölkerungskreises, ohne Ausreden zu suchen, nachkommen können. Das war mein Vorschlag.

Eine weitere Anregung betrifft unseren Stadtplatz. Obwohl wir bereits Gelegenheit gehabt haben, über dieses Thema bei der letzten GR-Sitzung zu diskutieren, möchte ich einiges was ich damals gesagt habe, wiederholen. Eine überraschend und kurzfristig angeordnete Sperre des Stadtplatzes für den Fahrzeugverkehr sowie eine gleichzeitige Verbannung des Christkindlmarktes auf den Brucknerplatz war und ist ein Fehler. Zum ersten wäre es notwendig gewesen, mit den betroffenen Geschäftsleuten, aber auch mit den im Gemeinderat vertretenen Parteien über eine so wichtige Entscheidung vorher zu reden. Das Anbieten des Steyr-Werke Parkplatzes mit Pendelverkehr durch städtische Busse ist als einzige Begleitmaßnahme für die Stadtplatzsperre unzureichend. Wer am ersten Einkaufssamstag am Stadtplatz war, konnte sich davon überzeugen, daß es zwar angenehm ist, nicht ständig durch im Kreis fahrende Autos belästigt zu werden, andererseits ein öder und lerner Stadtplatz auch nicht gerade einladend wirkt. Eine Reihe von Möglichkeiten würden sich anbieten, um eine Belebung des Stadtplatzes unter Zurückdrängung des Fahrzeugverkehrs herbeizuführen.

Ich fordere nochmals, das ist auch eine Forderung der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion seit Jahren, eine Änderung des Stadtplatzes herbeizuführen.

Nun einige Beispiele dafür. Einsatz eines City-Busses, eventuelle Rückvergütung des Fahrpreises durch die Geschäftsleute, so wie in anderen Städten, bei entsprechenden Einkauf. Auftreten von Musik- und Gesangsgruppen. Abhalten des Advent- und Christkindlmarktes auch durch die Service-Clubs am Stadtplatz.

#### Verschiedene Zwischenrufe

##### GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Mich freut es sehr, daß gerade meine Privatisierungsvorschläge Kollegen Zagler so sehr erregen. Als ähnliche Andeutungen Kollege Vizebürgermeister Holub gemacht hat, hat er sich gar nicht so sehr dagegen ausgesprochen.

Die derzeitige Lösung, den Advent- und Christkindlmarkt am Brucknerplatz abzuhalten, ist jedenfalls für eine Stadt wie Steyr einfach unwürdig. Jede kleine Ortschaft bietet in diesem Bereich mehr an, wie sich ja jeder selbst überzeugen kann. Da wäre es ja noch wesentlich vernünftiger gewesen, diesen Markt im Promenade-Schloßpark-Bereich zu ermöglichen. Nach wie vor halte ich aber den Stadtplatz unter Einhaltung bestimmter, dem Charakter des Stadtplatzes entsprechender Normen, für die Abhaltung des Advent- und Christkindlmarktes als geradezu ideal. So manche andere Stadt beneidet uns um diesen Stadtplatz und würde mit Freuden die Abhaltung eines Advent- und Christkindlmarktes genehmigen. Vielleicht könnte sich dann auch der österr. Gewerkschaftsbund dazu hinreißen lassen, nicht zu einer Sonderfahrt zum Besuch eines Christkindlmarktes ins Ausland, sondern nach Steyr einzuladen. Meine Damen und Herren, betrachten Sie auch diese Anregungen als einen indirekten Beitrag zur Förderung und Belebung unserer Wirtschaft, daß der Stadt sonst nichts als den guten Willen kostet. Guter Wille wäre aber auch notwendig, um eine Statutenänderung herbeizuführen entsprechend der oö. Gemeindeordnung, wie das auch Kollege Tremml verlangt hat.

Guter Wille wäre auch im Wohnbereich angebracht, da darf ich meine Anregung der letzten Jahre wiederholen.

Wenn man nach etwa zwei Jahrzehnten Mietzinsleistung den Mietern die Möglichkeit anbieten würde, die Wohnung zu einem angemessenen Preis zu erwerben, so würde das mehrere Vorteile bringen.



VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Du übernimmst scheinbar Deine Ideen von überall, wie es Dir gerade paßt.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Die GWG oder die Stadt Steyr erhielte durch den Mietkauf mehr Kapital für den Bau neuer Wohnanlagen. Herr Kollege Holub, das ist nachzulesen im Protokoll der Budgetsitzung von 1986. Das ist nicht meine Erfindung, das stehe ich nicht an, zu erklären.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das war unsere Anregung 1975, 1976, 1977 usw.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Selbstverständlich ist das von der ÖVP. Warum soll man als freiheitlicher Mandatar nicht andere Vorschläge, die gut sind, unterstützen. Ich darf weiter fortfahren in meinen Ausführungen, die Wohnungen betreffend.

Der Mietzins würde wegfallen, es wären nur noch die Betriebskosten zu bezahlen und der neue Eigentümer würde mehr Interesse an Investitionen und Verbesserungen an seiner nun zum Eigentum gewordenen Wohnung haben.

Abschließend und zurückkommend auf den Voranschlag für 1988 nochmals, meine Damen und Herren, so geht es nicht weiter. Alle, die diesem Voranschlag die Zustimmung erteilen, begehen, was die Zukunft Steyrs betrifft, einen großen Fehler. Auch heute darf ich feststellen, daß es nicht möglich ist, über einzelne Budgetkapitel getrennt abzustimmen. Wir hätten sicher die Möglichkeit gehabt, von der Voraussetzung ausgehend, daß über einzelne Budgetkapitel getrennt abgestimmt werden kann, einiges gutzuheißen und das auch dementsprechend bei der Abstimmung zum Ausdruck bringen können.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es geht uns nicht darum, nur zu kritisieren. Wir haben immer wieder Vorschläge eingebracht und auch bewiesen, daß wir bereit sind, Beschlüsse und Verantwortung mitzutragen. Für dieses Gesamtwerk sehe ich mich aber namens der FP-Gemeinderatsfraktion aus Gründen, die ich bereits ausführlich dargelegt habe, außerstande, durch Zustimmung die Mitverantwortung zu übernehmen.

Namens der FPÖ lehne ich dieses Budget für 1988 ab. Am Ende meiner Ausführungen, meine Damen und Herren, möchte ich es aber nicht verabsäumen, allen Bürgern unserer Stadt, den Herren Bürgermeister, allen Beamten und Bediensteten des Hauses sowie Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ein schönes Weihnachtsfest so wie Glück und Gesundheit für das kommende Jahr zu wünschen.  
Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Eichhübl und möchte mich ebenfalls an der Diskussion beteiligen.

Ich bitte daher Kollegen Holub um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um seine Wortmeldung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte dem Schlußwort des Kollegen Wippersberger nicht vorgreifen, möchte aber doch als Bürgermeister im Anschluß an die Fraktionserklärungen auch einige Erklärungen abgeben.

Wir haben das Budget 1987, viele oder alle von Euch erinnern sich noch daran, auch etwa in der gleichen Zeit diskutiert und dieses Budget 1987 wurde - das war die Meinung aller Fraktionen, sehr vorsichtig erstellt. Leider mußten wir im Laufe des Jahres und letztlich beim Nachtragsvoranschlag 1987 bedauerlicherweise feststellen, daß die Einnahmenentwicklung im heurigen Jahr weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Diese Einnahmensverminderung, die Rücklagenentnahme und die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in unserer Stadt im kommenden Jahr muß uns einfach veranlassen, das Budget 1988 diesen Umständen anzupassen. Unser Finanzreferent Kollege Wippersberger hat in seinem Bericht schon Details angeführt und ist auf Einzelheiten eingegangen. Auch Gründe wurden bereits in mehrfacher Hinsicht vorgetragen. Ich glaube, daß wir in einer Zeit leben, besonders die Industrieorte leiden darunter. Steyr gehört dazu und ist seit hundert Jahren von der Industrie dominiert. Die technologische Entwicklung - ich habe das schon mehrmals gesagt - in den letzten Jahren ist derart rasant vor sich gegangen, daß sich eben strukturelle Veränderungen im Produktionsprozeß und in den Produktionsprozessen ergeben. Es werden immer größere und mehr Maschinen hergestellt, die weitgehend den Einsatz von Arbeitskräften besonders - das darf ich nochmals sagen - im Industriebereich wegrationalisieren. Das darf ich ohne weiteres in diesem Zusammenhang sagen. Diese Entwicklung geht eben, das ist meine Meinung, so schnell vor sich, daß die damit verbundenen strukturellen Veränderungen nicht Schritt halten können. Diese strukturellen Veränderungen, die dazu notwendig sind, um die Leute in andere Berufe einzugliedern, in andere Bereiche der Wirtschaft einzugliedern. Diese strukturellen Veränderungen bedürfen eines längeren Zeitraumes. Deswegen sind wir derzeit besonders in Steyr, wo die Industrie so dominierend ist, in dieser schwierigen Situation und wir werden künftighin einfach alles tun müssen, um diese strukturellen Veränderungen, notwendigen Veränderungen, zu forcieren und rascher durchzuführen.

Der Abgang im heurigen Jahr von mehr als 32 Millionen Schilling oder ca. 5 Prozent des ordentlichen Haushaltes bedeutet, daß die finanzielle Lage wirklich eine sehr ernste ist. Es kann uns kein Trost sein, daß dieser Umstand nicht nur unsere Gemeinde trifft, sondern auch in vielen anderen Kommunen festzustellen ist. Die Aufgabenstellung - das wurde heute auch bereits mehrmals angeführt - in den Gemeinden wird immer größer. Wenn sich diese Schere - auch davon wurde heute schon sehr oft gesprochen - nicht weiter öffnen soll, müssen wir Maßnahmen finden, zusätzliche Einnahmen zu bekommen, aber auch - darauf werde ich dann noch ganz kurz zurückkommen - selbstverständlich bei den Ausgaben ebenfalls Einsparungen vornehmen müssen. Diese zusätzlichen Einnahmen können nicht nur durch Erhöhungen von Tarifen und Gemeindesteuern vorgenommen werden. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist das ein besonderes Problem, Regulierungen von Tarifen und Gebühren und Steuern vorzunehmen, sondern dieser Umstand bei den Einnahmenerhöhungen muß auch - das darf ich hier ganz deutlich sagen und wir fordern das schon sehr lange - bei der Gestaltung des Finanzausgleiches zwischen Bund, Land und Gemeinden seinen Niederschlag finden. Ich glaube, daß wir in dieser Richtung und wir haben uns immer wieder bemüht, unseren Vertre-

tungskörpern - ich meine hier den Städtebund, den Gemeindebund - entsprechende Aufträge zu geben, damit sie diesem unserem Verlangen mit entsprechenden Nachdruck nachkommen. Auch unsere Abgeordneten, egal von welcher Partei, werden diese Aufträge zu erfüllen haben. Es wird notwendig sein der Wegfall und hier darf ich das auch sagen, oder zumindest eine sehr wesentliche Reduzierung der Landesumlage beispielsweise, wäre ebenfalls eine sehr wertvolle Hilfe. Es wurde ja im vergangenen Jahr ein kleiner Schritt in dieser Richtung gemacht und es wäre durchaus denkbar und wir werden das immer wieder fordern, daß das Land auf einen Teil dieser Einnahmen zugunsten der Gemeinden, der wirklich betroffenen Gemeinden, verzichtet. Ich habe kürzlich eine Vorsprache bei Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Grüner gehabt, bei unserem Gemeindereferenten, und habe auf diese Problematik hingewiesen. Wir haben auch eine Besprechung vor wenigen Wochen in Wels abgeführt, bei dem die Bürgermeister der 3 Statutarstädte anwesend waren. Hier wurde ebenfalls gemeinsam diese Forderung neuerlich erhoben. Wir haben auch vor und der Termin steht fest, am 21. Dezember bei Herrn Landeshauptmann Dr. Ratzenböck vorzusprechen. Das wird präsidial geschehen. Auch dort wird diese unsere Forderung sicherlich ein Teil des Gespräches und unserer Forderung sein. Wir wollen aber auch bei diesen Gesprächen auf die wirklich kritische Situation in unserer Stadt hinweisen und ersuchen um entsprechende Unterstützung seitens des Landes. Ich kann mir auch vorstellen, - das wird auch notwendig sein - daß das Land aber auch der Bund Hilfestellungen im wirtschaftlichen Bereich in der Form geben, daß Aufträge im besonderen der Bauwirtschaft wiederum nach Steyr kommen. Unsere Forderung nach Errichtung der Nordspange, die wir schon seit Jahren erheben, wird an den Bund herangetragen. Ich habe im Gespräch mit Bundeskanzler Vranitzky nicht nur mündlich sondern auch schriftlich das deponiert. Wir haben etliche Resolutionen im Gemeinderat in dieser Richtung gefaßt und wir werden das weiter betreiben. Es freut uns, daß es gelungen ist, - das zeichnet sich so ab - den Ausbau der HTL so weit sicherzustellen, daß voraussichtlich im nächsten Jahr damit begonnen wird. Das ist ein Bauauftrag, der doch mehr als 100 Millionen Schilling hat, der die Bauwirtschaft in unserem Raum sicherlich wieder beleben wird. Solche Dinge kann ich mir vorstellen. Langfristig ist natürlich unsere Forderung nach einer Verbesserung der Straßen- und selbstverständlich auch der Bahnverbindung, wir alle stehen ja dazu, sehr wichtig, damit auch die verkehrsmäßige Verbesserung der Aufschliebung dazu beiträgt, daß sich die Betriebe in einer besseren Verkehrssituation befinden, wenn sie bereit sind, sich in unserem Raum anzusiedeln.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch darauf hinweisen, daß Bürgernähe kein Schlagwort sein soll, sondern dieser Begriff ist der Ausdruck der demokratischen Entwicklung. Wir wollen dieser Aufgabe im Interesse aller auch weiterhin nachkommen und sie ausbauen. Dazu bedarf es aber entsprechender Apparate, um die notwendigen Servicedienste auch tatsächlich leisten zu können. Dies erfordert natürlich auch die notwendigen finanziellen Mittel. In diesem Zusammenhang möchte ich mich sehr herzlich bei den Mitarbeitern hier im Hause, die in diesem Bereich tätig sind, bedanken. Aber ich möchte mich auch bei den Mitarbeitern z. B. des Roten Kreuzes und der freiwilligen Feuerwehr bedanken, denn auch diese Einrichtungen sind letztlich in diesem Bereich anzusiedeln. Sie leisten viele unzählige freiwillige Arbeitsstunden für unsere Mitbürger. Damit das weiter funktionieren kann, haben wir das im Budget 1988 vorgesehen.

Meine Damen und Herren, in einer Zeit, in der im besonderen im industriellen Bereich große Probleme auftreten, wäre es sinnvoll, wenn die öffentliche Hand in erhöhtem Maß durch Aufträge an die Wirtschaft eine belebende Funktion ausüben könnte. Dieser Funktion und Aufgabenstellung sind wir in den vergangenen Jahren immer nachgekommen. Wir werden das auch im heurigen Budget tun. Es ist also für den Straßenbau, für den Kanalbau und auch für einige Hochbauten einiges in dieser Richtung vorgesehen. Allerdings wäre es notwendig, aber wir sind hier



sehr eingeengt durch die Beschränkung, die wir haben, daß wir in diesem Bereich mehr tun sollten, mehr tun müßten. Die strukturelle Veränderung in der Bevölkerung - ich meine damit im besonderen die Altersstruktur - hat zur Folge, daß die Ausweitungen im sozialen Bereich nicht zu vermeiden sind. Die Zahl der Pflegefälle und damit verbunden die Ausweitung der sozialen Dienste wird uns weiterhin besonders beschäftigen. Wir können, meine Damen und Herren des Gemeinderates, auf diese Gruppen unserer Gesellschaft nicht vergessen und müssen alles tun, um die soziale Sicherheit und das vorhandene soziale Netz weiterhin zu gewährleisten und weiterhin auszubauen.

Ich bin sehr froh darüber - Kollege Eichhübl hat angeführt, in welchem Zusammenhang haben wir mit unseren Vorsprachen schon einmal Erfolg gehabt - daß es gelungen ist, das ist ein Beispiel dafür, daß das gemeinsame Bemühen der Gemeinden und des Landes, Erfolg hatte und es gelungen ist, den geplanten Wegfall der Hilflosenzulage in den Altersheimen für Pflegefälle zu vermeiden. Das hätte für uns bedeutet, das habe ich das letzte Mal schon angeführt, daß wir einen weiteren Einnahmenverlust von rund 6 - 7 Millionen Schilling zu verzeichnen gehabt hätten.

Die Belebung der Wirtschaft in unserem Raum ist eine sehr wichtige Voraussetzung für eine Konsolidierung und einen Aufschwung. Ich begrüße die Aktivierung der Förderung in unserer Region durch die entsprechenden Verträge zwischen Bund und Land. Leider ist die ursprüngliche Betriebsförderung seinerzeit unterbrochen worden und wir haben dadurch, das glaube ich, sehr wertvolle Zeit verloren. Wir haben immer wieder seitens der Gemeinde darauf hingewiesen, daß diese Förderung ursprünglich von 1984 beginnend fortgesetzt wird. Sie wurde dann aber unterbrochen und hat erst im heurigen Jahr wieder eingesetzt. Wir sind dankbar dafür, glauben aber, daß uns dadurch wirklich einiges verloren gegangen ist. Wir als Stadt müssen und werden uns weiter bemühen, um eine positive Entwicklung unserer Unternehmungen zu erreichen. Wir werden alles zu tun haben, um neue Betriebe anzusiedeln. Im Budget haben wir, das wurde heute schon gesagt, diesbezüglich Vorsorge getroffen. Beispielsweise die Förderung des Lehrwerkstättenbaues in den Steyr-Werken ist ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und ich darf versichern, daß wir auch weiterhin die Aktivitäten unserer Arbeitslosenselbsthilfe beispielsweise unterstützen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im heurigen Jahr ist unsere Stadt im Zeichen der Landesausstellung 1987 gestanden. Mehr als 385.000 Besucher - sicher ein Rekordergebnis - sind zu dieser Ausstellung gekommen und die meisten von ihnen haben dabei unserer Stadt einen Besuch abgestattet. Es hat fast nur positive Äußerungen über diese Besuche gegeben und immer wieder wurde zum Ausdruck gebracht, besonders von jenen, die zum ersten Mal in unserer Stadt waren, wie schön unsere Stadt ist. Diese Erfahrungen müssen uns veranlassen, diesem Kapitel ein besonderes Augenmerk zu schenken und die Aktivitäten auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs zu verstärken. Wir haben auch eine geringfügige Steigerung der Förderung hier im Budget vorgesehen und hoffen, daß die bevorstehende personelle Veränderung auch das ihre dazu beiträgt, daß hier Änderungen zum Positiven sich ergeben.

Meine Damen und Herren, neben all diesen Bemühungen, die ich nur beispielsweise angeführt habe, müssen wir in allen Bereichen bei unseren Ausgaben sparsamst vorgehen. Im besonderen denke ich hier an die freiwilligen Leistungen, zu denen wir keinerlei gesetzliche Verpflichtung haben. Wir werden die finanzielle Entwicklung laufend sehr genau beobachten müssen und unter Umständen auch kurzfristig entsprechende Maßnahmen veranlassen. Es ist selbstverständlich, daß wir die notwendigen Sparmaßnahmen in erster Linie dort einsetzen, wo sich uns die entsprechenden Möglichkeiten bieten. Es wird notwendig sein, in Zukunft mehr als bisher eine restriktivere Personalpolitik zu betreiben. Es soll versucht werden, durch Organisationsänderungen Personaleinsparungen zu erzielen.

In jedem einzelnen Fall ist zu prüfen, ob durch Pensionierung oder sonstige

Abgänge freiwerdende Dienstposten neu besetzt werden müssen. Das ist natürlich ein schmerzlicher Eingriff gerade in einer Zeit, in der es viele Menschen gibt, die Arbeit suchen. Auch wir als Magistrat Steyr, als Gemeinde Steyr, sind ja ein nicht unerheblicher Arbeitgeber in unserem Bereich. Wir werden es uns aber nicht leisten können, daß es hier Tabus gibt. Für mich gibt es Tabus im sozialen Bereich, auch im sozialen Bereich der Bediensteten. Das ist selbstverständlich. Ich könnte mir aber vorstellen, daß im besonderen im Verwaltungsbereich durch Organisationsveränderung, wie schon kurz angeführt, es möglich sein müßte, den einen oder anderen Ausscheidenden nicht mehr zur Gänze zu ersetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gäbe das eine oder andere noch zu sagen zu den gemachten Fraktionserklärungen. Ich möchte aber abschließend alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen ersuchen mitzuhelfen, diese sicher schwierige Zeit zu überwinden. In der jüngeren Geschichte in unserer Stadt hat es schon mehrmals kritischere Situationen gegeben, als dies derzeit der Fall ist. Im gemeinsamen Bemühen sind aber auch damals alle diese Probleme letztlich gelöst und überwunden worden. Ich bin sicher, daß in unserer Stadt die derzeit notwendigen gemeinsamen Anstrengungen auch wieder zum Erfolg führen und daß es auch in Steyr wieder aufwärts geht. Wir müssen es nur alle wollen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich danke für die Wortmeldung und gebe den Vorsitz wieder zurück.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Kollege Spöck ist der Nächste.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich möchte mich auch in meinem heurigen Beitrag zum Budget 1988 wiederum mit ein paar meines Erachtens wichtigen Problemen befassen, die insbesondere die Familie betreffen.

Gleich zu Beginn möchte ich auf die Wohnungsprobleme hinweisen. Gestatten Sie mir dazu, daß ich zunächst aus meiner vorjährigen Budgetrede zitiere. Ich habe damals unter anderem gesagt: Wohnen sollte man sich leisten können, erschwingliche Wohnungen, die noch dazu familiengerecht sind, brauchen wir. Durch Reduzierung der Wohnfläche und mehr Einzelräume gehen wir schon diesen Weg. Neubau alleine ist auf Sicht gesehen sicher keine zufriedenstellende Lösung des Wohnungsproblems, sondern wir müssen vor allen Dingen auch öffentliche Mittel in die Sanierung des Althausbestandes setzen. Daneben sollte man aber auch nicht den Bau von Eigentumswohnungen vergessen. Es sollte sich jeder die Wohnung beschaffen können, die ihm zumutbar ist. Preisgünstige Grundstücke zur Förderung des Eigenheimbaues sollten zur Verfügung gestellt werden. Da diese Aussagen, werte Kolleginnen und Kollegen, immer noch ihre Berechtigung und Gültigkeit haben, möchte ich sie auch bei der heutigen Budgetsitzung unterstreichen.

Ich habe damals ebenso die Wohnungsvergabe kritisiert und gesagt, daß das Parteibuch endlich seine Bedeutung als Fahrkarte für öffentliche Leistungen verlieren sollte. Um eine möglichst faire Lösung zu finden, werden wir sicher nicht umhin können, Entscheidungsgrundsätze zur Wohnungsvergabe nach einem durchschaubaren Punktesystem, worin Wartezeit, familiäre Verhältnisse, derzeitige Wohnverhältnisse usw. bewertet werden, zu erarbeiten. Heute, werte Kolleginnen und Kollegen, kommen wir von der ÖVP-Fraktion nicht mit leeren Händen. Wir haben in monatelanger Arbeit versucht, Richtlinien nach einem Punktesystem für eine objektive Vergabe von Gemeindewohnungen, Wohnungen der GWG der Stadt Steyr und Wohnungen anderer Wohnbauträger, für die der Stadt Steyr ein Einweisungs- bzw. Vorschlagsrecht zusteht, zu erarbeiten. Daß das nicht so leicht ist, haben wir - gemeint ist damit unsere Wohnungsfraktion, unter Führung von Kollegen Wallner, der leider heute durch seine Funktion als Christkindl-Postamtsvorstand verhindert ist - bei der versuchsweisen praktischen Umsetzung unseres Konzeptes gemerkt. Viele Stunden haben wir für die Versuche gebraucht, um eine gerechte Punktevergabe, unter Berücksichtigung insbesondere der sozialen Komponente, zu erreichen. Ich bin sicher, mit diesem Modell ist es uns gelungen. Sollten diese Richtlinien in Zukunft in Steyr bei der Wohnungsvergabe Anwendung finden, kann es uns in Steyr nicht passieren, wie wir z. B. in der Argumentesendung am 2. 12. von den Praktiken der Wohnungsvergabe in Wolfsberg, Kärnten, gehört und gesehen haben, wo eine vierköpfige Familie in einer 30 m<sup>2</sup> kleinen, feuchten Wohnung haust und seit 3 Jahren vergebens auf eine größere wartet, ja sogar trotz Bemühungen der Argumente-Redaktion unter der Führung von Walter Schijok keine größere Wohnung bekommt. Die Gesundheitsschädigung der Wohnung hat sich noch dazu beim Kleinkind durch Atemnot bemerkbar gemacht. Trotzdem hat am Tag der Ausstrahlung der Argumentesendung eine Wohnungsvergabe stattgefunden, eine freie 80 m<sup>2</sup> große Wohnung einer bekommen, der keine Wohnungsnot hat, ja sogar ein Haus besitzt. Solch ein Wolfsberg-Fall kommt sicherlich auch in den übrigen Städten und Gemeinden Österreichs vor, die keine Richtlinien zu einer objektiven Wohnungsvergabe erarbeitet haben. Natürlich kann das auch in Steyr vorkommen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, darf ich Dir daher im Namen der ÖVP-Gemeinderatsfraktion folgenden Antrag übergeben:

Gemeinderat Wilhelm Spöck, ÖVP-Gemeinderatsfraktion, Steyr, 10. 12. 1987. Herrn Bürgermeister Heinrich Schwarz, Rathaus, 4400 Steyr.



Betreff: Antrag gemäß § 11 Abs. 1 Stadtstatut in Entsprechung des § 5 Abs. 1 lit. c der Geschäftsordnung.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Zur Ermöglichung einer objektiven Wohnungsvergabe erlaube ich mir, Ihnen beiliegend die von der ÖVP-Fraktion erarbeiteten Richtlinien zur objektiven Wohnungsvergabe vorzulegen. (BEILAGE)

Ich ersuche Sie, diesen Antrag in geschäftsordnungsmäßige Behandlung zu nehmen.

Das haben auch die Fraktionskollegen unterschrieben.

Die Kollegin Wieser wird auch den anderen Fraktionen ein Exemplar überreichen bzw. auch der Presse.

Werte Kolleginnen und Kollegen, auch die Forderung des Vorranges des Massenverkehrsmittels gegenüber unserer geheiligten Kuh Auto ist noch immer dick und kräftig zu unterstreichen und aufrecht zu erhalten. Leider hat unsere Forderung zur Einführung eines Familientarifes zur Anziehungskraftstärkung und damit natürlich auch zu einer größeren Kostendeckung bei den Herren Direktoren der Stadtwerke noch immer kein Gehör gefunden. Ich erneuere daher die Forderung der Einführung eines Familientarifes wie beim Bahn- und Postautodienst. Als Ausweis könnte der Familienausweis der ÖBB dienen. Auch auf die City-Linie im innerstädtischen Bereich und die gleichzeitig bessere Bedienung des Stadtteiles Steyrdorf darf nicht vergessen werden. Auch möchte ich auf eine Anregung, die Kollege Holub anlässlich eines Gespräches mit den Herren der Betriebsleitung der Verkehrsbetriebe am 24. April 1987 gemacht hat, zurückgreifen, und zwar die Verlegung bzw. Änderung der Bushaltestelle und der Fahrtroute im Resthof. Die Problematik im Bereich Resthof wäre demnach so zu lösen, daß die hoffentlich in absehbarer Zeit zu verampelnde Kreuzung Ennser Straße/Siemensstraße für die Ausfahrt der Autobusse Verwendung findet, da hiedurch ein geregeltes Ausfahren vor allem für die Linksabbiegenden der Linie Resthof-Krankenhaus ermöglicht wird. Desweiteren müßte die Haltestelle in den Nahbereich des Sparkassenplatzes wegen der dort etablierten infrastrukturellen Einrichtungen, Geschäftslokale, Kindergarten, Pfarrzentrum, die ein Kommunikationszentrum für Fußgeher darstellt, verlegt werden. Gleichzeitig müßte die Resthofstraße bis zur Infangstraße für den Bus ausgebaut werden und nächst dem Werksgelände der Fa. Sommerhuber eine neue Haltestelle errichtet werden. Die Linie Gleink-Wieserfeldplatz würde sodann stadtauswärts über die Infangstraße, den Resthof und der verampelten Kreuzung Siemensstraße-Ennser Straße führen. Die Linie Resthof-Krankenhaus könnte sodann bei dieser geregelten Kreuzung bequem und gefahrlos in den Bundesstraßenbereich einmünden.

Sicherlich würde die Verampelung den einen oder anderen Mieter im Resthof unter Umständen auch Nachteile bringen, aber unter Berücksichtigung des Aspektes der Sicherheit der Schüler, Fußgeher und Radfahrer, die gefahrlos den Radweg nach Gleink benützen wollen, ist sie zu fordern.

Mit sehr wenig Mittel, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, könnte man auch den derzeit fast nicht mehr vorhandenen Weg vom Resthof entlang der Hangkrone Lauberleite in das Brunnenschutzgebiet herstellen. Keine Pflasterung, kein Asphalt, nur ein bißchen Graben würden unter Umständen schon genügen, um den Kinderwagen oder Fahrrädern eine Möglichkeit zu geben. Von den Ennskraftwerken bis zum Resthof entlang der Hangkrone ist dieser Weg schon mit einfachen Mitteln instandgesetzt worden.

Auf der Infangstraße ist es leider derzeit fast noch immer unmöglich, in das Brunnenschutzgebiet mit einem Kinderwagen zu gelangen. Ich habe mich davon überzeugen können, ich war vor ein paar Tagen wieder mit meiner Familie mit dem Kinderwagen unterwegs, das geht nicht.

Abschließend, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, mir ist sicher auch die sehr schlechte Finanzlage, die fast katastrophale Finanzlage unserer Heimatstadt mit einer Pro-Kopf-Verschuldung, wie wir heute gehört haben, von

S 14.531,- bewußt, glaube aber, so lange wir Geld in unnötige Förderungen hineinstecken - ich darf wieder an die S 500.000,- erinnern, z. B. für die Asphaltbahnen im Resthof - müßten auch meine Vorstellungen zum Wohle der Familie finanzierbar sein.

Vielleicht noch ein paar Worte zum Kindergartentarif, der von Dir, sehr geschätzter Herr Vizebürgermeister, angesprochen worden ist. Natürlich wäre es auch mir lieber, wenn das Land sich mehr beteiligen würde. Wir können, ja wir müssen sogar, dies vom Land fordern. Als sofortige Entlastung der Familie wäre aber ein Vorschlag von meiner Seite die Einführung eines Schnuppertarifes für Kurzaufenthalte im Kindergarten. Dieser Schnuppertarif würde besonders die Anfänger betreffen, die meistens nur halbtags gehen und voll bezahlen, also die meisten die S 570,- inklusive der Milch. Finanzierung wie gesagt, Kürzung von nicht ganz berechtigten Förderungen - Asphaltbahnen habe ich schon erwähnt, ich erinnere auch noch an die Tennisplätze im Wehrgraben.  
Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Spöck für seinen Beitrag und seinen Antrag, der den ordnungsgemäßen Geschäftsgang nehmen wird. Er wird zur Beratung in den zuständigen Gremien zugewiesen und in der Folge dann im Gemeinderat zur Behandlung kommen. Nächste ist Frau Kollegin Ehrenhuber.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!  
Kollege Vizebürgermeister Holub hat heute den Umbau des Zentralaltersheimes bereits angesprochen. Dazu darf ich feststellen, daß wir diesen Umbau mit dem Ziel durchführen, vor allem eine Verbesserung der Unterbringungsmöglichkeiten im sogenannten Nordtrakt, dem Verbindungstrakt, zu erreichen, wo wir derzeit noch unsere Pfleglinge in Fünf- und Sechsbettzimmern untergebracht haben. Unser Ziel ist es, hier Dreibettzimmer als Obergrenze zu erreichen. Mit diesem Umbau werden wir dieses Ziel erreichen. Um die entsprechende Auflockerung zu ermöglichen, war es natürlich auch notwendig, in den Personalspeiseräumen Krankenzimmer zu installieren. Ich hoffe, es wird möglich sein, noch vor den Weihnachtsfeiertagen diese Zimmer zu belegen, womit sicherlich für eine Anzahl unserer Heimbewohner eine Verbesserung der Unterbringungsmöglichkeit verbunden ist. Es ist bereits angesprochen worden und ist uns nicht unbekannt, daß der Anteil der älteren Menschen ständig zunimmt. So weist die Statistik von 1981 auf, daß wir in Steyr im Jahre 1981 2.385 Personen mit über 75 Lebensjahren aufwiesen. 1990 wird diese Zahl bereits auf 2.685 ansteigen und im Jahr 2000 auf 3.064. Damit verbunden ist natürlich eine vermehrte medizinische Betreuung und auch ein vermehrter Bedarf an Pflegebetten in Alten- und Pflegeheimen. Laut Statistik werden etwa 10 Prozent aller 75jährigen einer Betreuung in einem Pflege- bzw. Altenheim bedürfen. Daher wird sicherlich in Zukunft ein weiterer Ausbau bzw. ein Neubau der Pflegeabteilung unausbleiblich sein. Ich glaube, es sind auch nicht die Kosten für den Neubau oder Umbau, die uns schrecken, sondern die damit verbundenen Folgekosten. Wir alle wissen ja, daß die Betreuung unserer älteren Mitbürger eine intensive ist und damit ein entsprechender Personalmehrbedarf verbunden ist. Es wurden heute bereits die Personalkosten angesprochen, die damit natürlich wiederum entsprechend steigen werden. Ich darf daher auch die Forderung unseres Finanzreferenten unterstützen, daß hier eine Kostenbeteiligung, sei es von den Sozialversicherungsträgern von Bund oder Land, unbedingt erforderlich ist. Ich glaube, es ist nicht möglich, die steigenden Aufgaben auf diesem Gebiet nur den Städten bzw. Gemeinden aufzulasten.  
Ich darf auch sagen, daß es mein Ziel ist, Verbesserungen im Pflegeablauf zu erreichen. Ich bin mit Dr. Nones bemüht, hier durch entsprechende Änderungen das Wohlbefinden aller Heimbewohner, egal und unabhängig von der finanziellen



Situation des Einzelnen, zu steigern. Sicherlich sind zeitliche Verschiebungen im Ablauf, sei es bei der Essensausgabe usw., nur möglich mit entsprechenden Absprachen mit den betroffenen Abteilungen, mit den betroffenen Bediensteten und auch im Einklang mit der Personalvertretung. Ich glaube auch, daß es sicherlich möglich sein wird, in nächster Zeit Verbesserungen zu erreichen. Wenn wir bisher unser Ziel noch nicht so weit haben, darf ich Sie um Verständnis bitten. Allein der derzeit im Gang befindliche Umbau bringt eben eine Mehrbelastung sowohl für das Personal als auch für die Heimbewohner. Es würde daher zum derzeitigen Zeitpunkt sicherlich nicht richtig sein, hier noch zusätzliche Belastungen den Heimbewohnern und auch dem Personal aufzubürden.

Ich darf aber auch hier sagen, daß wir derzeit ein neues Verfahren, das sogenannte "Rentex-Inkontinenz-Verfahren" in Erprobung haben und es sich jetzt bereits zeigt, daß es große Vorteile vor allem für unsere bettlägerigen Heimbewohner bringt. Es handelt sich hier vor allem um sogenannte Spezialeinlagen mit besonderer Saugfähigkeit. Diese geben den Patienten das Gefühl und das ist auch so, daß sie sozusagen im Trockenen liegen. Wir haben auch hinsichtlich der Heilung von Wunden usw. auch schon sehr große Erfolge damit erzielt.

Dazu kommt auch noch, daß dieses Verfahren fast überhaupt keine Geruchsbelästigung bringt und daher auch vom hygienischen Standpunkt sehr zu empfehlen ist. Zu den angesprochenen Zivildienern darf ich vielleicht kurz sagen, soweit mir bekannt ist, werden Zivildienere kostenlos nur für caritative Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Dazu kommt, daß natürlich Zivildienere keinerlei Ausbildung in pflegerischer Hinsicht haben und dadurch auch nur bedingt einsatzfähig sind. Es bringt daher einerseits für uns als Gemeinde keine Kostenersparnis, sondern würde zusätzliche Kosten verursachen. Ich glaube auch, aufgrund der kurzen Zeit, die die Zivildienere im Einsatz sind, ist es auch problematisch. Ich weiß, daß gerade ältere Menschen doch längere Zeit brauchen, bis eine gewisse Vertrauensbasis geschaffen ist. Durch den kurzfristigen Personalwechsel, der sich hier immer wieder ergeben würde, ist es doch ein wenig problematisch und brächte bestimmt nicht den Erfolg, den wir uns alle mitsammen erwarten würden.

Ich darf sagen, daß wir alle bemüht sind, Verbesserungen für unsere älteren Mitbürger zu erreichen. Ich darf Sie alle um Ihre Unterstützung bitten, um unseren älteren Mitbürgern, die es sich wirklich verdienen, die Möglichkeit zu geben, ihren Lebensabend in einer schönen Umgebung zu verbringen.

Ich danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke schön. Kollege Hochrath ist der Nächste.

GEMEINDERAT KARL HOCHRATHER:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte mich, so wie schon in den vergangenen Jahren, auch heuer wieder mit dem Kapitel Straßenbau und Verkehr beschäftigen. Rund 4 Millionen Schilling sind im ordentlichen Haushalt für die Instandhaltung unserer Gemeindestraßen vorgesehen, das sind um 5,5 Millionen Schilling weniger als laut Rechnungsabschluß 1986 für diese Maßnahmen aufgewendet wurden. Auch im außerordentlichen Haushalt wurde beim Kapitel Straßen- und Wegebau der Sparstift angesetzt. Wurden 1986 noch 29 Millionen Schilling hierfür ausgegeben, so sollen es 1988 laut Voranschlag nur mehr rund 20 Millionen Schilling sein. Dazu ist anzuführen, daß eine Reihe größerer und vor allem ausgabenwirksamerer Straßenbauvorhaben bereits fertiggestellt wurden, die 1988 dem Ende zugehen. Z. B. die Straßen- und Brückenbaumaßnahmen im Wehrgraben, die Regulierung der Steiner Straße, Ausbau der Kammermayr- und Arbeiterstraße, der Lehar- und Konradstraße, um nur einige zu nennen. Ich finde es daher auch verständlich, daß bei der wirklich drückenden Budgetknappheit in fast allen Bereichen und allen Kapiteln versucht wurde, Einsparungen am Ausgabensektor zu erzielen. So sind wir auch gerne bereit, die Wichtigkeit ein-



zelner Straßenbauten, die von uns für den Voranschlag 1988 gefordert wurden, im Hinblick auf die herrschende Budgetsituation neu zu überdenken und dementsprechend zu reihen. Enttäuschend für mich ist aber die Tatsache, daß kaum einer der Vorschläge der ÖVP-Fraktion im Voranschlag 1988 Berücksichtigung gefunden hat, sondern beinahe alle dem Sparstift zum Opfer gefallen sind. Dabei haben wir wirklich in unseren Vorschlägen nicht wahllos Straßen angeführt, die wir als ÖVP ausgebaut haben möchten, sondern es handelt sich ausschließlich um Verbesserungen, die von der in diesen Bereichenden wohnenden Bevölkerung gewünscht und an uns herangetragen wurden.

Keine Angst, ich werde jetzt nicht alle von uns geforderten Ausbauten wiederholen und im einzelnen begründen, sondern nur die mir wirklich wichtig erscheinenden herausgreifen, damit sie nicht in Vergessenheit geraten. Auch ich bin, so wie Kollege Spöck, der Meinung, daß die Erschließung des Brunnenschutzgebietes durch Radwanderwege sinnvoll wäre. Genau so wie Kollege Spöck bin ich der Meinung, daß wir dazu nicht einen asphaltierten Weg, sondern nur einen begehbar gemachten Pfad, und zwar in Richtung Stanning benötigen.

Durch die Errichtung des BMW-Motorenwerkes hat der Verkehr an der Haager Straße zugenommen. Nicht nur, daß dadurch im Bereich des Plenkelberges für die Fußgänger eine Lösung gefunden werden muß, ist auch die Lärmbelästigung für die Bewohner in der Umgebung der in diesem Straßenzug liegenden Häuser angewachsen. Eine Bepflanzung des Hanges entlang der Haager Straße mit schnell wachsenden Bäumen würde hier sicher Abhilfe schaffen. Wie Kollege Spöck bin ich der Meinung, daß die von uns oft geforderte Verampelung der Kreuzung Siemensstraße-Ennser Straße eine erhebliche Erleichterung für den Fußgänger-, Fahrzeug-, aber insbesondere auch für den Fahrradverkehr bringen würde. Wenn ich nur an den neu errichteten Radweg entlang der Ennser Straße denke, der vom Resthof wirklich nur durch gefährvolles Überqueren der Ennser Straße erreicht werden kann.

Jahrelange ÖVP-Forderungen sind auch die Umgestaltung des Ulricher- und des Ennser Knotens. Sollte unsere Mülldeponie für eine überregionale Benützung freigegeben werden, so müßte zweifellos auch die Zufahrt zur Deponie ausgebaut werden, wobei auf eine endgültige Trasse der Nordspange sicher Bedacht zu nehmen sein wird. Wenn Straßenbauten, bei denen ein als berechtigt zu bezeichnendes privates Interesse vorherrscht, wie z. B. bei der Verlegung der Kegelprielstraße, beim Bauernhaus Staffelmayer oder die Verlegung der Feldstraße beim Bauernhaus Heismayer, aufgeschoben werden, so ist das bei der vorherrschenden Budgetsituation einzusehen, die Bauvorhaben sollten aber nicht gänzlich in Vergessenheit geraten.

Dies waren jetzt in aller Kürze nur einige Straßenbauvorhaben aus den Vorstellungen der ÖVP zum Voranschlag 1988, die meiner Meinung nach trotz allem Sparwillens einer Verwirklichung bedürfen. Einer Verwirklichung, weil es keine Forderungen nach einem Ausbau von Straßen zu Rennstrecken für den Fahrzeugverkehr sind, sondern vorwiegend eine Entschärfung von gefährlichen Straßenstellen und Kreuzungen, insbesondere aber auch für den Fußgänger-, aber auch für den Radfahrer darstellen. Oder weil dadurch ein neues Ausflugs- oder Erholungsgebiet für den Radfahrer und Fußgänger erschlossen werden könnte.

Zum Schluß meines Beitrages möchte ich noch einen Punkt ansprechen, bei dem es nicht um finanzielle Aufwendungen geht, sondern es handelt sich hier um eine Einrichtung, in der alle zu treffenden Verkehrsmaßnahmen behandelt werden sollten, nämlich im gemeinderätlichen Verkehrsausschuß. Soll in Steyr eine Halteverbots- oder Kurzparkzone um einen Parkplatz verkürzt oder verlängert werden, oder will jemand eine Ausnahme von einem Parkverbot, so wird damit der gemeinderätliche Verkehrsausschuß befaßt. Werden jedoch gravierende Verkehrsmaßnahmen verfügt, so werden diese Verfügungen alleine und über die Köpfe aller Verkehrsausschußmitglieder hinweg vom Obmann des Verkehrsausschusses getroffen oder mit Bürgermeisterverfügung angeordnet, ohne daß der Verkehrsausschuß vorher damit

befahßt worden wäre. Wenn ich nur daran denke, daß auf diese Art für die gesamte Christkindlsiedlung ein allgemeines Fahrverbot, ausgenommen Anrainer, erlassen wurde, oder erst vor wenigen Wochen die Sperre des gesamten Stadtplatzes für den Fahrzeugverkehr angeordnet wurde. Das allgemeine Fahrverbot in der Christkindlsiedlung wurde dem Verkehrsausschuß erst nachträglich mitgeteilt. Von der Sperre des Stadtplatzes an den vier Einkaufssamstagen hat der Verkehrsausschuß bis dato offiziell überhaupt keine Kenntnis.

Wozu dann überhaupt einen Verkehrsausschuß, wenn vom Bürgermeister oder vom Obmann des Verkehrsausschusses allein über den Verkehrsfluß in unserer Stadt entschieden wird. Zum Verordnen von Halte- und Parkverboten bin ich der Meinung, brauchen wir keinen aus etwa 20 Mitgliedern bestehenden Verkehrsausschuß. Ich würde derartige Anordnungen von Verkehrsmaßnahmen einsehen, wenn sie wegen Gefahr im Verzug getroffen werden müssen.

Ich will daher in aller Deutlichkeit die Sinnhaftigkeit des gemeinderätlichen Verkehrsausschusses in der derzeitigen Form in Frage stellen. Mir und allen anderen Mitgliedern des Verkehrsausschusses möchte ich wünschen, daß solch einschneidende Maßnahmen und Anordnungen zuvor im Verkehrsausschuß behandelt und beschlossen werden, und zwar bevor sie einer Verwirklichung zugeführt werden. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Zur Aufklärung betreffend Christkindlsiedlung. Über den Stadtplatz weiß ja jeder Bescheid, wie das gegangen ist. Bei der Christkindlsiedlung war die Situation so, daß diese Anordnung aufgrund einer Besprechung mit den Bewohnern der Christkindlsiedlung und deren Wunsch getroffen wurde. Die Besprechung war damals im Stadtsaal und das war die Ursache.

Kollege Pimsl dazu.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Meine Herren Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

So wie es hier geschildert wurde, scheint man offenbar den Boden des Sachlichen zu verlassen. Es wurde weder eine Verkehrsmaßnahme am Stadtplatz, sondern es wurde eine vorübergehende Verkehrsregelung getroffen und keine Verkehrsmaßnahme von dauerndem Zustand.

In Christkindl hat man zwar sehr wohl zur Kenntnis genommen und verlangt, daß durch Bürgermeisterverfügung einige Verkehrsmaßnahmen gesetzt wurden, man kritisiert aber nach etwa 1 1/2 Jahren eine Verkehrslösung in der Christkindlsiedlung, die im Interesse und über Wunsch der Bevölkerung getroffen wurde. Man sollte sich, Kollege Hochrath, etwas besser erkundigen. Ich schätze durchaus die Zusammenarbeit und die Mitarbeit, nur glaube ich, wir haben hier keine Wählerversammlung. Wir haben über sehr ernste Probleme zu reden und zu beschließen und sollten diese Aussagen eventuell einer späteren Zeit vorbehalten lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsl. Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Im Voranschlag 1988 der Stadt Steyr sind für wirtschaftsfördernde Maßnahmen nominell 12,9 Millionen Schilling veranschlagt. Bei genauerer Betrachtung dieser Beträge zeigt sich, daß wie in den vergangenen Jahren recht wenig für eine echte Wirtschaftsförderung, nur etwa 1,5 Millionen, übrig bleiben. Begrüßenswert ist der Ansatz von 7 Millionen Schilling zum Ankauf unbebauter Grundstücke. Die 2,5 Millionen Schilling, die in diesem Voranschlag enthalten sind, werden jedoch für laufende Zuschüsse an das BMW-Motorenwerk verwendet, die - wie ich bereits



im Vorjahr erwähnt habe - richtigerweise im ordentlichen Haushalt ausgewiesen werden sollten, da sie ja laufende Zahlungen darstellen. 1 Million Schilling ist wiederum für die Großlehrwerkstätte der Steyr-Werke angesetzt. 900.000 Schilling sind für Gewerbegründe am Tabor vorgesehen. Als echte Gewerbeförderung verbleiben 1, Million als Darlehen zur Investitionsförderung und 500.000 Schilling für die Kleingewerbeförderung. Insgesamt also 1,5 Millionen Schilling. Trotz der derzeit angespannten Finanzlage und gerade wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten wäre es aber doch notwendig, die Gewerbeförderung, wie von uns gefordert, um 2 Millionen zu erhöhen, um auch den Betrieben, die Investitionen tätigen, einen Anreiz zu geben und die dort vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern. Die Kaufkraft ist im letzten Jahr sehr stark zurückgegangen, weil der größte Betrieb unserer Stadt, die Steyr-Daimler-Puch AG, mit den bekannt großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Die Verunsicherung der dort noch Beschäftigten ist verständlicherweise sehr groß, so daß bei den Ausgaben, die nicht den Lebensunterhalt direkt betreffen, sehr kritisch überlegt bzw. gespart wird. Es wird daher unsere vordringliche Aufgabe sein, Voraussetzungen zu schaffen, um weitere neue Betriebe nach Steyr zu bekommen. Dazu wird es notwendig sein, vor allem entsprechende Gewerbegründe vorzusehen bzw. bereitzustellen. Da die freien Grundstücke in unserer Stadt schon sehr begrenzt sind, bieten sich praktisch nur die Reithoffergründe sowie die Gründe beim Gußwerk II an. Daher müßte vordringlich geklärt werden, was mit den Reithoffergründen geschehen soll. Ein mehrmals urgirtes Flächennutzungskonzept bzw. ein Flächenbebauungsplan sollte umgehend erstellt werden. Dem Vernehmen nach sollen entgegen den Intentionen der Gemeinde Grundstücke aus dem Reithofferareal bereits an einzelne Privatfirmen von den Steyr-Werken verkauft werden. Ursprünglich wollte die Stadt das gesamte Areal erwerben, um erstens einen tragbaren Preis zu erzielen und zweitens, um eine geordnete Verbauung bzw. Nutzung dieses Grundstückes durch Industrie- und Gewerbebetriebe sicherzustellen. Wenn der Verkauf an einzelne Interessenten so weitergeht, scheint der Einfluß der Stadt immer mehr zu schwinden. Sollte man zu der Überzeugung kommen, daß die Gründe beim Gußwerk II für Gewerbe Zwecke geeignet sind und für solche erworben werden können und die Reithoffergründe für Wohnzwecke gewidmet werden, so wäre jedenfalls eine rasche Entscheidung über die Nutzung beider Gründe notwendig. Sollten auf den Reithoffergründen tatsächlich Wohnungen gebaut werden, sollte sich die GWG um den Erwerb der Gründe bemühen. Die Stadt müßte sich jedenfalls dann um die Gründe beim Gußwerk II bemühen und diese sicherstellen bzw. kaufen.

Ich glaube, daß beide Gründe für unsere Stadt so wertvoll sind, daß sie unbedingt erworben werden sollten. Auf dem entsprechenden Gewerbegrund sollten Betriebsgründungszentren für neue Betriebe, insbesondere für Jungunternehmer, nach unserem bekannten Modell der Gewerbehöfe, Betriebsgebäude in Grundausrüstung, errichtet werden. Eine wesentliche Maßnahme zur Belebung des Stadtteiles Steyrdorf ist das von uns geforderte Entwicklungskonzept sowie die Anbindung der Frauenstiege über den Museumsteg mit dem Schloßleitenweg und damit mit dem Stadtzentrum. Das wurde ja heute schon erwähnt. Gerade in Steyrdorf aber auch in den anderen Stadtteilen sollte durch eine verstärkte Althausanierung sowohl im Privatbereich als auch bei den GWG-Bauten die Bauwirtschaft sowie das Bauneben-gewerbe beleben. Von den Baumaßnahmen im nächsten Jahr sollte besonders dem Umbau bzw. der Neugestaltung des Stadtplatzes besondere Bedeutung beigemessen werden. Es darf nicht mehr vorkommen, daß, wie jüngst erlebt, kurzfristig unter dem Titel Verkehrsmaßnahmen Verordnungen erlassen werden, die nicht ausreichend überlegt, nicht mit den Betroffenen besprochen und ohne ausreichende Begleitmaßnahmen gesetzt werden.

Seitens meiner Fraktion fordere ich eine rechtzeitige und breite Information der Bevölkerung, z. B. in einem Stadtteilgespräch, über geplante Maßnahmen, so daß Einwände und Vorschläge seitens der Bevölkerung in die Planung eingebunden werden



können und falls es notwendig sein sollte, würde sich sogar ein Architektenwettbewerb für die Stadtplatzgestaltung ergeben.

In diesem Zusammenhang wird es auch notwendig sein, wegen der Stadtplatzumgestaltung die Marktordnung neu zu überdenken und zu überarbeiten. Aber ich glaube nicht vom Verkehrsreferenten, sondern ich glaube vom erweiterten Präsidialplanungsausschuß, dem letztlich auch die Entscheidung über die Neugestaltung des Stadtplatzes vorbehalten bleiben muß. In Anlehnung an ein altes Sprichwort möchte ich hier meinen, Schuster bleib bei deinem Leisten, Pimsl bleib bei Deinem Kleister.

Zusammenfassend darf ich unsere Forderungen festhalten, Schaffung der Voraussetzung zur Ansiedlung neuer Betriebe, Sicherstellung des entsprechenden Grundes, Errichtung von Betriebsgründungszentren, verstärkte Althausanierung, speziell bei der GWG. Gemeinsame Planung bei der Umgestaltung des Stadtplatzes bei gleichzeitiger Schaffung zusätzlicher Parkplätze in Zentrumsnähe. Verbesserte Verkehrsanbindung und Erschließung der Straße zur Autobahn bzw. Anschluß an die Westbahn - das wurde heute auch bereits gefordert. Letztlich glaube ich, haben wir für unsere HTL einen neuen Lehrplan. Um den Anforderungen einer modernen Wirtschaft gerecht werden zu können, scheint uns die Führung eines Schulversuches Maschinenbau-Automatisierungstechnik an der HTL ein vordringliches Anliegen. Das Ziel dieser Ausbildung ist es, Fachleute der Automatisierung für den Strukturwandel der österreichischen Industrie heranzubilden, die von sich aus in der Lage sind, mit CAD und CAM-Systemen zur Koppelung von Konstruktionen und Programmierung von CNC-Maschinen zu arbeiten, zu entwerfen, zu bauen, zu installieren und zu warten oder flexible Fertigungssysteme zu planen. Im Rahmen der Automatisierungstechnik wird das Grundwissen aus Maschinenbau, Verfahrenstechnik und Feinwerktechnik, verbunden mit Elektrotechnik und Elektronik, wobei die Leittechnik eine besondere Gewichtung erfährt. Die Fachrichtung Automatisierungstechnik wird so ihren Absolventen ermöglichen, aktiv am Aufbau der Automatisierung in den österreichischen Betrieben teilzunehmen und dadurch mitzuhelfen, die Wirtschaft wettbewerbsfähig und in gewissen Bereichen der Spitzentechnik auch unabhängig zu erhalten. Laut einer Mitteilung des Landesschulrates gibt es seitens des Ministeriums wegen der dortigen Lehrplandiskussion eine etwas zögernde Haltung. Ich glaube daher, daß sich der gesamte Gemeinderat massiv für die Genehmigung dieses Schulversuches für das kommende Schuljahr einsetzen müßte, um unsere HTL als Schwerpunktschule im Bereich Maschinenbau und Kraftfahrzeugtechnik zu erhalten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Schloßgangl für seinen Beitrag. Kollege Klausberger ist der Nächste.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Sehr geehrte Herren Bürgemeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Die Situation des Landesschulrates wurde durch Kollegen Stadtrat Schloßgangl jetzt in seiner Wortmeldung erläutert. Ich habe einen anderen Beitrag, der am Rande ebenfalls den Landesschulrat betrifft und das Interesse des amtsführenden Präsidenten Eckmayr für unsere Stadt etwas intensivieren sollte. Eckmayr ist ein Parteifreund von unserem Stadtrat Schloßgangl.

Zum Budget ist sehr sehr viel über die schwierige Situation heute schon gesagt worden und sehr sehr viele Lösungsvorschläge sind gebracht worden. Unser Herr Bürgermeister hat dabei auch in einer sehr programmatischen Form zum Problemkreis der Bundesertragsanteile Stellung genommen und dabei die Forderung erhoben, daß unsere Stadt in Zukunft im Finanzausgleich besser wegkommen müsse. Dem muß sicher über alle Parteigrenzen hinweg unser gemeinsames Bemühen gelten. Ich glaube, manche meiner Vorredner haben sich auch in diesem Sinne geäußert.

Nun lese ich aber in der heutigen Tagespresse über die Budgettagung im Land Oberösterreich, daß ÖVP-Klubobmann Eckmayr, ich zitiere wörtlich "eine Attacke auf Linz und Steyr geritten hat"; die beim Finanzausgleich seiner Meinung nach ungleich besser wegstücken als andere wachstumsintensive Bezirke. Das heißt im Klartext, einer im Strukturwandel befindlichen Stadt mit all ihren damit verbundenen finanziellen Schwierigkeiten einer solchen Stadt und damit in erster Linie ihren Bürgern, die Chance auf Verbesserung der Lebensqualität - Anregungen wurden ja heute genügend gebracht, vom Wasser selbstverständlich über die Kanalisierung bis hin zu den notwendigen Wohnungsbauten - diese Möglichkeit und diese Chance auf Verbesserung der Lebensqualität zu nehmen, indem man statt ihr etwas zu geben, zum Wegnehmen aufruft. Ich will hier jetzt keine Attacke reiten, keinesfalls eine Attacke auf den Präsidenten des Landesschulrates, keinesfalls eine Attacke auf den Klubobmann der ÖVP im Oö. Landtag, aber die dringende Bitte an die ÖVP-Fraktion richten, ihrem Parteifreund - er ist auch führender Funktionär ÖAAB - einmal die Schwierigkeit unserer Städte vor Augen zu führen, damit ein führender Funktionär in Zukunft solche Aussagen nicht trifft und mehr Verständnis für unsere finanzielle Situation bekommt. Das steht auch im Volksblatt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Kollege Tremel noch einmal.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe doch gehofft, daß, bevor Kollege Wippersberger das Schlußwort hält, daß von Seiten der Mehrheitsfraktion Stellung genommen wird aufgrund der grundsätzlichen Angriffe seitens der freiheitlichen Partei und auch der Österr. Volkspartei im Bezug auf die Privatisierung von Kommunalbetrieben. Das ist nicht geschehen, ich erlaube mir daher doch, von meiner Warte aus dazu Stellung zu nehmen.

Das erste ist, daß Kollege Schloßgangl in seinen Ausführungen eine Reihe von Vorschlägen gemacht hat, die sicher für die Weiterentwicklung der Stadt und ihrer Wirtschaft von Bedeutung sind und zum Teil auch von mir positiv unterstrichen werden. So z. B. daß man überlegen soll bei der Ausgabe von 7 Millionen Schilling für den Ankauf der Reithoffergründe, daß man unmittelbar neben einem entstandenen Wohngebiet sehr schwerer Industrie- oder Gewerbebegründe installieren kann. Man sollte überdenken, daß dieses Gebiet zu diesem Zweck angekauft werden soll. Erlauben Sie aber auch, dazu - es sind einige grundsätzliche Fragen gestellt worden, von Kollegen Spöck zum Beispiel, der hingewiesen hat auf das Wohnungsproblem. Er weiß das sehr genau, er beschäftigt sich sehr eingehend damit. Aber das Wohnungsproblem ist in unserer Stadt so ernst, daß ich glaube, daß man mit den Vergaberichtlinien der Österr. Volkspartei, wie sie jetzt mittels Antrag übermittelt werden - ich habe das nicht genau durchlesen können, aber z. B. daß man unter § 8 Abs. 4 eine Spitzelkommission des gemeinderätlichen Wohnungsausschusses verlangt, daß man hier diese prekäre Wohnungssituation lösen kann. Ich möchte nur darauf hinweisen, die größten finanziellen Mittel der oö. Wohnbauförderung werden vor allem im Land Oberösterreich für Eigenheime und Eigentumswohnungen bereitgestellt. Der Landesparteiobmann und Landeshauptmann Dr. Ratzenböck hat ja nach seinen eigenen Aussagen erklärt, daß er einen schweren Kampf - ich habe gar nicht gewußt, daß der auch so kämpfen kann - geführt hat im Bund und durchsetzen konnte die Verländerung der Kompetenzen der Wohnbauförderung. Er hat auch damit durchgesetzt beim Bund offenbar, daß wir in der kommenden Zeit als Land Oberösterreich vom Bund um 10 Prozent weniger für den Wohnbau ausgeben können. Das wird sich wiederum in erster Linie dort niederschlagen, wo bisher schon die wenigeren Mittel hingeflossen sind, nämlich für den sozialen Wohnbau, vor allem für den Genossenschaftsbau, den z. B. die Stadt Steyr durchführt. Ich glaube, ....



VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Die Reprivatisierungsmittel sind zweckgewidmet.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Da werden wir erst sehen, was hereinkommt. Ich kenne das, Kollege Holub, aber ich will Dir nicht ins Wort fallen, aber Tatsache ist, daß es so sein wird. Zu Kollegen Spöck. Er ist ja der Sprecher der ÖVP und meint es nicht so, glaube ich, weil er in Kenntnis ist der Probleme, die in unserer Stadt sind, wie eben die Wohnungsvergabe bei den Eigentumswohnungen, bei den privaten Genossenschaften im Land Oberösterreich - so auch in unserer Stadt und in den Umlandgemeinden - durchgeführt wird. Es wird nämlich so durchgeführt, daß man - Sie können in jeder Zeitung nachlesen, vielleicht hat einer eine mit, dann kann er sie aufschlagen. In jeder Zeitung, wenn man den Annoncenteil liest, wird man immer animiert und es wird angekündigt, daß man in der Waldrandsiedlung, in Siering und ich könnte das fortsetzen dieses Beispiel, Neubauwohnungen zu bestimmten Mieten usw, ob das Eigentumswohnungen sind oder auch Genossenschaftswohnungen, zu jeder Zeit bekommen kann. Nur steht auch dabei, welches Kleingeld man haben muß, um in den Besitz der größten Wohnungen zu kommen. Dort, glaube ich, muß man ansetzen. Wir müssen uns verstärkt einsetzen als Gemeinde, da sitzen wir ja als gewählte Mandatäre, daß wir verstärkt den Mietwohnungsbau, den Gemeindewohnungsbau, den sozialen Wohnungsbau mit tragbaren Mieten hier erstellen. Dann kann man darüber sprechen, wie weit die eine oder andere Frage der Vergaberichtlinien mit einbezogen werden kann bei der Vergabe von Gemeindewohnungen. Nun zu Kollegen Eichhübl. Ich möchte folgendes sagen. Jeder Gemeinderat hat das Recht, hier aufzutreten und besonders, wenn viele Stunden gesprochen wird z. B. vom Einsparen, daß man auch kritisiert die hohen Bezüge und verlangt diesen Privilegienabbau. Ich kann nicht dagegen auftreten, aber wenn Kollege Eichhübl hier mehr auftritt, nicht als Person sondern als Parteienvertretung, so ist das eine ausgesprochene FPÖ-Demagogie. Ich verweise darauf, er kann nichts dafür, aber es ist so - als Gemeinderat in Steyr kann er nichts dafür, wie man Landesgesetze macht. Heute ist die Budgetdebatte ja fast abgeschlossen im Landtag, dort ist z. B. vorgesehen, für Arbeitsplatzförderung für ganz Oberösterreich, für die große Krisenentwicklung, die ich in meinen Grundsatz erläutere heute zum Ausdruck gebracht habe, sind S 140 Millionen für Arbeitsplatzförderung vorgesehen. Vielleicht kann ich bei dieser Gelegenheit unterstreichen, daß auch Steyr mit beteiligt wird mit 30 Millionen Schilling. Das ist heute ja nicht gesagt worden, aber das muß man positiv herausstreichen. Allerdings stimmt es auch, daß das Sonderförderungsprogramm, das wir einstimmig beschlossen haben, auf sich warten ließ, bis jetzt das Bundesbudget beschlossen wurde, aufgrund gewisser Bedenken des Herrn Wirtschaftsministers Graf, das hier rückwirkend - das war auch wieder eine gute Tat vom Bund - ab 1. Oktober für die Region Steyr in Kraft tritt. Das aber nur so nebenbei. Entscheidend ist dabei, daß die Landespolitiker und die drei Landtagsparteien - da gehören einmal die 3 Abgeordneten der freiheitlichen Partei dazu - im Gegensatz zur Arbeitsplatzförderung mehr bekommen, nämlich 150 Millionen Schilling. Ich erspare mir, daß ich jetzt noch die Details aufzähle, wieviel die freiheitliche Partei bekommt als Landtagsclub von den 3,5 Millionen als Schulungsbeitrag, für die Schulungstätigkeit - damit Du besser auftreten kannst in der Gemeinde - von den 30 Millionen und dazu noch von 52,8 Millionen Schilling, was die Partei überhaupt kassiert. Die FPÖ ist beim Kassieren besonders gut, einmal dort beim Bund, einmal haben sie mit der SPÖ im Land, wir haben einen Landeshauptmann, der nur mit Hilfe der FPÖ zustande gekommen ist seit Jahrzehnten. Also hier glaube ich, möchte ich etwas vorsichtiger sein und daher möchte ich auch das Recht absprechen, daß man hier demagogisch auftritt. Abschließend möchte ich klar die Haltung der kommunistischen Partei zur Ausgliederung und Privatisierung von Kommunalbetrieben darlegen. Strikt abgelehnt wer-



den von mir natürlich auch die Vorstöße - ich gehe nicht auf das Ganze ein - von der freiheitlichen Partei- ausgesprochen hast das ja Du, Kollege Eichhübl - und auch der österr. Volkspartei, die Ausgliederung und Privatisierung städtischer Einrichtungen. Man hat es sich nicht zu sagen getraut, in Deiner Presseaussendung ist so etwas gestanden im Bezug der Stadtwerke, dazu gehört auch der Wirtschaftshof, und wie die ÖVP sagt eine Überführung der Gemeindewohnung ins Privateigentum. Das hat auch die FPÖ gesagt, also ein Nenner. Die Vorschläge von der ÖVP und der freiheitlichen Partei unter dem Deckmantel der Budgetentlastung sind als Anschläge auf die Arbeitsplätze und die sozialen Errungenschaften unserer Bediensteten sowie auf die kommunalen Aufgaben der Stadt abzulehnen. Eine Verbesserung der Stadtfinanzen kann nicht durch Ausgliederung und Verkauf erfolgen, da den betroffenen Einrichtungen für den Betrieb erst recht öffentliche Zuschüsse gewährt werden müßten. Das ist wiederum eine solche Behauptung von mir und ich arbeite gerne mit Beispielen, die mir so einfallen während einer Sitzung, wenn hier gesprochen wird. So möchte ich erinnern, daß es notwendig wurde, weil wir das Wasserrecht nicht gehabt haben, daß eine Sperre der Mülldeponie in Hausleithen erfolgen mußte. Weil die Mülldeponie gesperrt wurde, war die Stadtgemeinde gezwungen, ihren Müll zu verfrachten nach Niederösterreich zu einer privaten Deponie, und zwar zum Hasenöhl. Wir mußten das in Anspruch nehmen, es gab keine andere Möglichkeit. Man hat natürlich einen Vertrag geschlossen und die Privaten verstehen es ja ganz gut, in einer solchen Notsituation dementsprechend ein Diktat in diesem Vertrag festzulegen. Dies erforderte, daß die Stadt viele Millionen entrichten mußte für diese Deponie. Aber siehe da, das ist ein Jahr gelaufen, wir haben unsere Mülldeponie noch nicht instandsetzen können, ist die Forderung erhoben worden von diesem Privaten, ich finde mit diesen Millionen nicht das Auslangen und verlange ab so und sovielen um 50 Prozent mehr. Das waren Millionen, die die Stadt eine Zeit lang entrichtet hat. Dann war sie doch gezwungen, diese hohen Kosten in Form der erhöhten Müllabfuhrgebühr auf die Bevölkerung zu überlasten. Daher meine Äußerung, im Endergebnis wird wiederum die Stadt herangezogen, um Zuschüsse für solche private Betriebe zu geben. Ein solches Diktat werden wir nicht zulassen, daß Stadt- oder Kommunalbetriebe kommen. Vielmehr glaube ich, muß das Budget durch solche Reformen gedeckt werden, wie ich sie grundsätzlich gemacht habe. Der Herr Bürgermeister hat das besonders unterstrichen, daß wir mehr kämpfen müssen, nicht nur der Gemeinde- oder der Städtebund, daß wir mehr finanzielle Mittel nämlich in Form des Finanzausgleiches erkämpfen müssen. Wir müssen uns wirklich mehr rühren und nicht nur reden. Das Lamentieren wird jedes Mal gemacht, jedes Mal, einige Jahre bevor es zum neuen Finanzausgleich kommt, aber im wesentlichen bleibt es gleich, daß wir zu wenig Mittel bekommen und der Spielraum für unser Handeln wird im kommunalen Finanzraum immer eingenger.

Ich warne auch in diesem Zusammenhang vor einem Zurückweichen vor diesen Privatisierungsbestrebungen beider Parteien, wie dies auch schon im Land passiert ist. Die Vorstöße der FPÖ und letztlich auch der Österr. Volkspartei sind entschieden zurückzuweisen. Es müssen daher diese Pläne von der Rathausmehrheit, den Bediensteten und ihrer Personalvertretung strikte abgelehnt werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Tremml. Wünscht noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall, ich bitte daher Kollegen Wippersberger um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen, eigentlich hat der letzte Sprecher, Kollege Tremml mir sehr viel vorweggenommen. Er hat schon sehr viel gesagt, was ich auch sagen wollte. Mit einem Großteil Deiner Ausführungen bin ich einverstanden, nicht mit allem, aber mit einem großen Teil.

Kollege Holub, Du hast recht, daß die finanzielle Lage unserer Stadt sehr angespannt ist, Du hast gesagt, daß wir Mittel für die weitere bessere Wasserversorgung vorsehen sollen. Das geschieht bereits. Die Revitalisierung Steyrdorf, natürlich wollen wir das machen, es ist aber wiederum eine Geldfrage. Höhere Mittel für den Fremdenverkehr, das ist ja geschehen in der Zwischenzeit, das ist etwas aufgestockt worden, obwohl uns alles andere gekürzt worden ist. Die Stadt Steyr gibt immerhin für den Fremdenverkehr mehr Geld aus als in den letzten Jahren. Wir haben schon zweimal aufgestockt, das ist schon die dritte Aufstockung innerhalb der letzten Jahre.

Was die Verkehrsprobleme anbelangt, da gibt es auch keine Meinungsunterschiede, daß die verbessert gehören, Straße und Bahn, das ist von mehreren Debattenrednern angeschnitten worden. Wie wichtig das für uns ist, zeigt das Beispiel Wels. Wels hat nach dem Krieg einen unerhörten Aufschwung erlebt. Wenn ich denke, ich war als Bub immer so stolz darauf, daß Steyr um so viel größer und bedeutender war als Wels. Wels war immer ein bißchen ein größeres - es ist hoffentlich kein Wels da - Bauerndorf und hat sich zu einer wirklich fantastischen Großstadt entwickelt mit heute ca. 53.000 - 54.000 Einwohnern. Es haben sich dort unheimlich viele Mittelbetriebe angesiedelt. Aber nicht deswegen, weil Wels schöner ist als Steyr, das ist sicherlich nicht der Fall, sondern deswegen, weil es verkehrsmäßig so günstig liegt mit Bahnanschluß, mit Straße und sogar einen Flugplatz haben sie in der Nähe.

Zentralaltersheim, die Kollegin Ehrenhuber hat bereits dazu Stellung genommen. Ich möchte nur kurz auf das Kapitel Zivildienster eingehen. Wir haben uns erkundigt, das geht leider nicht. Kostenlos bekommt man diese Zivildienster nur für caritative Vereinigungen, wir müssen dafür bezahlen. Ich habe auch mit Direktor Großbauer vom Arbeitsamt gesprochen, letztenendes würde es uns finanziell nichts bringen, wenn wir dort Zivildienster einsetzen würden.

98 Prozent der Einnahmen des oH ist der Schuldenstand. Die Schere tut sich immer mehr auf, das ist richtig. Einsparungen auf der Ausgabenseite, das wollen wir ja machen. Personalkosten, wir kommen ja heute noch zu einem weiteren Antrag, bei dem ich die Ehre habe, ihn vorzulesen, da werden wir uns noch damit zu beschäftigen haben.

Ich möchte gleich bei der ÖVP-Fraktion weiterfahren. Kollege Gemeinderat Spöck spricht von der Sanierung des Althausbestandes. Die Althäuser, die wir als Gemeinde besitzen, da sind wir laufend dabei, Verbesserungen herbeizuführen. Was mir eigentlich fehlt auf diesem Gebiet ist die Privatinitiative, daß auch auf privater Seite da eigentlich recht wenig geschieht, obwohl es auch gesetzliche Möglichkeiten dazu gibt. Die werden sicherlich nicht immer ausgenützt. Ich kenne Dutzende Häuser, wo in den letzten 20 - 30 Jahren überhaupt nichts geschehen ist, obwohl es auch dafür Geld von Landesseite gibt, um diese Häuser zu sanieren.

Ihr habt einen Vorschlag eingebracht, und zwar betreffend Richtlinien für die objektive Vergabe von Gemeindewohnungen. Ich darf sagen, der Vorschlag ist sicherlich recht gut gemeint, aber aus meiner Praxis, ich war 28 Jahre im Wohnungsausschuß der Stadt Steyr, und es kommen fast jeden Tag zu mir Wohnungssuchende mit einer Vorsprache. Jeder sieht seinen eigenen Fall sehr subjektiv und wenn man dem nachgeht, schaut die Sache ganz anders aus.

Kollege Spöck hat gesprochen von der Einführung eines Familientarifes bei den Stadtwerken, den Kindergärten, ein Schnuppertarif usw. Das kostet alles Geld und Deine Vorschläge im Bezug auf Einsparung, das ist ja schon geschehen, da kann man jetzt nichts mehr einsparen.

Kollege Hochrath, auch beim Straßenbau haben wir gewaltige Einsparungen machen müssen. Wir haben z. B. das Asphaltierungsprogramm - Kollege Eichhübl hat gesagt, wir haben nichts eingespart. Noch vor zwei Jahren haben wir 5 Millionen im Asphaltierungsprogramm drinnen gehabt, dann sind wir zurückgegangen auf 4 Millionen und diesmal sogar auf 2 Millionen. Der Straßenbau war in den letzten Jahren immer



um die 40 Millionen insgesamt. Das wurde sehr stark reduziert, insgesamt auf etwa die Hälfte aufgrund der schwierigen Finanzverhältnisse unserer Stadt. Du hast gesprochen vom Lärm in der Punzer- und Haager Straße. Ich bin ja unmittelbar Betroffener von dieser Lärmlage, ein Geplagter. Bedauerlicherweise haben wir vor einigen Monaten vom Land wieder eine Zuschrift bekommen, daß das abgelehnt wird, daß der Lärm zwar hoch ist, aber wenn wir ihn auf 24 Stunden aufteilen, dann kommt ein Ergebnis heraus, daß er ohnehin nicht so hoch ist. Diese Messung, da stellt es mir die Haare zu Berge. Sie geben zu, daß die Messung ergeben hat, daß wir sehr hoch liegen, an der Pegelgrenze angelangt sind, und zwar deswegen angelangt sind, weil man das auf 24 Stunden aufteilt. Wenn man es nämlich so machen würde, daß wirklich die Verkehrsspitzen gemessen würden, dann würden wir weit weit drüber liegen. Natürlich in der Zeit von 0.30 Uhr bis 5 Uhr morgens ist wenig Verkehr und dadurch insgesamt ist innerhalb der 24 Stunden der Lärm dann nicht so groß und deswegen ist ein Zuschuß für die Lärmbekämpfung dort abgelehnt worden von Landesseite her. Ich wohne dort seit 11 Jahren, die Bäume dort wachsen zwar nicht so schnell, im Jahr vielleicht um 30 oder 35 cm. Die Bäume waren einen guten halben Meter, als ich dort eingezogen bin vor 11 Jahren, heute sind sie 2,5 - 3 Meter und so Gott will wird es vielleicht in 1 - 2 Jahren so weit sein, daß man mit den Bäumen doch einen gewissen Lärmschutz bekommt. Und zwar den Lärm von der Haager Straße, nicht den Lärm von der Punzerstraße oder vom Plenkberg. Da ist für uns keine Besserung in Sicht.

Kollege Schloßgangl, Wirtschaftsförderung. Du sagst, es sind noch 1,5 Millionen drinnen. Über die Zahl kann man streiten, aber wenn Du sagst es sind 1,5 Millionen, weil das andere ist für die Großbetriebe usw. drinnen, eine Erhöhung um 2 Millionen. Ich möchte noch einmal ganz deutlich sagen, an und für sich ist die Wirtschaftsförderung überhaupt nicht Sache der Gemeinde. Wir übernehmen da Aufgaben, obwohl wir finanziell so schlecht dastehen, die andere machen müßten. Du hast recht, wir wollen versuchen, beide Grundstücke anzukaufen, und zwar das Reithoffergrundstück und auch das andere Grundstück beim Gußwerk II, wenn wir es bekommen können. Beide sind sehr sehr wertvoll. Aber, wenn wir da Hilfestellung vom Land und Bund bekommen, dann ist das möglich, sonst nicht. Wir haben an Bund und Land geschrieben, aber eine schriftliche Zusage dafür liegt bis heute nicht vor, obwohl wir bereits mehrmals urgiert haben.

Kollege Ramoser, ich muß sagen, ich habe alle Fraktionen angeschrieben, und zwar am 29. Juli, sie möchten zum Budget Vorschläge einbringen. Das ist eine Gepflogenheit, die schon seit vielen Jahren gemacht wird. Es haben sich auch alle Fraktionen mit Ausnahme der GAL gemeldet. Die GAL hat so wie im letzten Jahr es nicht der Mühe wert gefunden, überhaupt Vorschläge einzubringen oder sich zu melden. Es ist gar nichts eingelangt und wenn es möglich gewesen wäre, dann hätten wir uns auch zu einem Gespräch zusammenfinden können, dann wäre mancher Ihrer Beiträge, z. B. Sportheim Münichholz, vorher bereinigt worden. In dieser Hinsicht liegen Sie auf einer falschen Linie, die Ziffern, die Sie sagen, das ist nicht so, wie Sie es bringen. Herr Kollege, wir haben die Unterlagen da, das ist Unsinn, auf andere Konten ist das aufgeteilt worden. Sie sagen sparen, ich habe schon gesagt, wir haben sehr viel Geld eingespart, beim Straßenbau fast um die Hälfte z. B. gegenüber der Summe, die wir noch vor wenigen Jahren ausgegeben haben. Wir haben beim Winterdienst zum Teil zum Leidwesen unserer Steyrer Bürger bedeutend eingespart. Wir haben noch vor wenigen Jahren 10,5 Millionen ausgegeben und radikal eingespart, dann 6 Millionen. Also wir sparen, wo es nur irgendwie möglich ist.

Insgesamt, wenn ich alle Wünsche aller Fraktionen zusammenrechne, dann müßte ich sagen, wir brauchen noch mindestens 100 Millionen zusätzlich im Budget, um alle Wünsche zu befriedigen. Er hat den Wunsch gehabt, Linz und Wels hat an die Dritte Welt etwas gegeben, Nicaragua. Linz und Wels tun sich halt ein wenig leichter finanziell wahrscheinlich wie wir. Wenn Sie sprechen von der BMW-Förderung, die



wir tätigen, und sagen, wir hätten das Geld aufteilen sollen auf alle anderen Betriebe. Hätten wir die BMW-Förderung nicht gemacht, dann würden wir schlecht dastehen. Es war nämlich nicht nur die Stadt Steyr im Gespräch, weil sie so schön ist. Wir hätten BMW nicht hierherbekommen, weil eine ganze Reihe österreichischer Gemeinden und auch deutscher Gemeinden daran interessiert gewesen wären, und wir sind mehr oder weniger gezwungen worden, da mitzumachen mit diesen Beiträgen, damit wir diesen Betrieb herbekommen. Wären wir aus dieser Förderung ausgestiegen, dann wäre BMW nicht nach Steyr gekommen, dann hätten wir halt um insgesamt 2.500 Arbeitsplätze weniger.

Kollege Tremml, die Finanzkraft ist rückläufig, das ist alles schon gesagt worden. Ungerechte Verteilung der Steuereinnahmen durch das derzeitige Finanzausgleichsgesetz. Da gebe ich Dir vollkommen recht, der Städtebund hat schon seit Jahren ein umfangreiches Forderungsprogramm erstellt. Bei jeder Städtebundtagung wird darüber gesprochen, der neue Finanzausgleich kommt aber erst, soweit mir bekannt ist, 1989. Dann hoffen wir doch, daß die Städte und Gemeinden besser aussteigen als beim letzten Finanzausgleich, der uns ein klein wenig gebracht hat, aber halt nur einen Tropfen auf den heißen Stein.

Bezüglich des Kollegen Eichhübl muß ich sagen, das ist die Spitze an Demagogie, was ich jemals gehört habe. Kollege Eichhübl ist ein treuer Diener seines Herrn Haider, das darf ich sagen. Ich bin erschüttert über Deine Beiträge, die Du gebracht hast. Es ist fürchterlich, wie Du mit den Zahlen herumwirfst, es ist ein Wahnsinn. Da habe ich z. B. eine Aussendung von den Freiheitlichen im Gemeinde-Kurier. Da steht eine generelle Kürzung der Reinausgaben um 5 Prozent, die eine Einsparung von 29 Millionen Schilling bringen würde. Zu dieser generellen Kürzung muß ich auch sagen bei den Reinausgaben beim oH sind auch die 230 Millionen Gehälter und auch die Pensionen dabei. Da muß man auch bei der Gemeinde Gehaltskürzungen machen. Das ist der Vorschlag der freiheitlichen Fraktion. Dann wurde geschrieben, Stadtratspensionen für 5 ehemalige Stadtratsmitglieder - das stimmt nicht, es sind nur vier, denn einer ist schon vor längerer Zeit gestorben. Kollege Kinzelhofer ist in der Zwischenzeit gestorben. Der Ruhebezug von Altbürgermeister Franz Weiss soll um die Hälfte gekürzt werden. Liebe Freunde, da gibt es ein Gesetz dafür, ein Bundesgesetz. Steyr gehört auch immer noch zu Österreich dazu, man kann doch nicht eine bundesgesetzliche Regelung sich einfach darüber hinwegsetzen und sagen, auf die Hälfte soll die Pension von Altbürgermeister Weiss gekürzt werden, die Repräsentationen usw.

Interessant bei der Privatisierung ist, auf der einen Seite wird immer groß von Privatisierung gesprochen und vom Einsparen. Ich habe Dein Schreiben vom 29. September da. Es ist etwas klein gehalten, aber es war in den letzten Jahren auch nicht größer, es ist ja ziemlich dasselbe, was immer drauf steht. Aber es sind, wenn ich das zusammenrechne, etliche Millionen, die Du zusätzlich forderst. Da ist nicht von Einsparungen die Rede. An Einsparungen hast Du vorgeschlagen, die Repräsentationskosten auf 200.000 zu reduzieren und die Stadtratspensionen. Ich habe mir das zusammengerechnet, das würde etwas mehr als 1 Promill des Haushaltes ausmachen, wenn man diese zwei Sachen eingespart. Aber Du hast ja heute wieder neue Vorschläge gemacht, die viel größer sind. 5 Prozent kürzen und und und. Beim ordentlichen Haushalt haben wir schon derart gekürzt und auch beim außerordentlichen Haushalt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man auch nur die Hälfte von dem einsparen kann, was Du in Deinen Aussagen zum Ausdruck bringst.

Ich muß noch einmal sagen, Du bist wirklich ein Haider-Fan und liegst ganz und gar auf der Linie einer Demagogie, wie sie nicht mehr größer sein kann.

Ich bin vielleicht nicht auf jeden Beitrag eingegangen, aber ich glaube, es ist schon sehr spät geworden und ich würde daher bitten, daß der Herr Bürgermeister über den Voranschlag 1988 abstimmen läßt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung über den Voranschlag 1988. Wer dem Voranschlag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand gegen den Vorschlag? Der Antrag ist mit 2 Gegenstimmen (GAL, FPÖ) angenommen.

Danke. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Ich bitte um den nächsten Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Mein zweiter Antrag, den ich Ihnen zu unterbreiten habe, ist im Zusammenhang mit meinem ersten Antrag, mit dem Haushaltsvoranschlag 1988, zu sehen. Es ist die zu treffende Regelung eine rein innerbetriebliche organisatorische Angelegenheit und soll auch nicht als Mißtrauen gegenüber unseren Beamten verstanden werden. Aber in Anbetracht unserer äußerst angespannten Finanzlage ist es eben erforderlich, daß Ausgaben ab einem gewissen Betrag, sofern wir nicht vertraglich oder gesetzlich dazu verpflichtet sind, vorher mit dem Bürgermeister bzw. dem Finanzreferenten abgesprochen werden. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

3) Ha-4200/87

Allgemeine Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages; Änderungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die im Amtsbericht der MA II, Stadtrechnungsamt, vom 19. 11. 1987 angeführten Änderungen der Dienstanweisung über die "Allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages" werden genehmigt und mit 1. 1. 1988 in Kraft gesetzt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

Ich danke für den Bericht. Nächster Berichterstatter ist Stadtrat Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Bei meinem Antrag geht es um eine Bausperre in der Stelzhamerstraße. Der Antrag lautet:

4) Bau5-4340/87

Bausperre Nr. 8 - Stelzhamerstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

I. Gem. § 58 Abs. 1 der Oö. Bauordnung, LGBI. Nr. 35/1976 idgF, wird für die im Plan des Stadtbauamtes vom 22. Oktober 1987 bezeichneten Gebiete eine zeitlich befristete Bausperre verhängt. Das durch die Bausperre erfaßte Gebiet liegt zwischen der Stelzhamerstraße im Südosten, dem Teufelsbach im Nordwesten, den Bauten der Ersten Gemeinn. Wohnungs- und Siedlungs-GenmbH im Südwesten und der bestehenden Reihenhausanlage im Nordosten und umfaßt die Grundstücke Nr. 1457/1, 1457/16, 1457/14, 831/2, 831/3, 831/11 und Bauflächen .2066, .2067, alle Kat. Gem. Sarning. In diesem Gebiet ist die Errichtung von Wohnbauten mit einer Höhe von max. 3 Geschossen beabsichtigt. Die Bausperre hat die Wirkung, daß Bauplatzbewilligungen, Bewilligungen für die Änderung von Bauplätzen und bebauten Liegenschaften sowie Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise mit Zustimmung des Gemeinderates erteilt werden dürfen, wenn anzunehmen ist, daß die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Bebauungsplanes nicht erschwert

oder verhindert.

II. Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gem. § 62 des Statutes für die Stadt Steyr 1980, LGBI. Nr. 11, im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an im Baurechtsamt sowie im Planungsreferat des Stadtbauamtes des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wortmeldungen dazu sehe ich keine. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Schloßgangl für seinen Bericht. Nächster und letzter Bericht-erstatte ist anstelle von Kollegen Zöchling Herr Stadtrat Sablik.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK **anstelle des abwesenden Stadtrates Johann Zöchling:**

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Pizzeria Gabriel in der Wehrgrabengasse möchte 33 m<sup>2</sup> Grund ankaufen, den sie benötigt, um ihren Vorgarten auszubauen. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

5) Bau5-5260/87

Verkauf eines Grundstücksteiles der GP 1336, EZ. 50.000,  
KG Steyr, an Farhan Aeychouh (Pizzeria Gabriel).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des umseitigen Amtsberichtes wird dem Verkauf von rund 33 m<sup>2</sup> aus der Parzelle 1336, EZ 50000, KG Steyr (öffentliches Gut) an Herrn Farhan Aeychouh, Wehrgrabengasse 16, 4400 Steyr, zum Kaufpreis von S 400,- je m<sup>2</sup> zum geplanten Zubau an die Pizzeria Gabriel zugestimmt. Der Kaufwerber hat nach Baufertigstellung die Endvermessung der Baulichkeit auf seine Kosten zu veranlassen. Weiters sind die Kosten der Vertragserrichtung, die Grunderwerbsteuer sowie die Eintragungsgebühr vom Käufer zu bezahlen.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand dagegen?

Der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke für den Vortrag.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, damit sind wir am Ende der heutigen letzten Sitzung in diesem Jahr angelangt. Der Ordnung halber darf ich bekanntgeben, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse des Stadtsenates im Ausmaß von S 605.000,- zur Kenntnis genommen hat.

Meine Damen und Herren, ich möchte von dieser Stelle aus herzlich danken für die Mitarbeit an der heutigen Sitzung, für die Beiträge der einzelnen Fraktionen, für die sachlichen Beiträge im besonderen. Wir haben ein sehr schweres Jahr hinter uns. Die Probleme, die wir in diesem Jahr hatten und die voraussichtlich auch im nächsten Jahr auf uns zukommen, haben sich im Budget 1988 niedergeschlagen, haben ihren Niederschlag gefunden. Ich darf Sie bitten, daß wir uns gemeinsam bemühen, diese Probleme - ich habe das in meinen Ausführungen schon gesagt - zu lösen und zu meistern.

Ich danke jedem Einzelnen von Euch für die Mitarbeit im vergangenen Jahr und



möchte bei dieser Gelegenheit anlässlich der bevorstehenden Weihnachtsfeiertage alles Gute wünschen, persönliches Wohlergehen für 1988 und viel Erfolg.

Meine Damen und Herren, ich möchte aber neben diesen Wünschen auch der Beamtenschaft herzlich danken für ihre Mitarbeit, für die Unterstützung, im besonderen Kollegen Schmidl für die Erstellung des Budgets und auch Kollegen Wippersberger und allen anderen Freunden, die hier mitgewirkt haben. Es war heuer ganz besonders schwierig und sicher nicht einfach.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gehört zur Gepflogenheit, daß sich der Gemeinderat nach der letzten Sitzung noch in einer gemütlichen Runde zusammenfindet. Ich darf Sie bitten, wir haben uns vorgestellt, daß wir im heurigen Jahr in das Restaurant Amido gehen im Schloßpark. Ich darf Sie bitten, an dieser Zusammenkunft teilzunehmen. Ich darf die Presse und die Beamtenschaft dazu herzlich einladen.

Alles Gute für 1988, persönliches Wohlergehen und viel Erfolg.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 20 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR.  
Dr. Gerhard Alphasamer e. h.

Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Mag. Gerhard Klaus-  
berger e. h.

Wolfgang Wieser e. h.